Zeitschrift: Tagblatt des Grossen Rates des Kantons Bern

Herausgeber: Grosser Rat des Kantons Bern

Band: - (1890)

Rubrik: Ausserordentliche Sitzung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Tagblatt

des

Großen Nathes des Kantons Bern.

Kreisschreiben

an die

Mitglieder des Großen Raths.

Bern, den 17. April 1890.

herr Großrath,

Der Unterzeichnete im Einverständniß mit dem Regierungsrath ist im Falle, auf **Mittwoch den 23. April** nächsthin den Großen Rath zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen. Sie werden demnach eingeladen, sich am genannten Tage Nachmittags 2 Uhr auf dem Rathhaus zu Bern einzusinden.

Die zur Behandlung kommenden Gegenstände find:

- 1. Berkauf von dreißigtaufend Stud Aktien der Jura=Simplon=Bahn an die Gid= genoffenschaft;
- 2. die übrigen im Kreisschreiben vom 20. März abhin genannten und einige weitere hinzugekommene Traktanden, soweit solche nicht in der letzten Session erledigt worden sind.

Mit Hochachtung!

Der Großraths=Bräsident Lienhard. Erste Sikung.

Mittwoch den 23. April 1889.

Nachmittags 2 Uhr.

Vorsigender: Präsident Lienhard.

Der Namensaufruf verzeigt 206 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 54, wovon mit Entschulsdigung: die Herren v. Allmen, Bürgi, Demme, v. Grüsnigen, Herzog, Imer, Kloßner, Nägeli (Guttannen), Jyro; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren Uedi, Bailat, Berger (Reichenbach), Berger (Thun), Vlatter, Bläuer, Boß, Brand (Enggistein), Bühlmann, Choquard, Comte, Güenin, Elsäßer, Fattet (St. Ursanne), Freiburgshauß (Mühleberg), Frutiger, Glauß, Glauser, Gouvernon, Harthand (Kenan), Marchand (St. Immer), Marti (Kopengen), Mathey, Müller (Eduard), Mühenberg, Reichen, Reichendach, Rieder, Kobert (Charles), Robert=Tissot, Rolli, Romy, Roth (Abolf), Sahli, Dr. Schenk, Trachsel, Ueltschi, v. Wattenwyl (Oberdießbach), Würsten, Zingg (Erlach).

Der Präfident erklärt die anßerordentliche Seffion des Großen Rathes für eröffnet.

Präsident. Es ist in der letten Session nicht versfügt worden, ob das Dekret betreffend die Besolbungen der Beamten der Hypothekarkasse von einer besondern Kommission oder der Staatswirthschaftskommission vorberathen werden soll. Da die Sache sehr einfacher Natur ist, so beantrage ich, das Geschäft der Staatswirthschaftskommission zur Vorberathung zu überweisen.

Einverstanden.

Tagesordnung:

Defret

betreffend

die Ausführung einzelner Bestimmungen des Abänderungsgesetzt zum Gesetz über die Sphothekarkasse und zum französischen Civilgesetzuche, vom 26. Hornung 1888.

(Siehe Nr. 13 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rathes von 1890.)

Eintretensfrage.

Eggli, Juftizdirektor, Berichterftatter des Regierungsraths. Ich gedenke nicht, Ihnen einen Eingangs= rapport zu halten. Es ist dem betreffenden Dekretsent= wurf ein Vortrag vorangestellt, in welchem das jurafsische Hypothekarrecht, Immobilienrecht überhaupt, in seinem bermaligen Zustand summarisch dargestellt und auch der Inhalt des Detrets, das eine Ausführung des § 4 des Gesetzes vom 26. Hornung 1888 ist, kurz motivirt wird. Der Inhalt der Vorlage ift derart, daß er kaum allge= meines Intereffe hervorrufen wird; denn es braucht eine gewiffe Bertiefung in die Sache, um fich darüber einiger= maßen flar zu werden. Es ift eine Materie, die vorerft im Kabinet vorbereitet werden mußte, und weniger dazu ge= eignet ift, hier im größern Rathstollegium Stoff zur Diskussion zu bieten. Ich glaube deshalb, ich solle mich auf diese wenigen Bemerkungen beschränken und Ihnen namens der Regierung das Eintreten auf den Dekretsentwurf em-pfehlen. Die Regierung geht mit den Modifikationen, welche ihre Kommission an den Vorschlägen der Regierung angebracht hat, einig. Leider konnten die betreffenden Rommissionalanträge nicht gedruckt werden; allein ich glaube, ihr Inhalt sei derart, daß er im Laufe der Diskuffion durch kurze Bemerkungen jedermann zur klaren Erkenntniß gebracht werden kann. Es bedurfte also auch

schon des Inhalts wegen, abgesehen vom Zeitmangel, einer Drucklegung der Abänderungsanträge der Kom= mission nicht.

Rem, Berichterstatter der Kommission. Angesichts des in Ihren Sänden befindlichen gedruckten, fehr schätbaren und verdankenswerthen Vorberichts unferer Justizdirektion und nach Anhörung der kurzen Bemerkungen des Herrn Justizdirektors, bleibt mir, als Berichterstatter der Kom-mission, anläßlich der Eintretensfrage wenig beizu-fügen übrig. Der Rahmen sier die Ausarbeitung dieses Dekrets ist durch die leider zu sehr beschränkte Kevision der hypothekarischen Gesetzebung, wie Sie dieselbe am 30. November 1887 beschlossen, ein feststehender, absolut unabänderlicher und es können deshalb alle Bestrebungen ber Rommiffion oder ber Regierung, die weiter gehen, als der Rahmen diefes Gefetes, so angezeigt fie auch er= scheinen möchten, nicht Berücksichtigung finden. Es ist in der Natur der Sache gelegen, daß ein Vollziehungsdekret nicht über die Limite des Gesetzes selbst hinausgehen kann. Das vorliegende Dekret fußt wesentlich auf der franzöfischen Gesetzenovelle vom 26. März 1855. Diese Novelle hatte fich zum Biel gefett, die empfindlichften Mängel ber alt-französischen Gesetzgebung über das Hypothekar= wefen, insbesondere die Beimlichkeit der Privilegien und gesetlichen Sypotheten zu beseitigen. Wenn aber auch in Frankreich anno 1855 dieses Ziel in exheblichem Maße erreicht wurde, so dürfen wir uns heute boch nicht gratuliren, daß wir durch das vorliegende Dekret dasselbe Ziel erreichen werden, indem eben das Gesetz vom 26. Februar 1888 die Grenzen, innert welcher wir das altsfranzösische Gesetz revidiren können, zu eng gezogen hat. Ich erinnere nur daran, daß z B. die Rescissionsklage— die darin besteht, daß der Käufer trotz der Eintragung in's Grundbuch ben Kauf wieder rudgangig machen kann – die in Frankreich abgeschafft ist, im Jura fortbestehen bleiben muß. Ich möchte Sie ferner erinnern an ben alten Zopf bes Art. 814 bes Code de procedure civile, welcher gestattet, daß nachdem Berträge in's Grundbuch eingetragen und publizirt find, noch 14 Tage nachher Sypotheken, welche niemand kennt, nachgetragen werden können, ein Zopf, welcher überall um Frankreich herum und auch dort felbst durch die Gesetzenovelle von 1855 abgeschnitten wurde; nur bei uns bleibt derselbe bestehen. Ferner dürfen wir die gesetzlichen Hypotheken nicht besichränken; sie gehen auf alles liegenschaftliche Vermögen des Chemannes oder des Vormundes, das er jetzt besitzt oder später erwirbt, und wenn 3. B. das zugebrachte oder das Mündelvermögen auch nur Fr. 100 ausmacht, so ist boch das fammtliche Bermogen des Chemannes, beziehungs= weise des Vormundes, belastet. Diese Hypotheken sollte man deshalb auf ein gewiffes Mag reduziren können. Allein es ist das gegenwärtig nicht möglich und wir sind in dieser Beziehung auf die Zeit angewiesen, wo eine gründliche Revision der Hypothekargesetzgebung vorge-nommen wird. Ich hoffe, diese Zeit werde in nicht allzu ferner Zukunft Liegen; die Vorarbeiten sind getroffen.

Die Kommission hat sich in zwei Sizungen einläßlich mit dem vorliegenden Dekretsentwurf beschäftigt und es gelang unter Mitwirkung des Vertreters der Regierung, sich in allen Punkten der Vorlage voll und ganz zu verständigen, sodaß im gegenwärtigen Augenblick zwischen Regierung und Kommission keine Meinungsverschiedenheit besteht. Aus diesem Grunde beantrage ich ebenfalls, Sie

möchten in die artikelweise Berathung des Dekretsentwurfs eintreten.

M. Folletête. La loi du 26 février 1888 portant modification à la législation concernant la Caisse hypothécaire et au Code civil français, a établi la nécessité de l'inscription des privilèges immobiliers, de même que de l'hypothèque légale de la femme sur les biens du mari, et du mineur sur les biens du tuteur. Comme conséquence logique de ces dispositions et afin de combler une lacune que la législation française a cherché à faire disparaître par la loi de 1855, on a ordonné la transcription des actes translatifs de droits réels, dans les districts du Jura qui ont conservé l'intégralité du système hypothécaire tel qu'il est établi par le Code Napoléon. On sait en effet que les districts de Moutier, Courtelary et Neuveville, où l'enregistrement n'existe pas, ont, en matière de translation de la propriété immobilière, un système particulier, dont les détails nous ont été donnés avec beaucoup de clarté par M. le directeur de la justice.

Le décret présenté aux délibérations du Grand Conseil n'est que la mise à exécution rationnelle du

nouveau système créé par la loi de 1888.

Les corrections faites au Code Napoléon sont incontestablement justifiées dans l'intérêt du crédit public. En France, la législation a cherché à obvier au péril résultant de l'occultanéité des privilèges et des hypothèques légales, par la loi sur la transcription. Mais, le Jura restant sous l'empire des dispositions dangereuses du Code de 1804, la loi de 1888, et le décret que nous discutons, doivent être envisagés comme un progrès et un véritable bienfait. Nous nous mettons ainsi au niveau de la législation des pays voisins, et nous sortons d'un état d'insécurité intolérable.

Le projet de décret renferme les dispositions depuis longtemps réclamées par le crédit public. Il n'y a pas à douter qu'il ne soit favorablement acqueilli par les hommes d'affeires du lure

cueilli par les hommes d'affaires du Jura.

D'autre part, il évite soigneusement d'empiéter sur le terrain législatif, et il se maintient dans les limites de l'organisation de la transcription immobilière, dont le principe est posé par la loi de 1888.

J'ai cru devoir donner ces quelques explications pour nos collègues du Jura qui n'auraient pas suffisamment compris les rapports allemands de M. le directeur Eggli et de M. Rem, rapporteur de la commission. Celle-ci a examinée hier, dans une séance de 5 heures, le projet sous toutes ses faces, et après une discussion approfondie croit devoir recommander l'entrée en matière, votée à l'unanimité.

Das Eintreten wird ohne Widerspruch beschlossen.

§ 1.

Eggli, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungs= raths. Die Kommission beantragt folgende hauptsächlich

redaktionelle Aenderungen des gedruckten Entwurfs. Die Biff. 1 will sie kürzer so fassen: "1. alle Urkunden über Berträge, welche die Uebertragung oder Butheilung von Eigenthum an unbeweglichen Sachen oder an zur hypothekarischen Einschreibung geeigneten dinglichen Rechten jum Gegenstande haben." Die Worte "inbegriffen die Erbtheilungen" werden gestrichen, weil schon in dem Worte "Butheilung" enthalten. In Ziff. 2 würde der Ausdruckt "alle Akten" durch den Ausdruckt "alle Urkunden über Berträge", wie er schon in Ziff. 1 steht, ersett. Ziff. 3 erhielte folgenden Wortlaut: "3. jedes rechtskräftige Urtheil," was natürlich auch der Sinn des regierungs= räthlichen Projektes war, "durch welches das Bestehen eines der unter Ziff. 1 und 2 bezeichneten Rechtsverhältnisse ausgesprochen wird." Der Ausdruck "mündlicher Bertrag" wird also durch eine andere Fassung ersetzt, da es denk= bar ift, daß auch wegen eines schriftlichen Vertrags, der nicht im Grundbuch eingeschrieben ift, ein Rechtsstreit entstehen kann, in Bezug auf welchen das Urtheil, sobald es Rechtskraft bestritten hat, eintragungspflichtig erklärt werden soll. In Ziff. 5 endlich soll vor "Urtheil" ebenfalls eingeschaltet werden "rechtskräftige". — Der Regierungsrath ftimmt diefen Abanderungen der Kommission bei.

Rem, Berichterstatter der Kommission. Ich kann voll und ganz das bestätigen, was der Herr Berichterstatter der Regierung soeben ausgeführt hat, und din im übrigen gerne einverstanden, wenn ein französisch sprechendes Mitglied der Kommission seinen Kollegen die Sache des Nähern auseinandersetzt. Herr Folletête hat sich dazu bereit erklärt und ich möchte ihm das Wort geben.

M. Folletête. L'énumération des actes à transcrire obligatoirement donne lieu à une observation que

j'ai présentée à la commission.

Les partages emportant mutation de propriété immobilière devront naturellement être transcrits. Le premier projet le disait expressément. La nouvelle rédaction de l'article 1er prescrivant la transcription de tout acte translatif ou déclaratif de propriété, les assujettit de même à cette formalité, puisque, d'après l'art. 883 du Code Napoléon, le partage est déclaratif de propriété.

Mais devra-t-on transcrire intégralement les actes de partage? — Evidemment non: ce serait aller au delà des intentions et du but que se propose le législateur. En effet, toute la partie du partage qui a trait au mobilier, ou aux valeurs mobilières, créances, etc., doit nécessairement être affranchie de cette formalité qui pourrait devenir ainsi fort coûteuse. Il n'y a d'utilité vraiment pratique, qu'en ce qui concerne la transcription de la partie du partage relative aux immeubles ou à la transmission ou l'établissement de droits réels.

J'en tire la conséquence qu'il suffira de présenter à la transcription un extrait du partage des immeubles, ou relatif aux droits immobiliers. On a pensé en commission, qu'il pouvait être tenu compte de mon observation dans l'Instruction officielle qui suivra l'adoption du décret, et prescrira en détail le mécanisme de la transcription.

Je ne répugne pas à me ranger à ce mode de procéder, mais sous la condition expresse que dans cette Instruction, la Direction de la justice avisera expressément les secrétaires de préfecture qu'il suffira de présenter à la transcription un extrait renfermant la partie immobilière du partage.

M. le Directeur de la justice me fait signe qu'il l'entend ainsi. J'en prends acte, et ne formulerai dès lors aucune proposition modificative de l'article

premier.

Une seconde observation pourrait être faite au sujet des expropriations forcées. Mais j'estime que les ventes forcées faites d'office par le greffier du tribunal, sont soumises de même à la transcription, pour autant qu'elles sont translatives de propriété immobilière ou de droits réels susceptibles d'hypothèque.

Eggli, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Nur zwei Worte auf die Bemerkungen des Herrn
Folletête. Die Ziff. 1 ist die Reproduktion des Gesesstextes. Ich nehme aber mit Herrn Folletête an, daß
darunter auch die gerichtlichen Berkäuse verstanden sein
sollen — Gant= und Geltstagsverkäuse — und es dient
zur Interpretation des betreffenden Passus, wenn ausdrücklich bemerkt wird, es seien auch diese Käuse eintragungspslichtig, wie die Privatkäuse. Ich din auch einverstanden, daß in einer zu erlassenden Instruktion daßür
gesorgt wird, daß wenn z. B. in einem Theilungsinstrument Modilien und Immobilien gleichzeitig enthalten
sind, in die Grundbücher nur einzutragen ist, was sich
auf dingliche, liegenschaftliche, Verhältnisse bezieht.

M. Jolissaint. Il résulte du rapport d'ailleurs très circonstancié et très approfondi de la Direction de la justice, qui repose sur une étude laborieuse du système hypothécaire très compliqué dans le Jura, que le nº 4 de l'art. 4 de la loi du 26 février 1888 présenterait une lacune en ce qu'il ne soumet pas à la formalité de la transcription les partages ayant pour objet des propriétés immobilières. Si cet article ne mentionne pas que ces partages doivent aussi être transcrits, ce serait par suite d'un oubli, comme cela semble ressortir du rapport de la Direction de la justice. Les circonstances suivantes prouvent le contraire. Lorsque dans la séance du Grand Conseil du 23 novembre 1887, j'ai proposé l'adjonction du nº 4 à l'art. 4 du projet de loi sur la Caisse hypothécaire, dans l'intérêt du crédit public hypothécaire, j'ai consulté la loi française de 1855 sur la transcription, et comme cette loi a eu pour but de combler une lacune du Code Napoléon encore en vigueur dans le Jura, j'ai pensé que les dispositions de la loi française de 1855, destinées à améliorer en France le système hypothécaire, devaient aussi être applicables au Jura catholique, qui a conservé le même système du code civil de 1804. C'est pourquoi j'ai reproduit, pour ainsi dire textuellement, dans une proposition d'adjonction du nº 4 à l'art. 4, les dispositions de l'article premier de la loi française de 1855 sur la transcription. Cet article ne prescrivant pas la transcription des actes de partage, je ne les ai pas mentionnés non plus dans ma rédaction. L'éminent jurisconsulte Troplong, dans son commentaire de la loi de 1855, a expliqué comme suit pourquoi les partages n'avaient pas été compris dans les actes à transcrire:

« Quant au partage, dit M. Troplong, il faut « considérer que la transcription n'est d'aucune uti« lité pour les créanciers de la succession; ils peuvent « conserver leurs droits nonobstant tout partage. « L'intérêt ne commence que pour le créancier de « l'un des cohéritiers. On voudrait que le partage « fût sans effet à son égard, s'il n'était pas transcrit « avant son inscription; mais il n'y a aucune bonne « raison pour le décider ainsi.

« D'abord, le partage ne saurait être assimilé à « la vente. Celle-ci crée un droit nouveau; celui-là « déclare un droit préexistant. A la vérité, le carac-« tère déclaratif du partage n'est qu'une fiction; « mais cette fiction n'en est pas moins la base des « règles et des effets du partage. D'un autre côté, « le partage n'est pas de nature à nuire beaucoup « par le défaut de la transcription: le tiers qui trai-« tera avec un des co-propriétaires, le croyant pro-« priétaire unique, se fera représenter les titres et, « par suite, le partage, s'il existe; celui qui saura « qu'il traite avec un communiste, ne sera pas dis-« posé, s'il est prudent, à traiter relativement à des « droits indivis dont l'assiette est subordonnée au « partage. Enfin, le créancier vient-il se plaindre que « le partage lui a fait grief? Mais l'art. 882 du Code « Napoléon lui accorde le droit de former opposition « au partage. Ce droit ne suffit-il pas? n'est-il pas « propre à empêcher les fraudes? Quelles nécessités « y a-t-il d'accorder au créaneier un crédit supplé-« mentaire qui ne serait qu'un double emploi et une « gêne inutile? »

J'ai tenu à expliquer la lacune apparente du n° 4 de l'art. 4 de la loi de 1888. Ce n'est pas à dire que je ne m'associe pas aux propositions de la Direction de la justice et de la commission tendant à soumettre à la transcription les partages d'immeubles, en application de l'adage que « ce qui sur-

abonde ne vicie pas ».

Rem. Ich habe Herrn Jolissaint nur zu bemerken, daß im Schooße der Kommission die von ihm aufgestellten Gesichtspunkte genau und nach allen Seiten erörtert wurden. Allein die Kommission fand im Einverständniß mit der Kegierung, daß daß französische Gesetz vom Jahre 1855 ein sehr mangelhaftes sei und daß, wie ich bereits im Eingangsrapport erwähnte, alle umliegenden Länder, welche zur Zeit der französischen Kevolution daß französische Hypothekarrecht zur Grundlage ihrer Hypothekargestygebung machten, davon zurückgekommen sind und ihre Gesetzgebung in modernem Sinne umgestaltet haben. So hat man in Hessen, Rheinbaiern, Preußen, Baden u. s. w. den Begriff der Theilung in die Transcription aufgenommen. Herr Jolissaint geht einzig von der Novelle von 1855 aus und betrachtet die große und mannigfaltige Litteratur, welche über diese mangelhafte Novelle seit 1855 entstanden ist, nicht.

Der Art. 1 wird in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 2.

Eggli, Instizdirektor, Berichterstatter des Regierungs= Es ist dies nur eine Reproduktion der Gesetzes= vorschrift, die zur Verdeutlichung hier aufgenommen wurde, in dem Sinne, daß die vorausgegangene Bestimmung mehr nur grundbuchpolizeilicher Natur sei und auf die Gültigkeit der betreffenden Rechtsgeschäfte unter den Contrahenten felbst keinen Ginfluß habe.

Angenommen.

§ 3.

Rem, Berichterstatter der Kommission. Ich habe nur zu bemerken, daß im französischen Text der Ziff. 1 die Worte «de leurs parents» zum beffern Verständniß ersett wurden burch «de leurs père et mère».

Angenommen.

§ 4.

Eggli, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungs= Diefer Satz versteht sich von selbst. Er ist ent= halten im Gesetz von 1834, soweit es sich auf die pro-testantischen Amtsbezirke bezog, und ist dem französischen Notariatsgesetz entnommen. Die Kommission beantragt, im ersten Absatz vor dem Worte "Personen" zu dem Adjektiv "bekannten" noch das weitere "glaubwürdigen" hinzuzufügen, also zu sagen: "von zwei ihm bekannten glaubwürdigen Personen". Die Regierung ist damit einverstanden.

Angenommen.

§ 5.

Eggli, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungs= raths. Auch dieser Sat versteht sich eigentlich von felbst. Er trifft Vorsorge, daß bei Privaturkunden möglichste Authentizität über die Echtheit der Unterschriften worhan= ben sei. Ihre Kommission glaubt indessen, man solle die Legalisation durch den Gemeinderathspräsidenten des Wohnortes streichen und nur diejenige durch einen Notar belaffen, indem fie von der Ansicht ausgeht, daß unter Umständen mit solchen Legalisationen des Gemeinderaths= präsidenten Mißbrauch getrieben werden könnte und dieselben nicht in allen Fällen die nöthige Garantie bieten würden. Der Regierungsrath hat diesen Streichungsantrag acceptirt. Immerhin ist zu bemerken, daß wenn solche Privatschriftstücke bezüglich der Unterschriften einzig no= tariell beglaubigt werden können, dies in vielen Fällen dazu führen wird, daß an Plat des Privatschriftstückes ein neuer notarieller Att ausgefertigt werden wird. Allein man muß das mit in den Rauf nehmen, wenn man glaubt, daß man dann wenigstens die erforderliche Sicher= heit für eine richtige Beglaubigung der Unterschriften habe, was bei einer Beglaubigung durch die Gemeinde=

rathspräsidenten nicht immer der Kall sein könnte, womit denselben nicht zu nahe getreten sein soll.

Rem, Berichterstatter der Kommission. Die Kom= mission wurde zu dem Antrag, die Legalisation einzig durch einen Notar vornehmen zu laffen, burch die Erwägung veranlagt, daß die Gemeinderathspräfidenten tein offizielles Siegel besitzen. Man glaubte anfangs, es sei dies der Fall; allein der Herr Justizdirektor fagte, seines Wiffens existire im Kanton Bern die Verpflichtung einer Gemeinde, ein offizielles Siegel zu halten, nicht. Die Siegel, welche verwendet werden, find alles Nafftempel und nicht Trockenftempel. Wenn es rechtlichen Stand hatte, daß der Gemeinderathspräsident oder der Gemeinderaths= schreiber seine Unterschrift nur geben konnte unter Beisetzung des Amtssiegels, so hätte es keinen Anstand, daß der Gemeinderathspräsident ermächtigt würde, eine Legali= sation in gehöriger Form auszustellen. Nun ist in der Kommission bemerkt worden, daß man im Jura seit Menschengedenken nichts anderes wisse, als daß die Gemeindepräsidenten im Besitze von Siegeln seien, seien es Naß- oder Trockenstempel. Es ist das noch eine alte Erbschaft aus der französischen Zeit, wo der Maire der Ge-meinde seinen Stempel hatte. Allein eine rechtliche Berpflichtung zur Haltung eines Siegels existirt nicht. Mit Rückficht hierauf und in Anbetracht, daß dem Amtsschreiber bei dem großem Wechfel nicht zugemuthet werden kann, daß es die Unterschriften aller Gemeinderathspräsidenten nud deren Stellvertreter fenne, auch wenn fein Siegel die Unterschrift confirmirt, beschränkte sich die Kommission darauf, die Legalisation nur durch einen Notar geschehen zu laffen. Es fiel auch der Gedanke, die Legalisation durch den Regierungsstatthalter vornehmen zu lassen; allein es fand dieser Gedanke in der Kommission keinen Boden.

Nach Antrag der Rommission angenommen.

§ 6.

Eggli, Juftizdirektor, Berichterstatter der Regierungs= raths. Der § 6 enthält eine sogenannte Ordnungsvorschrift. Wenn die Bestimmungen, daß die betreffenden Der § 6 enthält eine sogenannte Ordnungsvor-Urtunden im Intereffe des öffentlichen Rredits einzuschreiben seien, wirksam sein follen, so muffen natürlich Ordnungs= vorschriften für die Befolgung derselben aufgestellt werden, und es ift nöthig, daß diese Ordnungsvorschriften unter eine gewisse Strafandrohung gestellt werden, die nicht hoch zu fein braucht, aber doch einigermaßen fühlbar sein muß.

Im ersten Absatz dieses § 6 hat ihre Kommission den Anstruct "Ausfertigung des Urtheils" durch "Zustellung des Urtheils" ersett, weil zwischen Aussertigung und Zustellung eine gewisse Zeit ablaufen kann, die nicht auf Kechnung des Einschreibungspflichtigen gesetzt werden darf. Seine Pflicht, das Urtheil einschreiben zu laffen, kann erft beginnen, wenn er im Besite einer zur Ginschreibung geeigneten Ausfertigung bes Urtheils ift.

Ihre Kommission glaubte ferner, es sei erforderlich, daß die einschreibungspflichtigen Personen etwas genauer umschrieben werden, damit man nicht etwa solche mit Bußurtheilen treffe, von welchen man nicht annehmen kann, daß sie nach der Meinung des Gesetzebers eintragungspflichtig gewesen seine. Es ist ja überhaupt richtig, daß wenn man Strafbestimmungen aufstellen will, man dieselben auch in betreffs des Schuldigen genau umsschreibt, damit jeder weiß, ob er unter Umständen unter eine Strafbestimmung gestellt ist oder nicht. Die Kommission beantragt deshalb solgendes zweite Alinea:

"Für die Beobachtung dieser Vorschrift sind verant"wortlich: Bei notariellen Urkunden der stipulirende
"Notar, bei Privaturkunden die Partei, welche Eigenthum
"erwirbt bezw. ihr Eigenthum mit dinglichen Rechten
"belastet; wenn eine Dienstbarkeit errichtet wird derzenige,
"auf dessen Land eine Dienstbarkeit gelegt wird oder zu
"bessen Gunsten auf ein solches Recht verzichtet wird,
"und bei Urtheilen die Partei, zu deren Gunsten eine
"Berechtigung anerkannt bezw. die Auslösung (Nich"tigkeit) oder Aussedung eines Rechtsverhältnisses ausge"sprochen wird."

Ich glaube, diese Umschreibung der pflichtigen Berssonen entspreche der Natur der Dinge, und ich will vorsläufig nicht ausführlicher darauf eintreten. Das disherige zweite Alinea des Entwurfs würde dann zum 3. Alinea, mit der Modifikation, daß, nach Antrag der Kommission, das Minimum der angedrohten Geldbuße auf Fr. 2 herabsgesett würde. Ich beantrage die Annahme des § 6 in der

angegebenen veränderten Faffung.

Rem, Berichterstatter der Kommission. Ich habe diesen Auseinandersetzungen nichts beizufügen, als daß ich mir erlaube, Ihnen auch den französischen Text des neuvorgeschlagenen 2. Alineas zur Kenntniß zu bringen. Derselbe lautet:

Sont responsables de l'observation de cette prescription: pour les actes notariés, le notaire instrumentaire; pour les actes sous seing privé, l'acquéreur, ou la partie qui grève ses immeubles d'un droit réel, ou celle au profit de laquelle on a renoncé à un droit de cette nature; pour les jugements, la partie qui a obtenu la reconnaissance d'un droit réel ou la résolution, la nullité ou la rescision d'un acte transcrit. >

In Bezug auf das lette Alinea fand die Kommission, ein Strasminimum von Fr. 5 sei in vielen Fällen zu hart; denn es kommt im Leben sehr oft vor, öfter als das Gegentheil, daß über dingliche Rechte Berträge abgeschlossen werden, die zur Oeffentlichkeit gelangen müssen, wo der Werth so minim ist, daß es fast nicht möglich ist, einen Schatzungswerth in Geld anzugeben. Wenn nun wegen eines solches Objekts eine Buße von Fr. 5 ausgesprochen würde, so wäre das zu hart, und deshalb glaubte die Kommission, es solle das Minimum der Strase auf Fr. 2 herabgesetzt werden.

M. Folletète. La commission a été d'avis de réduire le minimum de la peine à appliquer aux contrevenants à 2 fr. Par contre, elle a maintenu le maximum à 100 fr., dans le but unique de réserver à la partie condamnée à une amende hors de proportion avec la contravention commise, le droit d'appel. Il est bon qu'on le sache, et que cette intention de la commission soit mentionnée dans la discussion. La commission n'a pas estimé, pas plus que le rédacteur du projet, que le juge de police serait souvent dans le cas de prononcer une aussi

forte amende. Toutefois, il était bon de protéger les contrevenants contre un excès de zèle; de là, la fixation d'un maximum d'amende qui réserve au condamné le droit de faire apprécier le jugement

par la Chambre de police.

La commission a ajouté un alinéa renfermant l'énumération des 'personnes responsables de la formalité de la transcription. Pour les actes notariés, c'est tout naturellement le notaire instrumentaire. Et sous cette expression, il est évident que le greffier du tribunal, notaire lui-même, se trouve compris, lorsqu'il procède à une vente immobilière, par expropriation ou licitation d'immeubles non adjugés et délégués aux créanciers.

M. Jobin. Je trouve qu'une amende pouvant aller jusqu'à cent francs est beaucoup trop élevée. Il est souvent très difficile de régulariser un acte pendant le délai fixé pour la transcription. Le notaire peut se trouver en retard sans qu'il y ait de sa faute et il serait dès lors injuste d'infliger une amende de 100 fr. — Je propose de fixer le maximum à 20 fr. pour la première contravention et à 40 fr. pour les cas de récidive.

Eggli, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich möchte nur gegenüber den Bemerkungen des
Herrn Follekête auch meinerseits konstatiren, daß ich bei
gerichtlichen Berkäufen den Gerichtsschreiber als einschreibungspslichtig betrachte; denn dieses ist der instrumentirende Beamte. Ich michte ferner auch erklären, daß
hier nur die pslichtigen Personen aufgeführt werden, daß
aber diesenigen, welche an der Einschreibung ein privatrechtliches Interesse haben, die Einschreibung selbstwerständlich auch verlangen können. Bei der Errichtung einer Dienstbarkeit z. B. wird dersenige als einschreibungspslichtig erklärt, auf dessenschaft eine Dienstbarkeit
errichtet wird. Damit ist nicht gesagt, daß nicht auch
bersenige, welcher ein privatrechtliches Interesse an der Einschreibung hat, zur Einschreibung berechtigt sei; es
versteht sich das von selbst.

Was das Maximum des Buße anbetrifft, so glaube ich doch, Sie follten bei Fr. 100 verbleiben, entgegen dem Antrage des Herrn Johin, der auf Fr. 20 herabgehen möchte, schon aus dem angeführten Grund, damit das Urtheil appellabel bleibt. Allerdings würde es noch appellabel bleiben, wenn man etwas unter Fr. 100 heradginge; allein ich bemerke, daß das Dekret vom Jahre 1834, soweit es die protestantischen Amtsbezirke betrifft, eine ganz andere Bußandrohung enthält, nämlich Fr. 25 im Minimum und Fr. 1000 im Maximum. Ich halte deshalb dafür, ein Bußmaximum von Fr. 100 könne hier

gang gut acceptirt werden.

Abstimmung.

Für den Entwurf (gegenüber dem Antrag Jobin) Mehrheit.

Der § 6 wird unverändert nach Antrag der Kom= mission angenommen.

§§ 7 und 8.

Ohne Bemerkung angenommen.

§ 9.

Eggli, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regie-rungsraths. Ihre Kommission ersetzt die Worte "ein ent-sprechender Bermerk" durch "eine entsprechende Berwei-sung". Ich anerkenne, daß das deutlicher ist, und der Regierungsrath stimmt dem Antrage der Kommission bei.

Angenommen nach Antrag der Kommiffion.

§ 10.

Ohne Bemerkung angenommen.

§ 11.

Eggli, Justizdirektor, Berichterstatter des Regie-rungsraths. In der dritten Linie des ersten Absages steht ein Druckfehler, indem es ftatt "finden" heißen foll "findet".

Das zweite Alinea ist so, wie es gegenwärtig ein= gereiht ift, nicht mehr deutlich redigirt. Es rührt dies davon her, daß diefer Sat in einem frühern Projekt anders eingeordnet war. Das Alinea foll lauten:

"Die nämlichen Borfchriften gelten für die Ginfchrei-"bung der gesetslichen Shpotheken in den Amtsbezirken "Courtelary, Münfter und Reuenstadt. Zu diesem Zwecke "werden auf den dortigen Amtsschreibereien Sypotheken= "bücher eingeführt."

Ich könnte Ihnen über diese Frage einen längern Vortrag halten; allein ich denke, es würde Sie das nicht interessirten. Zur Stunde sind in den protestantischen Amsbezirken die gesetzlichen Hypotheken in einem Zuftand der Ruhe; fie waren nicht abgeschafft, frifteten aber nur eine unsichere Eriftenz, weil fie in keine Bücher ein= getragen zu werden brauchten. Run ift das Geset vom Jahre 1888 von der Voraussetzung ausgegangen, es solle dieser latente Zustand beseitigt und im protestantischen Jura die Einschreibung der gesetzlichen Sypotheten wieder eingeführt werben. Es find das Shpotheten gang eigener Art; fie betreffen nicht einzelne Grundstücke, sondern sammtliche Grundstücke des Chemannes, fogar zukünftige, und bilden also eine Gesammthypothek. Streng genommen hätten auch die gerichtlichen Hypotheken wieder eingeführt werden sollen, welche seit dem Erlaß der Hypothekarordnung von 1816 in einen Zustand des vollständigen Schlafes, wie das Dornröschen,

versett sind. Allein die gerichtliche Hypothek ist erstlich für den Schuldner ein sehr theures Instrument und zweitens ist sie keine richtige Konstruktion im Hypothekarrecht und hat eine eigenthumliche Entstehungsgeschichte hinter sich. Wir glaubten deshalb von diesen gerichtlichen Sypo= theken Umgang nehmen zu follen. Die gesetlichen Sypo= theken dagegen muffen im protestantischen Jura wieder eingeführt werden und zwar in Form der Einschreibung in eigene Sypothekenbücher, nicht in die gewöhnlichen Grundbücher.

Rem, Berichterstatter der Kommission. Die Kom= mission hat sich lebhaft mit dieser Frage besaßt und geglaubt, der Paragraph enthalte eine Lücke, indem er sage, daß in den protestantischen Amtsbezirken in die Sypothekenbucher nur die gesetzlichen Sypotheken einge-tragen sein muffen und nicht auch die gerichtlichen. Allein nach Anhörung bes Bertreters der Regierung und mit Rücksicht darauf, daß man in den protestantischen Amtsbezirken weder das Bedürfniß verspürt noch es in der Praxis üblich ift, die gerichtlichen Sypotheken einzutragen, so nahm die Kommission davon Umgang, obschon sie zu= geben muß, daß dadurch zwischen den Umtsbezirken des Jura wieder eine weitere Divergenz geschaffen ist. In= beffen ift babei bas tröftlich, daß biefer Buftand nur ein transitorischer ift. Das Einführungsgeset zum eidgenös= fifchen Kontursgefet wird Gelegenheit geben, hier reine Tafel zu machen.

M. Jolissaint. Il existe dans le rapport de M. le Directeur de la justice, du mois d'avril, deux passages qui tendraient à faire revivre les hypothèques judiciaires dans les districts protestants du Jura; ces passages sont ainsi conçus:

1º Page 2, 2º colonne « . . . le Grand Conseil a reconnu, dans son message du 1ºr février 1888, que les prescriptions sur les hypothèques légales des femmes mariées et des pupilles étaient, à l'heure qu'il est, applicables dans les districts protestants du Jura. Ce qui a été formellement admis à l'égard des dites hypothèques légales, s'applique également en bonne logique, aux hypothèques judiciaires (c'està-dire qu'elles existeraient encore dans le Jura protestant). »

2º Page 4, première colonne. Comme commentaire de l'art. 11 du projet de décret, M. le Directeur de la justice s'exprime ainsi : « En revanche, il est bien entendu que l'on aura le système français de l'inscription au registre hypothécaire des privilèges immobiliers et de toute espèce d'hypothèques, dans le Jura catholique; on l'aura pour les hypothèques légales et judiciaires dans les districts protestants.»

Ces passages du rapport de M. le Directeur de la justice, qui ressusciteraient l'hypothèque judiciaire dans les districts protestants du Jura, supprimée tacitement et de fait par l'ordonnance de 1816 et par le décret du 21 mars 1834, doivent être rectifiés en ce sens qu'elle ne pouvait plus exister après les ordonnances de 1816 et le décret de 1834, qui reposaient sur le principe de la spécialité des hypothèques, tandis que l'hypothèque judiciaire est générale. En outre, ce qui prouve bien que cette hypothèque judiciaire est morte et enterrée dans cette partie du canton, c'est le fait qu'il n'en existe plus aucun vestige dans les districts du Jura protestant depuis 1816.

Dans la séance du Grand Conseil du 23 novembre 1887, j'ai rappelé les vices et les inconvénients majeurs de cette hypothèque, en ajoutant qu'elle avait été supprimée dans le Jura protestant. Personne n'a contredit cette assertion.

J'ai vu avec plaisir que, dans l'art. 11 de son projet de décret, M. le Directeur de la justice ne soumet à l'inscription dans les districts du Jura protestant que les hypothèques légales, sans mentionner les hypothèques judiciaires; donc ces dernières sont abrogées de fait dans ces districts. Les explications des rapporteurs de la commission abondent aussi dans ce sens, de sorte qu'il n'y a pas lieu de formuler une proposition expresse à cet égard.

M. Folletête. La question de l'inscription de l'hypothèque judiciaire dans les districts de Courtelary, Moutier et Neuveville a donné lieu, en commission, à une discussion intéressante. On peut soutenir que l'hypothèque judiciaire du Code Napoléon existe encore légalement dans tout le Jura, donc aussi dans la partie protestante. D'autre part, on ne saurait contester que dans cette partie du Jura, l'hypothèque judiciaire est tombée en désuétude, et que sa réintroduction n'y serait pas envisagée avec faveur par l'opinion. La commission a préféré laisser ouverte cette question de pure théorie, sans application pratique.

Dans les districts catholiques, au contraire, les hommes d'affaires sont unanimes à se prononcer pour le maintien de l'hypothèque judiciaire, et ils sont d'avis qu'avec la publicité de la transcription organisée par le décret actuel, les inconvénients que l'on reprochait au système français sont largement compensés par les avantages qui en résultent pour le crédit public. Nous l'avons déjà fait observer lors de la discussion de la loi de 1888, en réclamant le maintien de l'hypothèque judiciaire, d'accord avec l'opinion publique dans nos districts.

Angenommen.

§§ 12 und 13.

Ohne Bemerkung angenommen.

§ 14.

Eggli, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Wie Sie sehen, ist dies ein etwas umständlicher Artikel. Im ersten Absatz beläßt er die Löschung und Reduktion der Einschreibungen in den katholischen Amtsbezirken im bisherigen Zustand. Soweit die gesetzlichen Hypotheken in Frage kommen, muß auch in den

protestantischen Amtsbezirken der nämliche Löschungs= modus gelten. Unders verhält es fich bagegen in ben lettern Amtsbezirken mit der Löschung sogenannter Pfandobligationsforderungen, von in Verträgen errichteten oder vorbehaltenen Pfandrechten, wie wir sie auch im alten Kanton haben. Hier gilt eine Vorschrift des Emolumenten-tarifs von 1813 — Sie sehen, wie man alle möglichen Dinge zusammensuchen muß, um daraus eine einheitliche Figur zu gestalten — welche ihrerseits abstellt auf die alte Gerichtsfatzung von 1761 und welche eine Löschung nur geftattet, wenn ber Gultbrief, beziehungsweise ber Pfandbrief, quittirt oder kanzellirt dem Amtschreiber vorgelegt wird. Das Kanzelliren kommt nicht mehr vor und deshalb wird hier nur gesagt, daß eine Quittung vorliegen müsse. Für den Fall nun, daß der Titel ver-loren gegangen ist, sodaß keine Quittung in den Forde-rungstitel geschrieben werden kann, nuß ein Amortisationsverfahren vorgeschrieben werden. Im alten Kanton haben wir ein Amortisationsverfahren, daß sich auf unsere revidirte Gesetzgebung aus den Jahren 1828 und 1831 stützt. Dieses Verfahren gilt im Jura nicht, aber zur Bervollständigung des Systems muffen wir das Amortisationsverfahren dort auch einführen und ein gegenwärtig anhängiger einschlägiger Fall aus dem Jura gab mir Beranlaffung, diefe Kompletirung vorzuschlagen. Ich bebeantrage Ihnen, den Paragraphen, wie er vorliegt, zu acceptiren. Ich habe vernommen, er solle von der Rom= mission noch ergänzt werden, und ich will anhören, was proponirt werden wird.

Rem, Berichterstatter der Kommission. Ich bin Ihnen schuldig, was den dritten Absatz dieses Paragraphen an-belangt, Ihnen von der Diskussion im Schooße der Kommission Kenntniß zu geben, die sich wesentlich auf die Frage zuspitzte, ob es nicht ebenso angezeigt wäre, statt für die protestantischen Amtsbezirke das alt-bernische Amortisationsverfahren einzuführen, das. viel einfachere französische Radiationsverfahren zu acceptiren. Die jurassischen Mitglieder neigten nach diefer lettern Anschauung bin, indem sie fanden, es sei sachgemäßer, das Radiations= verfahren einzuführen, das in folgendem besteht. Ein Bürger, der disponirt ift, eine Sypothet ganz oder theil= weise zu ftreichen, erscheint vor dem Notar und erklärt, es folle die unter dem und dem Datum und der und der Nummer eingetragene Hypothek gestrichen werden. Damit ist alles abgethan und die entstehenden Kosten für Stempel, Enregistrement u. s. w. belaufen sich auf etwa Fr. 5. Im protestantischen Jura nun besteht dieses Radiationsversahren nicht, auch nicht für den Fall, daß der Titel verloren gegangen oder der Gläubiger abwesend ist. Da aber in den protestantischen Amtsbezirken bezüg= lich der Streichung vorhandener Titel das alt-bernische Berfahren besteht, fo glaubte man der Conformität wegen auch hier das alt=bernische Recht zur Anwendung bringen und also zum Amortisationsverfahren Zuflucht nehmen zu sollen. Die Kommission war nicht sehr versessen, ob dieses oder jenes Berfahren eintreten folle. Sie hatte es gerne gesehen, wenn das fürzere Verfahren eingeführt worden ware und ich erwähne die Sache hier bloß, bamit man später aus den Berhandlungen fieht, daß man beide Gesichtspunkte auseinandergehalten und gewürdigt hat.

M. Folletête. La question du mode de radiation

des hypothèques dans les districts protestants a donné lieu à une longue discussion. On s'est demandé s'il ne conviendrait pas d'y appliquer purement et simplement le système très simple de radiation à la française, usité dans les districts catholiques. La commission cependant n'a pu se prononcer nettement sur cette question, en l'absence d'un homme d'affaires de cette partie du pays. M. le notaire Marchand de St-Imier n'ayant pu assister à nos délibérations, la commission n'était pas assez au courant de la pratique suivie dans les districts de Courtelary, Moutier et Neuveville, pour prendre sur elle la responsabilité d'une mesure générale. Incontestablement notre système français est le plus simple. Le créancier se présente devant le notaire et déclare donner main-levée, totale ou partielle, de son hypothèque sur tels immeubles, en autorisant le conservateur à radier l'inscription sur les registres hypothécaires. Cette radiation date du jour de la remise de l'acte de main-levée. Je crois encore que ce système pourrait, sans inconvénients sérieux, être appliqué aux autres districts du Jura. Toutefois, je ne ferai aucune proposition à cet égard, et me référerai volontiers aux observations qui nous seront faites par nos collègues des districts protestants.

M. Jolissaint. L'art. 14 du projet de décret est l'un des plus importants: il tend à régler les formalités à observer pour faire radier les inscriptions d'hypothèques conventionnelles ou légales.

Dans son premier alinéa, il statue que la radiation et la réduction des inscriptions s'opèrent dans les districts catholiques conformément aux dispositions du Code civil français (art. 2157 et suivants) et qu'il en est de même dans les districts protestants pour ce qui concerne les hypothèques légales.

Je suis d'accord avec ces deux dispositions, mais je ne puis pas accepter celles du troisième alinéa

de l'art. 14, ainsi conçu:

« Dans ces districts, la radiation des privilèges et des hypothèques a lieu sur la présentation d'une quittance apposée sur le titre de créance. Lorsque celui-ci se trouve perdu, le débiteur, en opérant le paiement, peut exiger que le créancier fasse annuler le titre, et il est procédé à la radiation après une publication munie du permis du juge, émanant de celui au profit duquel l'inscription existe et constatant que la dette est éteinte. La publication a lieu par la voie de la Feuille officielle. »

Cet alinéa place les districts protestants du Jura dans une position très embarrassante et leur rend même impossible la radiation d'hypothèques dans des cas très fréquents. En effet, il statue, comme règle générale, que la radiation a lieu sur la présentation d'une quittance apposée sur le titre de créance et, comme seule exception, en cas de perte du titre, le débiteur en opérant le paiement peut exiger que le créancier fasse annuler le titre par voie de publication dans la Feuille officielle (conformément à l'art. 1012 du Code civil bernois).

Mais ce n'est pas ce cas qui se présente le plus souvent: ce qui arrive très fréquemment, c'est que le débiteur n'a pas sous la main le créancier qu'il a payé, pour lui demander une annulation du titre égaré ou son amortissement en observant les formalités prescrites par l'art. 1012 (Code civil bernois).

Les cas les plus nombreux sont ceux dans lesquels les radiations sont demandées par des débiteurs qui se sont libérés, eux personnellement ou leurs prépossesseurs, depuis fort longtemps, sans avoir eu soin de faire quittancer et radier leurs actes, qui depuis ont été égarés ou détruits; dans l'intervalle les créanciers inscrits sont décédés ou ont quitté le pays. Que faire dans ces circonstances? Le troisième alinéa de l'art. 14 ne prévoit pas ces cas qui se présentent pour ainsi dire journellement. Jusqu'à ces derniers temps, on s'est tiré d'affaire dans le Jura protestant, en recourant à l'application du chiffre 4 de l'art. 496 du Code civil bernois, qui permet l'amortissement d'une créance hypothécaire ayant trente ans d'existence. Mais il a été déclaré récemment que cet art. 496, qui n'est qu'un palliatif insuffisant et coûteux, n'est pas applicable dans le Jura protestant.

Comme on le voit par ces explications, le troisième alinéa de l'art. 14 créerait ou maintiendrait un état de choses intolérable dans les districts de

Courtelary, Moutier et Neuveville.

Il me semble que, pour faire profiter ces districts de la réforme hypothécaire que nous avons voulu introduire par la loi du 26 février 1888, il y a lieu de choisir, pour la rédaction du troisième alinéa de l'art. 14, entre les deux alternatives suivantes:

Ou bien la radiation des inscriptions hypothécaires aura lieu, dans les districts protestants, à la bernoise, c'est-à-dire d'après les art. 1012 et 496 du

Code civil bernois;

Ou bien à la française, d'après les prescriptions des art. 2157 et suivants du Code Napoléon.

Ce dernier moyen serait le plus simple et le plus logique, d'autant plus que dans le second alinéa de l'art. 14 du projet, il est admis que la radiation des hypothèques légales, dans les districts protestants, s'opérera d'après les dispositions des art. 2157 et suivants du Code civil français. Il me paraît anormal que l'on choisisse un autre mode pour la radiation des hypothèques conventionnelles.

Je sais que les conservateurs des hypothèques de ces districts craignent qu'en introduisant le système de la radiation en vertu de main-levée notariée, ils ne soient exposés à des actions en responsabilité de la part des cessionnaires de créances hypothécaires, mais il est facile de les tranquilliser à cet égard, pour une adjonction à l'art. 14 portant que ces cessionnaires, pour conserver leur droit hypothécaire, doivent faire annoter leurs cessions au bureau des hypothèques.

Comme conclusion, je propose au Grand Conseil de renvoyer l'art. 14 à un nouvel examen de M. le Directeur de la justice et de la commission.

Après les explications que je viens de donner sur la situation qui serait faite au Jura protestant par l'adoption de cet article, je ne doute pas que ma proposition de renvoi ne soit adoptée.

Präsident. Wird das Wort über diesen Rückweisungs= antrag verlangt?

Eggli, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich bin mit der Rückweisung einverstanden. Ich gebe gerne zu, daß der Artikel nochmals angesehen zu werden verdient. Es handelt sich um eine wichtige Materie und ich möchte in keiner Weise den Vorwurf auf mich laden, daß ich legerement darüber hinweggegangen sei.

Der erste Absatz wird angenommen. Die Absätze 2 und 3 dagegen werden an die vorberathenden Behörden zurückgewiesen.

§ 15.

Eggli, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Diefer Artifel erklärt, auf welchen Zeitpunkt eine Vorschrift des zu Grunde liegenden Gesetzes in Kraft treten folle, indem im erften Abfat gefagt ift, daß die Borschrift betreffend Ginschreibung des Kaufgeldprivilegs, sowie der gesetlichen Sypothek der Chefrau und des Mündels mit dem 1. Heumonat dieses Jahres in Kraft trete. Von diesem Zeitpunkte an muffen also im ganzen Jura die gesetzlichen Spotheken zu Gunften der Che= frauen und der Mündel eingeschrieben werden, wenn fie gegenüber den andern Sypothekargläubigern einen Rang einnehmen wollen. Es wird dies für die Regierung Ber= anlassung geben, die Amtsschreiber in den katholischen Amtsbezirken anzuweisen, falls sie bis jett migbrauch= licher Weise, wenn sie einen Kaufatt in's Transtriptionenbuch einschrieben, unterlaffen haben sollten, auch das Raufgeldprivileg in's Hypothekenbuch einzuschreiben, dies bis zum 1. Heumonat nächsthin noch nachzuholen. Es ist das also für die Amtsschreiber gewissermaßen ein Termin zur Erfüllung einer Pflicht, welche ihnen schon bis jetzt oblag, welche aber infolge anderer Auffassung der bisherigen Bestimmung nicht befolgt wurde.

Der zweite Absatz berücksichtigt die bereits vor dem 1. Heumonat entstandenen gesetzlichen Hypotheken der Ehefrau und Mündel, denen eine Frist gegeben werden muß, die Einschreibung vornehmen zu lassen, damit nicht wohl erworbene Rechte verletzt werden. Wird die Frist benütt, so bleibt diesen Hypotheken der ihnen vom Momente der Eingehung der Ehe oder der Vogtsbestellung an vom Code civile die jetzt eingeräumte Kang gesichert. Die Kommission beantragt, diese Frist, damit gar keine Schädigungen eintreten, um 6 Monate zu verlängern, sodaß also statt "31. Christmonat des lausenden Jahres" gesetzt würde "30. Juni 1890". Der Regierungsrath

ftimmt diefer Berlängerung bei.

Nach Untrag der Kommission angenommen.

M. Jobin. Avant d'aborder l'art. 16, je voudrais faire une proposition concernant les districts catholiques. Je demande que l'on intercale ici un article portant que, dans les districts du Jura catholique où l'enregistrement est encore en vigueur, le droit d'enregistrement et le droit de mutation et de transcription n'excèdent pas ensemble le 1 % du prix de vente. Les contrats de vente immobilière sont ac-

tuellement grevés dans ces districts de droits s'élevant jusqu'au 2¹/₂ ⁰/₀ du prix de vente. Outre que des droits si élevés sont une entrave aux transactions concernant la propriété immobilière, ils constituent un impôt injuste prélevé sur 4 districts seulement. Il faut remédier à cet état de choses.

Eggli, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungs= Herr Jobin führt uns da auf ein schwieriges Gebiet, die Einregiftrirungsgebühr. Es will mir scheinen, es sei hier nicht der Ort, um dieselbe gesetzlich zu normiren. Ich gebe gerne zu, daß da offenbar Inkon= venienzen vorhanden find. Die Einregistrirungsgebühr — soweit sie dem Staate zukommt, soll sie nach meiner Meinung den prozentualen Gebühren eingerechnet werden — wird in keinem Amtsbezirk in gleicher Weise bezogen. Wie andere Einrichtungen, ist auch sie eine Erb= schaft aus der französischen Zeit, die in den katholischen Umtsbezirken besteht und dort zur Alimentation wohl= thätiger Werke, Spitäler 2c., dient. Sie ist auch durch ein französisches Gesetz tarifirt. Wenn nun Inkonvenienzen vorhanden find, die auf dem Wege der Bollziehungsver= ordnung gehoben werden können, so kann dies auch der Regierungerath thun, und soweit Unbilligkeiten bestehen und die nöthige Kompetenz vorhanden ist, bin ich überzeugt, daß der Regierungsrath die Gelegenheit nicht vorübergehen laffen wird, ohne die Sache zu reguliren. Soweit aber mit dem Antrage des Herrn Jobin Gesetzesände= rungen gemeint sein follten, find wir heute nicht kompetent; benn wir haben nur ein Dekret zu berathen, das fich im Rahmen des Gesetzes vom 26. Hornung 1888 bewegen muß. Ich möchte deshalb Herrn Jobin einladen, seine Angelegenheit eher in Form einer Motion selbständig vorzubringen, als die Sache diesem Detret einverleiben zu wollen, in welches fie nach meinem Dafürhalten nicht gehört.

M. Folletête. Il y a beaucoup de vrai dans les observations de M. Jobin, et la question des tarifs de transcription a été, à plusieurs reprises, agitée au sein de la commission. On a fini par exprimer le vœu de laisser à l'Instruction officielle qui sera adressée par la Direction de la justice aux secrétariats de préfecture, le soin d'atténuer autant qu'il est possible la fiscalité de la transcription. Il est possible même qu'on en arrivera à une revision des tarifs actuels, comme conséquence de notre décret. En tout cas la réduction des tarifs est désirable. Reste à savoir comment il pourra être tenu compte de ce vœu.

Ceci m'amène à parler incidemment d'un autre abus de fiscalité, qu'il faudra absolument faire disparaître dans les districts qui ont conservé l'institution de l'enregistrement: je veux parler de la circulaire de la Direction des finances qui prescrit la perception des droits sur l'estimation cadastrale, dans les actes translatifs de propriété où le prix de vente n'atteint pas cette estimation, et, dans les cas où l'estimation cadastrale est dépassée, la perception des droits sur le prix réel. Exemple: Un domaine rural estimé au cadastre à 6000 fr., ne se vend que 3000 fr.: l'enregistrement percevra le droit de mutation sur l'estimation cadastrale, soit sur 6000 fr. Si, par hasard, ce même domaine, au

lieu de ne se vendre que 3000 fr., atteignait le prix de 12,000 fr., ce n'est plus sur l'estimation cadastrale que les droits d'enregistrement se percevraient, mais bien sur le prix de vente. En un mot, le fisc perçoit arbitrairement sur l'estimation cadastrale, et au-dessus, sans autre règle fixe que la plus haute perception. Beaucoup trouveront-inconvenant ce système d'exploitation. Si j'en ai fait mention dans cette discussion, ce n'est pas que le Grand Conseil soit, dès maintenant, à même de prendre des mesures en vue de réprimer cet abus fiscal propre à rendre odieuse l'institution de l'enregistrement.

Mon but sera atteint, si je parviens à convaincre la Direction de la justice qu'à propos de l'élaboration de l'Instruction à envoyer aux secrétariats de préfecture, il pourrait y avoir lieu à examiner de plus près la question des tarifs, afin d'éviter soit les doubles emplois, soit l'exagération des droits de

transcription.

Präfident. Hält herr Jobin seinen Antrag auf= recht?

M. Jobin. Après avoir entendu les observations de mon collègue M. Folletête, je consens à retirer pour le moment ma proposition.

§ 16.

Ohne Bemerkung angenommen.

§ 17.

Eggli, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ihre Kommission schlägt vor, den zweiten Satz des ersten Alineas solgendermaßen zu redigiren: "Er wird die nöthigen Instruktionen über die Einrichtung und Führung der Grund- und Hypothekenbücher erlassen." Der Regierungsrath ist damit einverstanden und beantragt Unnahme in dieser Fassung.

Rem, Berichterstatter der Kommission. Ich will nur beisügen, daß der betreffende Satz im französischen Text folgenden Wortlaut erhielt: «Il pourvoira spécialement à l'établissement des registres, donnera les instructions nécessaires et veillera à ce que la disposition transitoire de l'art. 15, deuxième alinéa, soit portée d'une manière suffisante à la connaissance des intéressés. »

Es ist diese Einschaltung im französischen Text der Sache angepaßt.

Angenommen.

Titel und Eingang.

Ohne Bemerkung angenommen.

Präsident. Das Dekret wäre damit durchberathen bis auf die zwei zurückgewiesenen Alinea. Dieselben werden morgen berathen werden können, worauf dann die Gesammtabstimmung über dieses dringliche Dekret vorgenommen werden kann. Leider sehlt in der Kommission Herr Marchand, der am Erscheinen verhindert ist und welcher speziell den protestantischen Jura vertrat. Ich schlage vor, die Kommission an Stelle des Herrn Marchand durch Herrn Jolissant zu ergänzen.

Einverstanden.

Präsident. Es ist zu den disherigen Traktanden ein neues Geschäft von ziemlich großer sinanzieller Bebeutung hinzugekommen, nämlich die Erstellung von Stallungen für kranke Pferde in den Militäranstalten auf dem Beundenseld. Das Geschäft ist dringlich und der Regierungsrath wünscht, daß dassede behandelt werde. Bon der Staatswirthschaftskommission ist es bereits vorberathen und wenn keine Einwendung gemacht wird, so würde ich vorschlagen, das Geschäft sofort zu behandeln, da mehrere andere Gegenstände heute nicht berathen werben können, indem einzelne Herren Berichterstatter andere weitig beschäftigt sind.

Der Große Rath erklärt sich mit der sofortigen Behandlung des neuen Traktandums einverstanden.

Erftellung von Stallungen für kranke Pferde auf dem Beundenfeld.

Der Regierungsrath beantragt, zum Zwecke des Baues von Stallungen zur Aufnahme 120 kranker Pferde auf dem Beundenfeld einen Kredit von Fr. 180,000, bezw., mit Bauplatz, von Fr. 200,000 zu bewilligen.

Dr. Cobat, Militärdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Die Eidgenoffenschaft ist im Falle, jährlich für die Bedürfnisse der Kavallerie einige hundert Pferde anzukaufen, die für ihren künftigen Dienst dressirt werden müssen. Schon vor zwei Jahren sing das schweizerische Militärdepartement an, diese Pferde im Herbst nach deren

Untauf für, einige Monate unfern Stallungen zu über= geben, und es hat dann der Remontenkurs dort ftattge= funden. Im Unfang diefes Jahres hat dann das De= partement gegenüber der Militärdirektion die Bereitwilligkeit ausgesprochen, in Bern das Centralremontendepot zu er= richten, knupfte aber hieran die Bedingung, daß der Staat Stallungen baue zur Aufnahme der kanken Pferde; benn nicht nur werden die vorhandenen Ställe von den Remonten, die sich auf 3-400 Stuck belaufen, ganz in Anspruch genommen, sondern es ist auch nöthig, daß die kranken Pferde von den gesunden ausgeschieden werden konnen, damit im Falle von ansteckenden Krankheiten der Bestand der Remonten nicht zu sehr angegriffen wird. Die Mili= tärdirektion, und auf deren Antrag auch der Regierungs= rath, hat sich grundsätlich bereit erklärt, diese Kranken= stallungen zu bauen, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die daherigen Auslagen des Kantons ge= hörig verzinst werden, indem wir annahmen, daß wir mit unfern gegenwärtigen Militäranstalten schon eine ge= nügend große Laft übernommen haben und neue Bauten teine weitere Laft für den Kanton fein durfen. Der Bund seinerseits, bezw. das Militärdepartement, erklärte sich bereit, die Ausgabe des Kantons zu verzinsen. Daraufhin fanden zwischen der Militärdirektion und dem Departement längere Unterhandlungen statt, die schließlich zu einem Praliminarvertrag betreffend die kunftige Benützung der Militäranstalten führten. Die Militärdirektion hat nämlich gewünscht, daß für den Fall, daß neue Stallungen gebaut werden, ein neuer Bertrag über die Benutung der gesammten Militäranstalten abgeschlossen werbe, in bem Sinne, daß die Entschädigung des Kantons nicht davon abhangen solle, wie viel Mannschaft und Pferde jährlich in unfern Anstalten eingeübt werden, sondern es solle der kunftige Vertrag eine Pauschalfumme vorsehen, so daß der Kanton jedes Jahr die gleiche Entschädigung erhalte, gang abgesehen davon, ob mehr oder weniger Schulen, Wiederholungskurse u. s. w. stattfinden. Das Departement trat auf diesen Wunsch ein und es ist zwischen beiden Behörden ein Präliminarvertrag zu stande ge= kommen, der bom Bundesrath und dem Regierungsrathe genehmigt wurde. Dieser Präliminarvertrag unterliegt der Genehmigung des Großen Rathes nicht. Ich muß aber davon sprechen, weil derselbe die Grundlage der Rombination ist, welche Ihnen heute betreffend die Kranken= stallungen vorgelegt wird.

Dieser Präliminarvertrag, der nur aus 4 Artikeln besteht und im Laufe des Jahres durch einen Spezialvertrag erfest wird, bestimmt, daß der Ranton der Eidgenoffenschaft die Militäranstalten, inklusive die zu errichtenden Kranken= stallungen zur Verfügung stelle und zwar auf die Dauer von 10 Jahren. Der Bund seinerseits verpflichtet fich, dem Ran= ton einen Miethzins von 64,000 Fr. und außerdem eine Ent= schädigung für verschiedene Leiftungen im Betrage von 6000 Fr. zu bezahlen, also im ganzen 70,000 Fr. Diese Summe wird vom nächsten Jahre an während 10 Jahren fest bezahlt. Für das laufende Jahr werden die Leiftungen der Eidgenoffenschaft gegenüber dem Kanton um 7500 Fr. ershöht, mit Rückficht darauf, daß das Remontendepot schon jett in unsern Stallungen sich befindet und die Krankenställe auf Ende September dieses Jahres hergestellt werden müssen. Es frägt sich nun, ob dieser Vertrag für den Kanton vortheilhaft ift und zwar gang speziell, ob in der Summe von 70,000 Fr. mit Rudficht auf die zu errichtenden Ställe eine genügende Entschädigung liegt. Diefe Stal-

lungen find auf ungefähr 180,000 Fr. veranschlagt, wozu noch der Preis für einen Bauplat tommt, fodag die ganze Ausgabe ungefähr die Summe von 200,000 Fr. erreichen wird. Die Frage ist also die: Liegt in der fünftigen Entschädigung bes Bundes eine genügende Gegenleiftung für die zu bauenden Stallungen ? Wir gelangen zur Antwort, wenn wir den jetigen Zustand mit dem fünftigen vergleichen. Gegenwärtig besteht ein Miethvertrag, der vor ungefähr 3 Jahren abge= schloffen wurde und wonach uns der Bund, abgesehen von einigen Spezialleiftungen, per Tag für jeden Mann 15 Rappen und für jedes Pferd 10 Rappen bezahlt. Dabei wird uns eine Minimaleinnahme von 40,000 Fr. garantirt. Dieses Minimum ist aber seit dem Bestehen des Vertrages überschritten worden und zwar in einem Jahre mehr, im andern weniger. Der Ertrag hängt eben ganz davon ab, welche Kurfe in Bern abgehalten werden, namentlich ob die Wiederholungsturfe der berni= schen Regimenter hier stattfinden oder nicht. Der Durch= schnittsertrag der Kaserne in Bezug auf den Miethzins kam in den letten 4 Jahren auf rund 47,000 Fr. zu stehen, also 7000 Fr. mehr, als das garantirte Minimum. In dieser Summe von 47,000 Fr. ist aber das Remonten= depot nicht inbegriffen. Wir muffen also hiefur einen Betrag hinzurechnen und ich nehme an, mit 6000 Fr. per Jahr sei das Remontendepot gut bezahlt; denn es versteht sich von selbst, daß für die Inanspruchnahme der Stallungen während des ganzen Jahres, während sie früher mehrere Monate leer stunden, der Eidgenoffenschaft nicht die im Bertrag vorgesehenen Ansätze (10 Rappen per Tag und per Pferd) in Rechnung gebracht werden können. Rechnen Sie diese 6000 Fr., sowie eine weitere Summe von ungefähr 3000 Fr., welche uns der Bund für die Keinigung der Kaserne nach den Schulen, Wiederholungskurfen u. f. w. bezahlt, zu den 47,000 Fr. hinzu, so kommen Sie im ganzen auf 56,000 Fr., welche Summe den gegenwärtigen Durchschnittsertrag der Kaserne, unter Berücksichtigung des Remontendepots und der Vergütung des Bundes für die Reinigung, repräsentirt. Da wir nun vom nächsten Jahre an 70,000 Fr. erhalten, so ergibt fich eine Mehrvergütung von 14,000 Fr., welche Summe den Zins für die zu erstellenden Krankenstallungen, inklusive Bauplat, repräsentirt, ein Zins der ungefähr 7 % unserer Auslagen ausmacht. Mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand des Zinssußes wird gewiß jeder von Ihnen sinden, daß diese Entschädigung des Bundes eine genügende ift und wir diese Ausgabe gang gut übernehmen konnen. Es handelt fich eigentlich nicht um eine Ausgabe, sondern nur um eine gute Geldanlage. Bon diesem Standpunkte aus hat die Regierung die Sache betrachtet und nur von diesem aus empfehlen wir sie den Große Rathe.

Die Frage, wo das Remontendepot hinkömmt, ist für den Kanton und die Stadt Bern eine nicht unbedeutende. Es wird dieses Remontendepot die Bedeutung der bernischen Militäranstalten ganz sicher erhöhen. Es ist ja natürlich, daß wenn das ganze Jahr in der Kaserne etwas geht und dieselbe nicht mehr während der einen Hälfte des Jahres leer steht, die Bedeutung der Anstalten eine größere sein wird, als in der Vergangensheit. Schon jetzt haben sich infolge des Remontendepots circa 50 Mann, sei es als Bereiter, sei es als Stallstachte oder in einer andern Eigenschaft, mit ihren Familien hier niedergelassen. Ferner ist anzunehmen, daß wenn der Bund für unsern Wassenplat jährlich eine

ziemlich große Summe ausgeben muß, er barnach trachten wird, die Militäranstalten mehr in Anspruch zu nehmen, als es gegenwärtig der Fall ift. Man hat zwar die Befürchtung ausgesprochen, daß infolge der Errichtung des Remontendepots die Kavallerieschulen und -Kurse nicht mehr so häufig stattfinden werden, wie bis jest, und es weiß jedermann, daß folche Kurfe und Schulen gerne gesehen find, einmal weil sie die Militäranstalten und die Stadt beleben und fodann, weil fie eine gute Gin= nahmsquelle für den Cantinier und die Stadt bilben, weil diese Waffengattung vielleicht etwas mehr ausgibt, als die andern. Ich habe diese Befürchtung gegenüber dem Instruktor der Kavallerie und dem Chef des Militär= departements ebenfalls ausgesprochen. Allein beide Herren haben mir erklärt, daß es nicht wahrscheinlich sei, daß die Kavalleriekurse abnehmen; denn man werde dazu kommen, gerade die Remonten für die Kavallerieschulen zu benuten, fodaß wir mahrend diefer Beit diefe Pferde nicht als Kemonten=, sondern als wirkliche Ravallerie= pferde in den Stallungen hätten. Zudem wird durch diese Erstellung von Krankenstallungen für 120 Pferde der Bestand unserer Stallungen erhöht und es ist vorauszu= feben, daß diefelben namentlich jur Zeit der Schulen und Wiederholungsturfe nicht ftark mit Aranken befest fein werden, sodaß man sich in dieser Beziehung auch ein= richten wird. Wie gesagt, es ist anzunehmen, daß unfer Waffenplat in Zukunft bedeutend mehr in Anspruch genommen werden wird, als gegenwärtig. Auch sonst zieht der Kanton aus dem künftigen Bertrag, abgesehen von den 7 % Bins, von welchen ich Ihnen sprach, einen Bortheil, indem der Durchschnittsertrag erhöht wird; benn zu den bisherigen Fr. 47,000 erhalten wir noch Fr. 6000 für das Remontendepot und noch einige andere Ent= schädigungen für diverse Leiftungen, zusammen ungefähr Fr. 10,000 mehr, als gegenwärtig. Die Nebernahme des Remontendepots liegt also wirklich im finanziellen In= tereffe des Rantons.

Leider ist die Sache sehr dringlich, indem das Militär= departement erklärte, daß die Stallungen unter allen Um= ständen bis zum 30. September dieses Jahres erftellt werden muffen. Gerade im Laufe des September finden die großen Pferdeankäufe durch die eidgenössischen Be-amten statt. Diese Pferde kommen in das Remontendepot, und es treten gerade in den Monaten September, Oftober und November die meisten Krankheitsfälle ein, wahr= scheinlich infolge der weiten Reise der Pferde und bes Luftwechsels, und es war lettes Jahr, wo wir das Remontendepot bereits besagen, eine große Ralamität, daß der Eidgenoffenschaft für die franken Pferde keine Stallungen zur Berfügung gestellt werden konnten. Infolge dieser etwas überstürzten Behandlung des Geschäftes sind die Behörden heute noch nicht im Falle, Ihnen fagen zu können, wo diefe Stallungen gebaut werden follen. Wir haben zwar bei ben Militaranftalten 2 Bauplate, die fich gang gut eignen würden, sodaß wir bei beren Berwendung für einen Bauplat nichts auszuwerfen hätten. Der eine Bauplatz liegt hinter dem Zeughaus gegen die Waldau zu, der andere zwischen der Kaferne und dem Zeughaus und wird derfelbe gegenwärtig als Exerzier= plat benutt. Die Berwendung diefer Blate murde indeffen einige Inkonvenienzen nach fich ziehen. Einmal ist es fehr wahrscheinlich, daß in nächster Zeit der Bund, mahrscheinlich in Verbindung mit dem Kanton, ein Verbin= dungsgeleise zwischen dem Zeughaus und der Bahn er-

richten wird, damit im Falle einer Mobilisation die ver= schiedenen Sendungen des Zeughauses und des Kriegs= kommissariats schnell vor sich gehen konnen. Die Rampe, welche für das Verbindungsgeleise vorgesehen wird, kommt unmittelbar hinter das Zeughaus zu liegen und mit Rückficht darauf konnen die Krankenställe nicht daselbst plazirt werden. Der Exerzierplat ift sehr nöthig für die Einübung der Mannschaft und der Kreisinstruktor hat sich sehr dagegen gesperrt, daß man den Exerzierplat als Bauplat für die Krankenstallungen benutze. Der Regierungsrath, und ipeziell die Domänendirektion, haben fich deshalb nach andern Baupläten umgesehen. Es wurde ein Terrain in Aussicht genommen, bas der Burgergemeinde gehört und vis-a-vis den Militäranftalten, jenfeits der Papier= mühlestraße, gelegen ift. Die Behörden find mit der Burger= gemeinde in Unterhandlung getreten, es konnte aber bis jest noch kein Vertragsabschluß erzielt werden; wir wissen überhaupt noch nicht ganz bestimmt, welchen Preis die Burgergemeinde stellen wird. Ich habe letthin vernommen, daß dasjenige Mitglied des Burgerrathes, welches fich mit diefer Angelegenheit befaßt, feit längerer Beit von Bern abwesend ift, und es ift dies mahrscheinlich der Brund, weshalb wir bis jest noch keine Antwort erhalten haben. Es ist aber vorauszusehen, daß der Preis, welcher ver= langt werden wird, die vorgesehene Gesammtkostensumme von Fr. 200,000 nicht erhöhen wird. Auf jeden Fall find wir nicht so gebunden, daß dieses der Burgergemeinde gehörende Terrain um jeden Preis angekauft werden mußte; denn im Nothfall haben wir, wie gesagt, eigenes Land, auf das wir diefe Stallungen ftellen konnen. Aus diesem Grunde kann Ihnen der Regierungsrath noch keine bestimmte Vorlage machen; er kann Ihnen nur fagen, die ganze Ausgabe werde die Summe von Fr. 200,000 nicht überschreiten, und da wegen der Dringlichkeit der Sache das Geschäft nicht weiter verschoben werden tann, indem man mit dem Bau beginnen muß, so ift der Regierungsrath im Fall, von Ihnen die Ermächtigung ju verlangen, diese Bauten auszuführen und einen paffenden Bauplat zu erwerben.

Die Staatswirthschaftskommission, die sich mit dieser Angelegenheit befaßt hat, hat sich einverstanden erklärt unter zwei Bedingungen. Einmal beantragt sie, daß der Große Rath seine Einwilligung nur unter der ganz be= stimmten Bedingung gebe, daß die Summe von Fr. 200,000 nicht überschritten werde. Der Regierungerath nimmt diese Bedingung an, indem er bis jest Grund zur Annahme gu haben glaubt, daß diese Summe nicht überschritten werden wird. Gine fernere Bedingung ift die, daß die Gemeinde Bern den Staat von jedem Wafferzins für die Militäranstalten enthebt. Die Regierung hält biese Be-bingung für eine billige. Es ware überhaupt geboten gewesen, beim Bau der Militäranftalten, welche größten= theils der Stadt Bern zum Vortheil dienen, von der= felben zu verlangen, daß sie das Wasser gratis liesere. Es handelt sich für die Stadt um keine große Sache; denn der Durchschnitt unserer bezüglichen Ausgaben in den letzten drei Jahren beläuft sich auf Fr. 1641. Warum man s. 3. dieses Begehren nicht gestellt hat, weiß ich nicht. Die Staatswirthschaftskommission glaubt nun, es fei jett der Anlaß, auf die Sache zurückzukommen und ber Gemeinde Bern, die ja aus der Erftellung diefer Stallungen auch einen Bortheil zieht, indem dieselbe eine Bermehrung der Bevölkerung und des Berdienstes mit fich bringt, zuzumuthen, diese Leiftung zu übernehmen. Der

Regierungsrath hat deshalb auch diese zweite Bedingung der Staatswirthschaftstommiffion angenommen, fodaß zwischen der Staatswirthschaftskommission und der Re-

gierung vollkommenes Einverständniß herrscht. Ich empfehle Ihnen das vorliegende Geschäft im Interesse unseres Kantons und speziell der Bedeutung

unserer Militäranstalten zur Genehmigung.

Ballif, Berichterstatter der Staatswirthschaftskom= miffion. Die Staatswirthschaftskommission hat diefe Borlage einläßlich geprüft. Die Sache ist etwas überstürzt; aber gleichwohl ist die Staatswirthschaftskommission im Falle, Ihnen dieselbe zur Genehmigung zu empfehlen. Bom Augenblick an, wo feitens des Bundes für das Er= halten des Remontendepots an den Kanton Bern das Berlangen gestellt wurde, die nöthigen Krankenstallungen zu erstellen, wäre es schwierig gewesen, diese Bedingung einfach von der hand zu weisen, indem auch die Staats= wirthschaftskommiffion dafürhält, es werde dieses Remontendepot für den Ranton Bern, allerdings haupt= fächlich für die Gemeinde Bern, einen nicht zu unter= schätzenden Nuten haben. Wenn nun der Bundesrath erklärt, die Belaffung des Remontendepots in Bern hange von der Erstellung diefer Rrankenstallungen ab, so ift es leicht begreiflich, daß die Regierung und die Staats= wirthschaftstommission nicht gerne die Berantwortung übernehmen möchten, durch eine Ablehnung dieser Bedingung die Beibehaltung des Remontendepots in Frage zu ftellen. Wir glauben, es konne diese Borlage dem Großen Rath um fo mehr empfohlen werden, als man ju gleicher Beit bom Bundesrath eine bedeutende Aufbefferung des Miethzinses, den der Bund bis jest für die Militäranstalten bezahlte, erlangte. Statt der bis-herigen Entschädigung von durchschnittlich Fr. 46,000 per Jahr wird man in Zufunft eine folge von Fr. 64,000 erhalten, wozu noch die Entschädigung für Waffer u. f. w., die bis jetzt auf Fr. 3600 normirt war, mit Fr. 6000 tritt, sodaß die Gesammtentschädigung sich auf Fr. 70,000 beläuft. Auch die Staatswirthschaftstommiffion halt dafür, daß der Umftand, daß der Bund fünftig dem Kanton für die Militäranstalten einen ziemlich bedeutend höhern Miethzins bezahlt, eine gewiffe Garantie bietet, daß der Waffenplatz Bern auch in Zukunft gehörig und mehr als bis jest in Anspruch genommen werden wird. Man sprach allerdings Zweifel aus, ob nicht das Remontendepot zur Folge haben werde, daß die Kavalleriekurse abnehmen. Es ift dies eine Bermuthung, welche einige Berechtigung hat. Anderseits erblickt man aber doch darin, daß der Bund eine bedeutende Mehrausgabe machen muß, eine Garantie, daß er dafür sorgen wird, daß der Plat in Zukunft möglichst stark benutt wird. Auch ist anzuer= tennen, daß in der Mehrleiftung des Bundes eine genügende, wenn auch nicht übertriebene Entschädigung für die neuen Stallungen enthalten ift. Es normirt sich dieselbe auf etwa 10 bis 12,000 Fr., was gegen= über einer Baufumme von Fr. 200,000 in der That nicht übertrieben genannt werden kann, indem anzunehmen ift, daß der Unterhalt der Stallungen noch ziemlich kosten wird. Gleichwohl hält die Staatswirthschafts= tommission dafür, es sei, in Anbetracht der bereits vom Herrn Militärdirektor angebrachten Gründe und in Bestätigung derselben, trot einer gewissen Ueberstürzung der Sache, die Vorlage des Regierungsraths anzunehmen und demselben der zum Bau verlangte Kredit zu bewilligen.

Die Staatswirthschaftskommission ist aber der Ansicht, es sei mit Rücksicht darauf, daß für das nöthige Bauterrain mit der Burgergemeinde noch kein Abkommen getroffen ift und auch keine Preisofferte vorliegt, angezeigt, dem Großen Kathe zu beantragen, er möchte beschließen, die Bausumme, inklusive Bauplat, solle die Summe von Fr. 200,000 nicht übersteigen. Es ist zwar bereits vom herrn Mititärdirektor und vom herrn Baudirektor die hoffnung ausgesprochen worden, es werde diefe Summe nicht überstiegen werden. Immerhin fand die Staats= wirthschaftstommission, da seitens der Burgergemeinde noch kein Angebot vorliege, sei es angezeigt, eine Limite festzusehen, die unter keinen Umftanden überschritten werden darf, damit man nicht Gefahr läuft, der Burgergemeinde einen übertriebenen Preis bezahlen zu muffen, den man in der Nothlage, in der man fich befindet, gleich= wohl acceptiren mußte. Der Regierungsrath hat sich mit dieser Bedingung einverstanden erklärt und ebenso auch mit der zweiten, die dahin geht, daß die Einwohner= gemeinde Bern gehalten sei, daß für die Militäranstalten benöthigte Waffer dem Kanton künftighin unentgeltlich abzutreten. Man hat bereits mit bem Gemeinderath von Bern Unterhandlungen angeknüpft, um eine bezügliche Schlugnahme zu bewirken. Bis zur Stunde ift aber dem Regierungsrath noch keine Antwort zugekommen. Man ist deshalb immerhin noch im Zweifel, ob der Gemeinde= rath von Bern diefe Bedingung annehmen will, und darum glaubt die Staatswirthschaftskommission, es sei angezeigt, daß man die unentgeltliche Ueberlaffung des Waffers als förmliche Bedingung aufstelle. Man hatte in ber Staatswirthschaftskommission allgemein die Ansicht, daß es nichts als billig fei, daß die Gemeinde Bern diefe Leiftung, die man eigentlich schon früher von ihr hatte verlangen konnen, übernehme. Ich glaube, man werde durchaus einverftanden fein, daß die Erftellung diefer Stallungen, sowie das Remontendepot in erster Linie der Gemeinde Bern zum Nuten und Vortheil gereichen wird und daß es deshalb ein durchaus billiges Begehren ift,

wenn man von ihr gewisse Gegenleistungen verlangt. Ich empfehle Ihnen die Borlage des Regierungs= rathes, mit den beiden Zusätzen der Staatswirthschafts=

tommiffion, beftens zur Unnahme.

Nach Antrag der Staatswirthschaftskommission ge= nehmigt.

Staatsbeitrag an die Illiswyl-Murzelen-Frieswylftrafe.

Der Regierungsrath beantragt, an den Bau einer Straße von Illiswyl über Murzelen nach Frieswyl, als Fortsetzung des Hinterkappelen = Illismylstraße, einen Staatsbeitrag von 50 % der Gesammtbaukosten oder im Maximum Fr. 31,500 zu bewilligen und die Straße nach ihrer Fertigstellung zum Unterhalt zu übernehmen.

Tschiemer, Baudirektor, Berichterstatter des Regie= rungsraths. Der Große Rath bewilligte im Jahre 1882 für die Erstellung der Straße von Hinterkappelen über Wohlen nach Iliswyl einen Staatsbeitrag von 50 % der wirklichen Kosten, im Maximum Fr. 74,150. Im

Laufe der 80er Jahre gelangte diese Straße bann zur Ausführung und im Jahre 1888 wurde fie vom Staate provisorisch zum Unterhalt übernommen. Schon f. 3. wurde eine Fortsetzung dieser Straße bis zur Einmündung in die Bern=Uettligen=Aarbergstraße in Aussicht genom= men. Aus verschiedenen Gründen aber blieb der Bau für einmal in Miswyl ftehen. Nun kam jedoch die Gemeinde Murzelen und äußerte den Wunsch, die Strage möchte fortge= set und der ganze Straßenzug Bern-Hinterkappelen-Wohlen-Murzelen-Frieswyl ausgeführt werden. Es lag denn auch schon seit längerer Zeit ein Projekt vor, bearbeitet von herrn Rutter, früherem Setrektar ber fantonalen Baudirektion. Wir fanden nun bei einem Augenschein, daß dieses Projekt, mit einer Kostensumme von Fr. 84,000, etwas theuer zu stehen komme, indem der Laufmeter auf nicht weniger als Fr. 24. 35 berechnet war. Wir fanden ferner, es seien in dem Projekt auch gar zu viele ge-rade Linien, wie sie etwa bei einem Eisenbahnbau angezeigt find, angenommen, und waren der Ansicht, man solle sich dem Terrain möglichst anschmiegen und Ein= schnitte und Aufdämmungen nach Möglichkeit vermeiden, damit die Baukosten vermindert werden und auch der Unterhalt weniger koste. Die nähern Untersuchungen er= gaben dann in der That, daß eine Reduktion möglich ist. Das vorliegende Projekt sieht eine Kostensumme von Fr. 63,000 vor; es konnte also eine Reduktion um Fr. 21,000 stattfinden, und zwar nicht durch eine Reduktion auf den Einheitspreisen, sondern durch Berminderung der Erdbewegungen, sodaß der Laufmeter nur auf Fr. 18 zu stehen kommt. Auf die Baukosten entsallen Fr. 46,500 und auf die Landentschädigungen Fr. 16,500. Das Projekt ist überhaupt nicht ungünstiger, als das frühere. Die Maximalsteigung beträgt 5 % und die Berlänge-rung infolge Anschmiegung an das Terrain beträgt nur 21 Meter, was bei einer Länge von 3174 Meter nicht in Betracht fallen kann; die Gemeinde hat fich auch ausdrücklich damit einverstanden erklärt.

Was nun die Staatsbetheiligung anbetrifft, so nimmt die Regierung an, es werde die gleiche Subvention geleistet werden müssen, wie für das früher ausgeführte Stück, nämlich 50 % der Gesammtbaukosten. Es wurde allerdings von der Gemeinde Murzelen, mit Rücksicht darauf, daß sie so ziemlich einzig dasteht, der Bunsch geäußert, der Staatsbeitrag möchte, im Hindlick auf die Subventionirung einzelner Straßen in neuerer Zeit, ershöht werden. Man fand aber, man könne darauf nicht eintreten, sondern müsse den ganzen Straßenzug gleichmäßig behandeln. Der Regierungsrath beantragt Ihnen daher, an dieses allseitig anerkannte Projekt 50 % der Gesammtbaukosten oder im Maximum Fr. 31,500 zu bewilligen, unter den im schriftlichen Bortrage der Baudirektion enthaltenen Bedingungen. Das Straßenstück würde dann natürlich später, wie die bereits ausgeführte Straße, nach der Vollendung vom Staate zum Unterhalt übernommen. Ich empfehle Ihnen den Antrag des Regierungsraths zur Annahme.

Ballif, Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Ich habe den Auftrag, Ihnen namens der Staatswirthschaftskommission den Antrag des Regierungsrathes auf Bewilligung eines Beitrages von Fr. 31,500, resp. der Hälfte der Baukosten, an die projektirte Straße Ilismyl-Murzelen-Frieswyl, die eine Ergänzung der bereits

früher subventionirten Straße Hinterkappelen-Illiswyl wäre, ebenfalls zur Genehmigung zu empfehlen.

Genehmigt.

Schluß der Sigung um 5½ Uhr.

Für die Redaktion: Rud. Schwarz.

Zweite Sitzung.

Donneeging den 24. Apeil 1890.

Vormittags 9 Uhr.

Borfitender: Präfident Lienhard.

Der Namensaufruf verzeigt 202 anwesende Mitglieder; abwesend sind 58, wovon mit Entschuldigung: die Herren v. Allmen, Brunner, Burkhalter, Demme, Fueter, v. Grünigen, Herzog, Imer, Isli (Grafenried), Klohner, Kägeli; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren Bailat, Berger (Reichenbach), Bertholet, Blatter, Bläuer, Boß, Bourquin, Brand (Enggistein), Dubach, Fattet (St. Ursanne), Freiburghaus (Mühleberg), Gigon, Glaus, Glauser, Guggisberg, Hadorn, Haslebacher, Hoser, Hosler, Kostetler, Jenni, Isli (Modsaffoltern), Kohler, Koller, Krenger, Marchand (Kenan), Marchand (St. Immer), Marti

(Koppigen), Mathen, Meyer (Laufen), Moschard, Mügenberg, Péteut, Käg, Reichen, Reichenbach, Rieder, Robert-Tiffot, Komn, Sahli, Dr. Schenk, Steffen (Heimiswyl), Tschanz, Uelkschi, v. Wattenwyl (Oberdießbach), Würsten, Zingg (Dießbach), Zingg (Erlach).

Nach der Berlesung des Protokolls verlangt das Wort Herr

Müller (Stadtpräsident). Ich sehe mich zu einer Erflärung veranlaßt. Leider war ich gestern verhindert, der Sitzung beizuwohnen, weil gleichzeitig Sitzung des Ge= meinderathes stattsinden mußte, aus welchem Grunde auch die andern, ebenfalls dem Großen Rathe angehörenden Mitalieder des Gemeinderathes von Bern hier abwefend waren. Ich glaube nun, ich durfe gegenüber dem Beschluffe betreffend das Remontendepot und dem daran ge= knüpften Vorbehalt, daß die Stadt Bern für sämmtliche Militäranstalten das Wasser gratis zu liefern habe, nicht Stillschweigen beobachten. Wir haben geftern zu gleicher Beit auch im Gemeinderath die Angelegenheit behandelt. Es war aber eine Berathung noch nicht möglich, weil noch verschiedene Sachen aufzuklären find und weil wir fanden, man muffe mit dem Vertreter der Regierung noch über einige Details Rücksprache nehmen. Bei aller Geneigtheit, seitens der Gemeinde etwas zu leisten, fagte man doch, daß die Angelegenheit nicht so allgemein und vorbehaltlos, wie seitens der Regierung und der Staats= wirthschaftskommission beantragt worden ist, erledigt wer= ben konne. Es handelt fich da um fehr weitgehende Fragen, um Konsequenzen, die nicht so leicht zu überblicken find. Run ift die Anfrage, ob die Gemeinde Bern geneigt fei, das Waffer für fämmtliche Militäranstalten unentgeltlich zu liefern, beim Gemeinderath erft vor etwa 10 Tagen eingegangen. Die Anfrage wurde der ftädtischen Finangdirektion überwiesen, welcher das Gas= und Wafferwerk unterftellt ift, und diese mußte bei der Direktion des Bas= und Wafferwerks ein Gutachten einholen. Es mußte über= haupt eine einläßliche Untersuchung der ganzen Angelegen= heit stattfinden, um so mehr, als das Schreiben der Militärdirektion von thatsächlich unrichtigen Boraus= setzungen ausging — kurz man wollte sehen, wie sich die Angelegenheit in für beide Theile annehmbarer Weise ordnen laffe. So wie die gestellte Bedingung lautet, wird fie der Gemeinderath von Bern unter keinen Um= ständen acceptiren können. Indessen glaubten wir, man solle über die Angelegenheit weiter sprechen; es werde fich wohl ein Modus finden, der beide Theile zufrieden stelle. 3ch fah mich veranlaßt, dies heute zu erklären, damit man später begreift, wie es gekommen ift, daß der geftrige Beschluß, so wie er lautet, ein todtgebornes Rind ift.

Das Protofoll der gestrigen Sitzung wird hierauf genehmigt.

Tagesordnung:

Defret

betreffend

die Ausführung einzelner Bestimmungen des Abänderungsgesetzes zum Gesetz über die Sppothekarkasse und zum französischen Civilgesetbuche, vom 26. Hornung 1888.

Schluß der Berathung.

(Siehe Seite 44 hievor.)

§ 14, Minea 2 und 3.

Eggli, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Die Kommission hat sich diesen Morgen versammelt und kam einstimmig zum Resultat, Ihnen die sofort zu erwähnenden Vorschläge zu machen. Der Regierungsrath ist mit den Anträgen der Kommission einverstanden, und es würde sich demnach die noch in Behandlung stehende Partie des Dekrets wie folgt gestalten.

Das erste Alinea des § 14, betreffend die Löschung und Reduktion der hypothekarischen Einschreibungen in den katholischen Amtsbezirken, soll selbskändig einen Parazgraph ausmachen, und die zurückgewiesenen Alinea 2 und 3 würden einen neuen § 15 bilden, der vom Amortisationsverfahren absieht und in deutscher Redaktion wie folgt lautet:

"Die Löschung von Vorzugsrechten an Liegenschaften und von vertragsmäßigen Hypotheken, wegen Tilgung der Forderung oder Berzichtleiftung des Gläubigers auf das Pfandrecht, erfolgt in den Amtsbezirken Courtelary, Münster und Neuenstadt auf die Vorweisung einer in den Forderungstitel eingetragenen Quittung oder entsprechenden Erklärung."

"Die Löschung von dergleichen Vorzugsrechten oder Hypotheken aus einem andern Rechtsgrunde, sowie die Löschung oder Reduktion der Einschreibung von gesetzlichen Hypotheken, richtet sich nach den Vorschriften des französischen Civilgesetzbuches (Art. 2157 ff.). Das Gleiche gilt im Falle des ersten Absatzes, wenn dem Amtsschreiber glaubhaft bescheinigt wird, daß die Vorweisung des Forderungstitels aus irgend einem Grunde nicht möglich sei."

An diesen Paragraphen würde sich ein neuer § 16 ansichließen, dessen Tendenz dahin geht, daß, wenn solche Forderungen abgetreten werden, die stattgefundene Abstretung soviel möglich in den Grundbüchern angemerkt wird, damit man immer buchmäßig weiß, wer im Momente der Löschung Inhaber der Forderung ist. Dieser § 16 würde lauten:

"Der Erwerber einer pfandversicherten Forderung, welcher sich gegen die Vornahme einer Löschung auf Grund der Einwilligung des eingeschriebenen Gläubigers schützen will, ist gehalten, die Abtretung im Grundbuch anmerken zu lassen. Diese Anmerkung erfolgt in den Amtsbezirken Delsberg, Freibergen, Laufen und Pruntrut am Rande der Einschreibung im Hypothekenbuch, in den

Amtsbezirken Courtelary, Münster und Neuenstadt am Rande der Einschreibung des Forderungstitels."

"Der Erwerber einer Forderung, welchem aus der Unterlassung dieser Vorsichtsmaßregel Nachtheil erwächst,

hat keinen Rückgriff auf den Amtsschreiber.

Sie hätten also an Stelle der bisherigen Alinea. 2 und 3 des § 14 zwei neue §§ 15 und 16. Die bisherigen §§ 15, 16 und 17 würden demnach zu §§ 17, 18 und 19, in welch' letterem im zweiten Alinea die Berweisung "§ 17" lauten müßte statt, wie jetzt, "§ 15".

Rem, Berichterstatter ber Kommission. Ich habe nichts beizufügen und möchte nur, daß der Herr lebersetzer vom französischen Text, der gleichzeitig festgesetzt wurde, Kenntniß geben würde.

Der Uebersetzer verliest den französischen Text der vorgeschlagenen neuen Baragraphen, folgendermaßen lautend:

§ 15.

Dans les districts de Courtelary, Moutier et Neuveville, la radiation de privilèges et d'hypothèques conventionnelles, ensuite de paiement de la dette ou de renonciation du créancier à l'hypothèque, s'opère sur la présentation du titre muni d'une quittance ou d'une déclaration de renonciation.

La radiation de privilèges ou d'hypothèques pour une autre cause, comme aussi la radiation ou réduction d'inscriptions d'hypothèques légales, se règlent d'après les dispositions des articles 2157 et suivants

du code civil français.

Il en est de même, dans les cas prévus au premier alinéa du présent article, quand il est certifié d'une manière digne de foi au conservateur des hypothèques que, pour un motif quelconque, le titre ne peut être présenté.

§ 16.

Le cessionnaire d'une créance hypothécaire qui n'a pas fait annoter la cession au registre des hypothèques n'a point de recours contre le conservateur, si celui-ci a procédé à la radiation du consentement du créancier inscrit. L'annotation se fait, dans les districts de Delémont, Franches-Montagnes, Porrentruy et Laufon, en marge de l'inscription, et dans les districts de Courtelary, Moutier et Neuveville, en marge de la transcription.

Die vorgeschlagenen neuen Paragraphen werden ans genommen.

Auf die Frage des Präsidenten, ob man auf einzelne Paragraphen zurückzukommen wünsche, meldetsich niemand zum Wort.

Schlußabstimmung.

Für Unnahme des Defrets

Große Mehrheit.

Staatsbeitrag an die Korrektion der Frutigen-Kanderftegftrafe.

Der Regierungsrath beantragt, für die auf Fr. 35,900 veranschlagte Korrektion der Frutigen=Kanderstegstraße einen Kredit von Fr. 31,600, gleich den reinen Baufosten von Fr. 23,600 plus einem Beitrag von Fr. 8000 an die Landentschädigungen, zu bewilligen.

Tschiemer, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Es liegt Ihnen ein Projekt vor für die Korrektion des sogenannten Bunderholzstuges im Amt Frutigen. Derselbe ist ein Theil der Straße, die von Frutigen nach Kandersteg führt und von dort als Saum= weg über die Gemmi nach dem Kanton Wallis ihre Fortsetzung findet. Dieser Bunderholzstut weist bedeutende Steigungen auf, nämlich bis zu 11,3 %, in Berbindung mit ganz bedeutenden Gegengefällen. Die Straße wird namentlich im Sommer von Touristen sehr stark befahren, und es ift die ftarte Steigung mit dem großen Gegengefäll ein wesentliches Berkehrshinderniß. Die betheiligten Gemeinden wünschten schon früher dringend die Korrettion dieses Straßenstückes. Nach der heutigen Vorlage ist es möglich, die Gefällsverhältniffe derart auszugleichen, daß sowohl die starke Steigung, als das Gegengefäll abge-schnitten werden kann. Anstatt einer Steigung von 11,3 % werden wir in Zukunft eine Maximalsteigung von 5,7 % haben, also eine bedeutende Ermäßigung. Allerdings hat bieses Abschneiden der starken Steigung und des Gegen= gefälls zur Folge, daß wir eine vollständige Neuanlage der Straße machen muffen. Diese Neuanlage hat eine Länge von 846 Meter. Die Breite der Straße ift dem Charakter derselben angepaßt; es beträgt nämlich die Kronbreite 5,40 Meter, wovon 4,50 Meter auf die ver-steinte Fahrbahn fallen. Die Gesammtkosten belaufen sich auf Fr. 35,900, wovon Fr. 23,600 eigentliche Baukosten und Fr. 12,300 Landentschädigung. Ueber das Bedürfniß der Korreftion bestand bei den Behörden tein Zweisel. Man sand, nachdem die Frutigen=Kanderstegstraße an andern Orten korrigirt worden sei, sei es im Hindlick auf den sehr starken Verkehr angezeigt, auch dieses Stück zu korrigiren. Dagegen veranlaßte das Maß der Betheiligung der Gemeinden an der Korrektion Verhander lungen mit denfelben. Es ift Ihnen bekannt, daß bei der Korrektion von Staatsstraßen die Gemeinden in der Weise herbeigezogen werden, daß sie die Landentschädi= gungen übernehmen. Man ift allerdings in vielen Fällen davon abgegangen, den Gemeinden die Uebernahme sammt= licher Entschädigungen zu überbinden und hat sich damit begnügt, denselben einen Theil derselben aufzuerlegen. Etwas ähnliches ist auch hier der Fall. Die Entschädisgungen belaufen sich auf Fr. 12,300, im Verhältniß zur Gesammtbausumme ein sehr hoher Betrag. Die Gemeinde Randergrund ift überdies finanziell nicht sehr gut fituirt, und die Straße, um beren Korrektion es fich handelt, dient nicht bloß der Gemeinde Kandergrund. Sie ift eine Touristenstraße, wenn man will eine interkantonale Ber=

bindung, indem die Fortsetzung der Strage der Gemmi= paß bildet, welcher in den Kanton Wallis hinüberführt und auf der Südgrenze des Kantons Bern eine der wich= tigeren Berbindungen ift. Die Straße wird von Fuhrwerken aus dem ganzen Oberland und von Thun her befahren. Die Gemeinde Kandergrund hat denn auch sosort bemerkt, sie könne an die Landentschädigungen nur einen Kleinen Bei= trag leiften. Wir fanden immerhin, ihr Beitrag muffe in einem ähnlichen Berhältniß stehen, wie anderwärts, und beantragen Ihnen deshalb, die Gemeinde solle die Ausmittlung und Bezahlung der Entschädigungen übernehmen, dagegen folle der Staat an diese Auslagen einen Beitrag von Fr. 8000 leiften. Man hatte ursprüng= lich einen Beitrag von bloß Fr. 6000 in Aussicht ge-nommen. Die weitern Berhandlungen führten aber dazu, fich auf einen Beitrag von Fr. 8000 zu einigen. Ich möchte Ihnen diesen Untrag der Regierung bestens zur Unnahme empfehlen und Sie also ersuchen, einen Kredit von Fr. 31,600 zu bewilligen, unter den üblichen Be= dingungen.

Ballif, Berichterstatter der Staatswirthschaftskom= mission. Die Staatswirthschaftskommission hat sich dem Antrage des Regierungsraths angeschloffen. Einige Differenz waltete ob in betreff des zu leistenden Beitrages an die Entschädigungen. Der Regierungsrath beantragte, denselben auf Fr. 6000 festzuseten, entgegen dem Un-trage der Baudirektion, die bereits beantragt hatte, auf Fr. 8000 zu gehen. Die Staatswirthschaftskommission hat sich nun dem Antrag der Baudirektion angeschlossen, gestütt auf die Ausführungen des Herrn Bühler, welcher zeigte, daß die Schatzungen für das in Anspruch zu nehmende Land nicht übertrieben find, wie es der Regierungsrath annahm, fon= dern vielmehr den dortigen Berhältnissen entsprechen, indem das Land bort einen höhern Werth hat, als man bei einer folden Berggegend vermuthet. Es ift beshalb nicht anzunehmen, daß die Gemeinde mit dem in Aussicht ge= nommenen Beitrag wird auskommen können, und es hat fich die Staatswirthschaftskommission, mit Rücksicht auf diese Ausführungen des Herrn Bühler, entschlossen, ihrerseits den Antrag zu stellen, es sei der Beitrag des Staates an die Entschädigungen auf Fr. 8000 zu erhöhen, in der Meinung, daß dieser Beitrag mit Rücksicht auf die dortigen Berhältnisse und die Mittel der Gemeinde durchaus nicht zu hoch fixirt sei. Wie Sie hörten, hat sich der Regierungsrath nachträglich bem Antrage ber Staatswirth= schaftstommission angeschlossen, sodaß somit keine Differeng mehr besteht.

Genehmigt.

Staatsbeitrag an die Korektion der Sulligen-Durreurothftrage.

Der Regierungsrath beantragt, für die Korrektion der Dürrenroth-Hulligenstraße einen Kredit von Fr. 14,000, gleich den reinenBaukosten, zu bewilligen, in dem Sinne, daß die Baudirektion über die Tracefrage noch nähere Untersuchungen anzustellen und dem Regierungsrath behufs Genehmigung des Projektes vorzulegen habe.

Tichiemer, Baudirektor, Berichterftatter des Regie= rungsraths. Es handelt fich hier um die Korrektion der Straßenstrecke Dürrenroth-Hulligen. Diese Strecke verbindet das Dorf Dürrenroth und die am Bergabhang gelegene Kirchgemeinde mit der von Sumiswald her thalabwärts nach Huttwyl führenden Hauptstraße. Das Bedürfniß nach einer Korrektion dieser steilen, schmalen und in einem Einschnitt liegenden Straße ift schon seit den 70er Jahren immer anerkannt worden. Das Projekt wurde aber immer zurückgelegt, weil es hieß, man muffe zuerst die der Korrektion bedürftigen Strecken der im Thale gelegenen, nach huttwhl führenden hauptstraße korrigiren. Seit der Eröffnung der Langenthal-Huttwylbahn ist nun aber Huttwyl der Berkehrsplatz für Dürrenroth geworden, und es zieht sich daher der Berkehr von diesem Orte hauptsächlich gegen Huttwyl hin. Damit ist auch das Bedürfniß nach einer Korrektion dieses Straßenstückes wieder in erhöhtem Grade fühlbar geworden. Die Gemeinde wandte fich deshalb neuerdings an die Staats= behörden mit dem Gesuche, die Korrektion möchte nun an die hand genommen werden. Das Projekt ift von der Gemeinde felbst ausgearbeitet und vorgelegt worden. Nach demfelben kann diese steile Straße, welche Steigungen bis über 10 % aufweist, mit einem Maximalgefäll von 6 % forrigirt werden. Die Kosten der Korrektion waren ursprünglich auf Fr. 24,000 veranschlagt; eine Modifi= kation des Projektes, infolge eines Augenscheins, gestattete aber eine Reduktion auf Fr. 20,000, wovon Fr. 14,000 auf die eigentlichen Baukosten und Fr. 6000 auf die Landentschädigungen entfallen. Die Gemeinde Dürren=roth hat sich bereit erklärt, diese Fr. 6000 vollständig zu übernehmen, sodaß dem Staat nur eine Ausgabe von Fr. 14,000 verbleiben würde.

Ich muß noch beifügen, daß über das Trace der Korreftion Meinungsverschiedenheit besteht. Schon vor einem Jahre langte eine Petition ein, mit dem Gesuche, man möchte nicht das vom Gemeinderath vorgeschlagene und, wenn ich nicht irre, auch von der Mehrheit der Gemeindeversammlung acceptirte Trace adoptiren, sondern ein anderes, das sich mehr der jetigen Straße anschließt, wählen. Der Bezirksingenieur hat aber schon vor einem Jahre erklärt, es sollte das Projekt, wie es vorliege, zur Ausführung gelangen. Seither find jedoch neuerdings Protestationen eingelangt, unter anderm mit der Motivirung, daß das gewählte Terrain zu Rutschungen Anlaß geben könnte. Obschon nun die Baudirektion nicht dieser Ansicht ist, so fand fie doch, man solle über diese Frage noch eine nähere Untersuchung anordnen und fich vergewissern, ob diese Bedenken bezüglich der Unsicherheit des Terrains wirklich berechtigt seien. Dagegen war man der Ansicht, diese Tracefrage sei nicht von so großer Bedeutung, daß sie vom Großen Rathe entschieden werden muffe, sondern man könne ganz gut die Korrektion grundsählich be-schließen und dem Regierungsrath die Ermächtigung er= theilen, Aenderungen, die sich als zweckmäßig heraus= stellen, anzuordnen. In diesem Sinne legt Ihnen heute der Regierungsrath das Projekt vor, indem er beautragt, die Korrektion der Dürrenroth-Hulligenstraße sei grundsätlich zu beschließen und hiefür ein Kredit von 14,000 Fr. zu bewilligen, in dem Sinne, daß die Baudirektion über die Tracefrage noch nähere Untersuchungen anzu= stellen und dem Regierungsrath behufs Genehmigung des Projektes vorzulegen habe. Ich empfehle Ihnen diefen Untrag bestens zur Unnahme.

Ballif, Berichterstatter der Staatswirthschaftskom= mission. Die Staatswirthschaftskommission ist mit dem Antrage des Regierungrungsrathes einverstanden und empsiehlt Ihnen denselben zur Genehmigung.

Genehmigt.

Perkauf von 30,000 Stück Jura-Simplon-Prioritätsaktien an die Eidgenoffenschaft.

(Siehe die Nummern 14 und 15 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rathes von 1889.)

M. Stockmar, Directeur des chemins de fer, rapporteur du gouvernement. Il y a six mois à peine que nous vous proposions la fusion des chemins de fer bernois avec ceux de la Suisse occidentale, en vous annonçant en même temps que la fusion serait probablement la préface du rachat, et déjà se réalise cette éventualité qui paraissait alors bien éloignée. L'opinion publique s'est à peine habituée au nouvel état de choses créé par la fusion, dont les effets ne sont pas encore tangibles, et déjà la force des choses nous amène à vous proposer une nouvelle et définitive transformation. Il n'est donc pas étonnant que l'opinion ait été surprise, et qu'elle n'ait pas accepté du premier coup une solution à laquelle elle était insuffisamment préparée. L'initiative prise par le Conseil fédéral, pour n'être pas imprévue, n'en heurte pas moins de front les idées courantes au sujet du rachat, qu'on attendait sous une autre forme. Cependant, à la réflexion, il est impossible de méconnaître que la solution proposée est la seule pratique, la seule qui conduise au but. En effet, le rachat sur la base des concessions se heurte à des difficultés presque insurmontables, car il lèserait une foule d'intérêts respectables dont la coalition se retrouverait toujours à l'Assemblée fédérale. Quant à une loi d'expropriation, dont on affecte maintenant de beaucoup parler, son principal défaut est de ne pas exister, et elle ne ferait qu'ajouter une part d'inconnu aux difficultés actuelles. Il ne reste donc que la solution admise par le Conseil fédéral, le rachat à l'amiable.

Cela étant, devons-nous et pouvons-nous nous prêter à cette combinaison?

Nous le devons avant tout parce que c'est notre intérêt. Le Grand Conseil s'est prononcé trop souvent en faveur de la centralisation des chemins de fer, pour que j'aie besoin d'énumérer les avantages que nous pouvons en attendre, au point de vue des tarifs, des horaires, de l'exploitation, etc. Quand elle ne nous apporterait que la suppression des injustices qui résultent de l'application des tarifs différentiels, la centralisation serait déjà un grand bienfait.

En nous y opposant, nous romprions avec toutes nos traditions, nous donnerions un démenti à toutes les affirmations de la politique bernoise depuis 20 ans. Si nous déclarions que nous voulons conserver nos actions, dans quel but le ferions-nous? — Ce

serait évidemment pour nous substituer à la Confédération, en prétendant jouer le rôle qui n'appartient qu'à l'organe de l'ensemble du pays. Nous pousserions à l'unification à notre profit. Nous entrerions donc immédiatement en conflit avec la Confédération, qui est armée par la législation, qui peut exercer une influence décisive sur la situation des Compagnies, et qui ne manquerait pas d'user de ses droits avec la dernière rigueur pour nous faire capituler. Ce serait une lutte inégale, et en fin de compte nous en paierions les frais.

La possession d'une forte quantité d'actions se justifiait jusqu'ici par la volonté du canton de Berne d'achever son réseau de voies ferrées et ensuite de consolider ses finances. Ce double but est atteint, et ses actions ne représentent plus aujourd'hui qu'un placement de capitaux. Or quel meilleur placement peut-on trouver que la rente fédérale? — Nous perdons, il est vrai, les chances d'augmentation du rendement que peuvent présenter les actions du Jura-Simplon, mais nous évitons aussi les chances mauvaises dont aucune entreprise n'est à l'abri. Il y a donc compensation.

Nous ne pouvons pas non plus considérer la Confédération comme un acheteur ordinaire, ni comme une sorte de vingt-sixième canton dont les intérêts pourraient être différents des nôtres. Le canton de Berne forme la cinquième partie de la Confédération. Nous cédons notre part de propriété des chemins de fer à l'Etat de l'avenir, dont Berne sera le centre. Nous ne pouvons pas négliger ce côté de la question dans l'appréciation des offres du Conseil fédéral.

On nous objecte aussi que le canton n'aura plus rien à dire dans l'administration des chemins de fer. Au contraire, le canton sera plus libre parce que ses intérêts fiscaux ne risqueront plus de se trouver en opposition avec ceux du public. Il pourra défendre plus énergiquement encore les vœux des populations et l'intérêt général le jour où il sera délivré de la préoccupation de compromettre l'équilibre de son budget par l'adoption d'une mesure qui entraînerait un abaissement de recettes.

Nous vous proposons d'ailleurs de garder 8,000 actions, afin d'être sur le même pied que les autres cantons actionnaires du Jura-Simplon, et de conserver la même influence qu'eux dans l'administration de la Compagnie. Si les autres cantons se décident aussi à céder leurs actions à la Confédération, nous n'aurons plus aucun motif de garder cette réserve.

Je n'aborderai pas le côté financier du projet, qui vous sera exposé par M. le Directeur des finances. Je voudrais dire un mot seulement des avantages de la rente qu'on nous offre en échange de nos actions. Il est certain que la Confédération, qui a de grandes opérations en perspective, a tout avantage à créer de la rente 3% pour solder l'achat des valeurs de chemins de fer. Mais nous-mêmes, nous n'y perdons rien. Des obligations 3½% pourraient être tôt ou tard converties à un cours inférieur à celui que nous avons obtenu, tandis que la rente fédérale a d'autant plus de chances de hausser que l'exploitation des chemins de fer donnera de meilleurs résultats. En outre, la rente fédérale sera

fort appréciée pour le placement des capitaux des établissements publics qui sont soumis aujourd'hui à d'incessantes fluctuations. Nous ferons à cet égard les mêmes expériences que les autres pays qui ont émis des rentes d'Etat.

Si la Confédération fait de bonnes affaires avec les chemins de fer qu'elle rachètera, sa rente haussera nécessairement, et nous en bénéficierons. Si au contraire l'exploitation donne de mauvais résultats, c'est qu'il se sera produit des circonstances qui auraient amené la baisse des valeurs de chemins de fer si elles avaient encore été entre les mains des particuliers et des cantons. Dans ce cas nous pourrons nous féliciter d'être à l'abri des revers. Nous avons donc avec la rente fédérale les mêmes chances de bénéfice qu'avec les actions du Jura-Simplon, sans avoir les chances de perte. Il ne faut pas oublier d'ailleurs que la valeur de l'action privilégiée du Jura-Simplon est limitée au maximum de 650 fr., puisqu'elle est rachetable à ce prix par la Compagnie. Pour obtenir l'équivalent de ce maximum, il faudrait que la rente fédérale atteignît le cours de 97, et rien n'autorise à dire qu'elle ne l'atteindra jamais.

En acceptant l'offre du Conseil fédéral, le canton de Berne subit une perte annuelle de 60,000 fr., ou plutôt renonce à un bénéfice de 60,000 fr. qu'il pourrait obtenir. On peut du reste admettre que la hausse de la rente compensera cette différence à bref délai. Mais alors même qu'il s'agirait d'un sacrifice, alors même que cette perte serait effective, si l'on peut arriver par ce moyen à la centralisation des chemins de fer, le canton de Berne ne l'aura

pas payée trop cher.

Scheurer, Finanzdirektor, zweiter Berichterstatter bes Regierungsraths. In dem bekannten Jufionsbeschluffe des Großen Rathes, der vom Volke mit großer Mehrheit angenommen wurde, ift in Art. 4 folgendes vorgeschrieben worden: "Der Große Rath wird ermächtigt, den Berkauf aller oder eines Theils der dem Staate gehörenden Aftien der fusionirten Gesellschaft zu beschließen. Für diesen Fall bleibt dem Bunde das Vorkaufsrecht vorbehalten." Wie daraus hervorgeht und wie man sich noch erinnern wird, hat man sich schon bei Behandlung der Fusion vorge= nommen, fich bei Gelegenheit und wenn es zu gunfti= gen Bedingungen geschehen konne, des Besites der Jura= Simplonbahnaktien zu entschlagen, und für diesen Fall hat man aus eifenbahnpolitischen Gründen und folchen der Beförderung des Rückfaufes der Eisenbahnen durch den Bund dem letztern das Vorkaufsrecht vorbehalten. Nachdem der Volksbeschluß erfolgt und das Fusionsgeschäft definitiv geworden war, gab die Regierung dem Bundes= rathe von diefer Bestimmung des Fusionsbeschlusses offi= ziell Kenntniß. Gestütt hierauf knüpfte der Bundesrath mit dem Regierungsrath Unterhandlungen an. Die Berhandlungen ber Abgeordneten der beiden Behörden hielten fich einige Zeit hin, da man in dieser wichtigen Ange= legenheit nicht schon in der ersten Konferenz einig wurde, sondern es ében langere Zeit brauchte, um die verschie= benen Fragen und Modalitäten, unter benen dieses Vorkaufsrecht eintreten konnte, mit einander zu besprechen. Schließlich fand zwischen den Delegirten der beiden Theile eine Verftandigung ftatt, die den Bundesrath veranlagte,

dem Kanton Bern die im gedruckten Berichte angeführten bekannten Propositionen zu machen, die in der Haupt= sache dahin gehen, dem Kanton Bern 30,000 Stück seiner Jura=Simplonbahnattien abzutaufen und zwar zu einem Raufpreis — das ist natürlich die Hauptsache bei der ganzen Angelegenheit — von 600 Fr. per Aftie (Nominalwerth Fr. 500), zahlbar in dreiprozentigen Rententiteln zum Kurse von 90 % und für beide Theile mit Nutzansang auf 1. Januar 1890. Dabei behielt der Bundesrath für die Eigenossenschaft das Recht vor, die Rententitel gegen 12-monatliche Kündigung zum Rominalwerth abzulösen. Ferner beschloß der Bundesrath, auf was für Kentenbeträge, nämlich 30 Fr., 150 Fr., 300 Fr., die Kententitel lauten follen, und endlich machte er fich noch schlüffig bezüg= lich der Ratifikation und der Eventualität, daß die Kan= tone Freiburg und Waadt ihre Prioritätsaktien ebenfalls dem Bunde verkaufen wurden, für welchen Fall fich der Kanton verpflichten müßte, zu den nämlichen Bedingungen

den Reft seiner Aftien abzutreten.

Die Hauptfrage bildet, wie gesagt, die Frage des Preises, zu welchem die Jura-Simplonbahnaktion dem Bunde verkauft werden sollen. Derselbe ist nicht in runden Millionen berechnet, sondern in der Weise ausgedrückt, daß per Aftie von 500 Fr., 600 Fr. bezahlt werden und zwar in Form dreiprozentiger eidgenössischer Rententitel zum Kurse von 90 %. Die Hauptsache ist nun die: Ein wie großes Kapital erhält der Kanton Bern an Stelle seiner nominell 15 Millionen repräsentirenden Aftien? Es ift diese Rechnung feine schwierige und ergibt fich aus folgender Gleichung: 90 (Rurs des neuen Titels): 600 (Raufpreis) = 100 (Parifurs): x, aus welcher Gleichung sich ergibt, daß per Aftie Fr. 666. 66 in Rententiteln bezahlt werden muffen, mit anderen Worten: Für die 15 Millionen Aftienkapital, welche der Ranton dem Bunde abtritt, er= hält er ein Rentenkapital von 20 Millionen; er macht also einen Kapitalgewinn von 5 Millionen. Dieses Kapital ist allerdings innerlich, mit Rudficht auf die Rendite, nicht 5 Millionen mehr werth, als die 15 Millionen Aftienkapital, indem das zufünftige Kapital von 20 Millionen nur mit 3 % verzinst wird, während die 15 Millionen gegenwärtig 4 % abwerfen und eine Kendite von 4 ½ % in Aussicht steht. Ueber den wirklichen Werth der jezigen 15 Millionen Jura-Simplonbahnaktien, gegenüber ben künftigen 20 Millionen Rentenkapital, kann man nun verschiedene Rechnungen aufstellen.

Man kann sagen, die Jura = Simplonbahnaktien ftehen gegenwärtig an der Borfe über Fr. 500, nämlich auf Fr. 570 (eine Zeit lang war der Kurs bekanntlich ein noch höherer), das Kapital von Fr. 15 Millionen habe also einen innern, borsenmäßigen Werth von Fr. 17,100,000. Diese Summe ergibt à 31/2 Prozent einen Ertrag von Fr. 598,500, mahrend die 20 Millionen Rentenkapital à 3 % Fr. 600,000 abwerfen, also immer noch Fr. 1500 mehr. Nach dem Ertrag gerechnet würde also das dem Kanton Bern proponirte Geschäft so gut und noch beffer sein, als der jetige Zustand der Dinge. Run kann man aber mit Recht einwenden, der Ranton Bern, überhaupt der Staat, habe den Werth feiner Bermögenseffetten in Papieren nicht nach bem Börsenwerth zu berechnen, der fehr veranderlich sei und vom innern Werth der betreffenden Papiere völlig abweiche, sondern ein Staat, der nicht spekuliren konne, solle seine Titel nur nach dem Rominalwerth und höch= stens nach dem wirklichen innern Werth behandeln. Ich

glaube, dieses Resumé passe vollständig auf den Kanton Bern, der feine Eifenbahnaktien seit bald 20 Jahren in händen hat, ohne je eine einzige Aktie verkauft zu haben, und die er auch in Zukunft reserviren wird, wenn die Transaktion mit dem Bunde nicht zu stande kommt. Er ist eben nicht Banquier, Spekulant, sondern ein Staat, der in Bezug auf die Verwaltung seines Vermögens nach andern Grundsätzen verfahren muß, als es ein Spekulant ober eine Aftiengesellschaft thun kann. Wenn wir daher den uns vorliegenden Vorschlag des Bundesraths nach feiner finanziellen Tragweite für den Kanton Bern beurtheilen wollen, fo konnen wir uns nur auf den Boden stellen, daß wir uns fragen: Was rentiren unsere jetigen Aftien, was haben sie in der Vergangenheit rentirt, was werden sie in Zukunft rentiren, und welches ist der Er-trag der Rententitel, die uns der Bund offerirt? Der Staat muß um so mehr in dieser Weise rechnen, als er nicht alle Jahre sein Kapital changirt, sondern dasselbe beibehält und sogar gesetlich intakt erhalten muß, und das er höchstens vermehren darf. Für den Staat kommt es hauptfächlich darauf an, was ihm sein Staats= vermögen alljährlich einträgt, indem er nicht von Kapital= spekulationen und Weränderungen lebt, sondern vom Ertrag der Kapitalien. Nun ist eine Rechnung in diesem Sinne bereits in dem gedruckten Berichte aufgestellt worden und ich glaube, dieselbe sei nicht wohl zu widerlegen. Es wird darin nachgewiesen, daß der bisherige höchste Ertrag der Eisenbahnwerthe des Kantons im legten Jahre ein= trat, indem die Jurabahnaktien à 4 % Fr. 760,000 ren= tirten und die Bern=Luzernbahn Fr. 356,700 abwarf oder zusammen Fr. 1,116,700. Stellt man diesem Ertrag den= jenigen des künftigen Rentenkapitals gegenüber, so geftaltet sich die Rechnung wie folgt: Die Bundesrente beträgt per Jahr Fr. 600,000, nämlich 3 % von 20 Millionen. Nun wird aber der Zins der Kententitel nicht erst am Ende des Jahres bezahlt, sondern jeweilen von 4 zu 4 Monaten, was für die Staatskaffe von Bortheil ist und einen jährlichen wirklichen Mehrertrag der Rente von Fr. 6000 ausmacht. Es fällt ferner in Betracht, daß der Zins der Eisenbahnattien nicht schon am Ende des Jahres bezahlt wird, fondern erst nachdem die Rechnung der Bahngefellschaft abgeschloffen, von der Attionärver= sammlung paffirt und die Dividende festgesetzt und vom Bundesrathe genehmigt ift. Es kann deshalb, wie bekannt, die Vertheilung der Dividende jeweilen erst 6 Monate nach Schluß des Betriebsjahres erfolgen. Der Zinsverlust, den der Staat während dieser 6 Monate macht, im Betrage von Fr. 9000, muß nothwendiger-weise auch mit in Betracht gezogen werden, da er diesen Binsverluft in Bukunft nicht mehr machen wird. Der wirkliche Ertrag der Bundesrente ift also nicht bloß Fr. 600,000, sondern beläuft sich auf. Fr. 615,000. Ferner bleibt Bern noch im Besitz von 8020 Stück Jura=Simplonbahnaktien, = $\Im r$. 4.010,000, die à $4^{1/2}$ %, wie ihr Ertrag bekanntlich präliminirt ift, 180,450 der Ertrag des Kaufpreises von 14 Mil= lionen für die Bern-Luzernbahn und zwar werden davon 13 Millionen zur Rückzahlung einer 4prozentigen Schuld verwendet, sodaß für den Kanton eine

Nebertrag

795,450

Fr.

llebertr jährliche Zinsersparniß von eintritt, und eine Million dient z Bermehrung des Domänenkapitals un	. "	795,450 520,0 00
kann deren Bing zu mindestens 31/20/0 =	= "	35,000
in Rechnung gesetzt werden. Der z fünftige Reinertrag wird also ausmachen, während der gegenwärt höchste Ertrag der Eisenbahnwerthe si	· "	1,350,450
nur auf	er "	1,116,70 0

lich um Fr. 233,750 besser stellen wird. Es ist dies ungefähr die Summe, die im Vortrage der Finanzdirektion zum Fusionsgeschäft bereits als diesenige namhaft gemacht wurde, um die sich das Büdget des Kantons in Zukunft besser stellen werde, nämlich Fr. 240—250,000.

Man kann nun allerdings diefer Rechnung gegenüber den Einwand erheben, es handle sich heute nicht mehr um den Berkauf der Bern-Lugernbahn, indem diefer Bertauf eine abgeschloffene Sache und der Gewinn aus dieser Operation dem Staate vollständig gesichert sei. Ich gebe zu, daß man diese Auffaffung haben kann. Aber auch für den Fall, daß man die Sache in diefer Weise ansehen will, ergibt sich aus der projektirten Operation gegen= über der bisherigen Rendite noch immer ein Gewinn von circa Fr. 35,000 per Jahr. Zählen Sie nämlich zur 615,000 Bundesrente von Fr. den Ertrag der dem Kanton verbleiben= den Jura-Simplonbahnaktien hinzu mit 180,450

Busammen Fr.
und ziehen Sie hievon den vierprozen=
tigen Ertrag der Jurabahnaktien pro
1888 ab mit

760,000

795,450

so bleibt ein künftiger Mehrertrag von Fr. 35,450 ober rund Fr. 35,000. Stellt man also den bisherigen Ertrag dem künftigen, nach Abschluß des Kausvertrages mit dem Bund, gegenüber, so ergibt sich ein Mehrertrag, der mit voller Berechtigung auf circa 233—240,000 Fr. berechnet werden kann und den man auch bei der aller pessimistischsten Rechnung noch immer auf Fr. 35,000 beziffern muß.

Es ist also kein sinanzieller Grund vorhanden, der Proposition des Bundes seitens des Kantons nicht beis jutreten, im Gegentheil, seine finanziellen Interessen fordern ihn auf, diese Proposition anzunehmen.

Run kann man auch noch einen andern Standpunkt einnehmen und fagen, es sei eine $4^{1}/2$ %oige Rendite der Jura-Simplombahnaktien in Aussicht gestellt und kein Grund vorhanden, an der Erfüllbarkeit dieser Leistung zu zweiseln. Es ist bekanntlich den Prioritätsaktien eine Borzugsdividende von $4^{1}/2$ %o in Aussicht gestellt worden, aber natürlich nur unter der Boraussehung, daß der Reinertrag der Bahn die Auszahlung einer solchen Dividende gestatte. Sollte insolge dieser oder jener Ereignisse der Reinertrag nicht so hoch sein, so müßten sich auch die Prioritätsaktionäre sügen und sich unter Umständen mit einem Zins von 4° /0 oder noch weniger begnügen. Wenn sich die gegenwärtige Situation der Bahn nicht verschlimmert, steht allerdings eine Dividende von $4^{1}/2$ % in Aussicht,

was für den Kanton Bern einen Ertrag 855,450 ergäbe von Fr. Wird das Kaufgeschäft mit dem Bunde abgeschlossen, so beläuft sich der sichere 795,450 Jahresertrag auf . . Der Kanton würde also eine jährliche Einbuße von 60,000 Fr. erleiden. Wenn dieser Mehrertrag von Fr 60,000, resp. die 4½ %oige Dividende der Prioriätsaktien eben so mathemathisch sicher wäre, wie der Ertrag der Bundes= rente, so ware das Raufgeschäft natürlich von vornherein ein schlechtes und für Bern unannehmbares. Nun ist aber biefe 41/2 %oige Dividende keineswegs eine sichere. Gegenwärtig ift zwar fein Grund vorhanden, daran zu zweifeln und nach den Betriebsergebniffen der 3 erften Monate d. J. wäre man fast versucht, zu glauben, diese Divi= dende fei heute noch ficherer, als zur Zeit der Fusionsverhand= lungen. Sie wiffen aus den öffentlichen Blättern, daß fich der Bruttoertrag der fusionirten Bahn in den letzten 3 Monaten ziemlich höher stellte, als in den vorhergehenden Jahren. Es ist aber nicht zu vergessen, daß sich diesen Brutto-Mehreinnahmen auch Mehrausgaben gegenüberftellen, die man auf den heutigen Tag noch nicht kennt. Die Ursachen der Verkehrsvermehrung sind in jeder Ver-waltung in gewissem Maße auch die Ursachen einer Aus-gabenvermehrung und daß dies auch beim Betrieb von Eisenbahnen, speziell der Jura-Simplonbahn, der Fall sein wird, darüber herrscht kein Zweifel; man braucht nur auf das in den letten Monaten erfolgte bedeutende Steigen der Eifen= und Rohlenpreise aufmerksam zu machen. Der in ben letten Monaten erzielte Mehrertrag wird deshalb, ich bin darüber nicht orientirt — vielleicht durch die Mehr= ausgaben vollständig aufgesogen. Immerhin haben sich insoweit bis zum heutigen Tag die Hoffnungen auf eine zufünftige 4½ %oige Rendite der Prioritätsaktien nicht verschlechtert und mit Rückficht darauf, und das bei Behandlung der Fusion mündlich und schriftlich Vorgetragene, kann man heute allerdings mit Recht fragen, wieso man nun bezüglich der Kendite, trot der Mehrerträge, mit weniger zuversichtlichen Angaben und Hoffnungen auf= trete. Die Antwort auf diese Frage ist bereits im ge-druckten Vortrage der Finanzdirektion gegeben. Es kommt davon her, daß seit der Behandlung der Fufion Greigniffe eintraten, die man damals nicht voraussehen konnte. Die Fufion mußte nach ber Bundesgefetgebung den Bundesbehörden zur Genehmigung vorgelegt werden. Diese Genehmigung erfolgte auch, aber nicht ohne weiteres und nicht unbedingt, sondern es wurde eine lange Reihe von Bedingungen aller Art an die Genehmigung geknüpft, und die Gesellschaft war nicht in der Lage, diese Bedingungen ganz oder theilweise von der Hand zu weisen, sondern mußte entweder die Fusion fallen lassen oder diese Bestingungen acceptiven. Natürlich mußte sie das letztere wählen. Diese Bedingungen sind nun nicht geeignet, der Gefellschaft das Leben angenehm zu machen und ihre speziellen materiellen Interessen zu fördern, sondern sie gehen dahin, dem Bunde noch größere Kechte einzuräumen, als er bereits gesetzlich und konzessionsgemäß besitzt, und auch dem Publikum größere Rechte vorzubehalten, als ihm sonst nach Statuten und Konzession zugekommen wären. Ich will mich auf diese vielen Bedingungen onerofer Natur, die sehr schwer auf der Gesellschaft lasten, nicht näher einlaffen und nur zwei hervorheben. Die erste ift die, daß fich der Bund das Recht vorbehalten hat, in Bezug

auf den Rückfauf der Jura-Simplonbahn nicht die konzeffionsmäßigen Friften einhalten zu müffen, fondern bereits vom Jahre 1893 an die Bahn zurückkaufen zu können. Diese Bedingung hatte auf den Werth der Bahn resp. der Aktien einen ganz gewaltigen Einfluß, wie es auch begreislich ist. Eine Aktie mit einer $4^{t}/2$ ooigen Vorzugs dividende, die in mehr oder weniger sicherer Aussicht fteht, und lautend auf eine Bahn, die erst nach 20, 30 Jahren zurückgekauft werden fann, dem Aftionar also eine lange Genuffrist in Aussicht stellt, ift käuflicher und beliebter, als eine Attie, die schon nach 3 Jahren zurückbezahlt werden kann. Die Aktien der Jura-Simplonbahn find infolge dieses Vorbehalts denn auch an der Borfe in furzer Zeit, wie bekannt ift, um circa 50 Fr. per Stud gefallen. Ferner hatte diese Rucktaufsklaufel auch auf die finanziellen Operationen der neuen Gesellschaft be= züglich Konversion von Aktien und Auszahlung des Kauf= preises für die Bern=Luzernbahn an den Kanton Bern einen höchft ungunftigen Ginfluß. Die Mehrausgaben, welche dieses unvorhergesehene Ereigniß nach sich zog, bezissern sich auf viele Hunderttausende von Franken, die von der Bahn getilgt werden mussen und auf den zufünftigen Ertrag der Aktien einen ungunstigen Ginfluß haben. Ferner hat der Bund vorbehalten, daß auf den Nebenlinien Tarifermäßigungen eintreten muffen und überall das Minimum der Tarife angewendet werden solle. Es war das ein Vorbehalt, der vom Publikum natürlich mit vollem Recht begrüßt wurde, und namentlich auch den Anwohnern an der Bern-Luzernbahn zu gute kommt. Für die Gesellschaft selbst aber war derselbe von ungün= stigem Einfluß, indem sich infolge desselben die jährliche Mindereinnahme auf Hunderttausende, vielleicht auf Mil-lionen von Franken beziffern wird. Auch dieser Borbe-halt hatte natürlich großen Einfluß auf den Werth der Attien, und außerdem sind noch andere ähnliche, für die Interessen der Gesellschaft ungünftige Borbehalte gemacht worden, die von kompetenterer Seite hervorgehoben werden

können, wenn es nöthig sein sollte.

Die Situation ist also heute in Bezug auf die künftige Rendite der Jura-Simplonbahn eine ganz andere, als vor 5 Monaten, indem sich Ereignisse vollzogen, die den Charakter der höhern Gewalt an sich tragen, die man einfach hinnehmen mußte und die auf die Höhe der Dividende einen bedeutenden, ungünstigen Einfluß auß- üben. Infolge dessen kann man heute weniger hossnungs- voll in die Zukunft blicken und eine Rendite von $4\frac{1}{2}$

als weniger ficher annehmen.

Die in den Bundesbehörden zu Ungunsten der Eisenbahngesellschaft aufgestellten Bedingungen haben aber auch im allgemeinen ihre große Bedeutung, indem man bei diesem Anlaß so recht zur Erkenntniß gelangte, wie ohnmächtig die Eisenbahngesellschaften gegenwärtig — seien es Privatgesellschaften oder sei ein Kanton Inhaber der Bahn — gegenüber der Bundesgewalt sind. In Wirkslichkeit besteht in Eisenbahnsachen beim Bunde die volle Souveränetät und die größte Machtvollkommenheit. Die gesetlichen Bestimmungen sind in Wirkslichkeit derart, daß der Bund in der Lage ist, nach allen Richtungen besehlen zu können, ohne etwas zu bezahlen. Er kann alle mögslichen und unmöglichen Forderungen stellen, in Bezug auf Tarise, Betrieb zc., wogegen sich die Gesellschaft nicht wehren kann, und welche Forderungen geeignet sein können, die sinanzielle Situation der Bahn vollsständig zu verändern. Wenn der Bund mit Rücksicht auf

einen künftigen Rückkauf die Eisenbahnen systematisch verschlechtern will, so kann er dies vollkommen thun. Er hat die Macht in der Hand, und wenn dies der Fall ist, ist die Versuchung sehr groß, sosern man ein Interesse daran hat, diese Macht zu benützen. Es ist dies in meinen Augen noch geeigneter, den Werth der Aktien heradzusehen, als das, was sich in Form der Veschlüsse der Bundesbehörden bei Vehandlung der Fusion bereits vollzogen hat. Wir sind vollkommen dem guten Willen der Vundesbehörden überantwortet und absolut nicht sicher, wie sich in Zukunft die Geschicke der Vahngesellschaften gestalten werden.

Es tritt nun die Frage an die kantonalen Behörden, und speziell diejenigen, welche die Finangen zu verwalten haben, heran: Was ist besser, eine sicher in Aussicht stehende jährliche Rendite von Fr. 795,450 oder eine um Fr. 60,000 höhere, die aber nicht ficher ist und im Laufe der Zeit in bedeutendem Betrage entwerthet werden kann? Wenn man nicht fein eigenes Bermögen zu verwalten hat, sondern einem ganzen Bolke verantwortlich ift, so ist leicht begreiflich, daß man geneigt sein wird, das Sichere dem Unfichern vorzuziehen Die Staatswirth= schaftskommission und der Regierungsrath stellen sich des= halb heute entschieden auf den Boden, es fei dem Un= sichern das Sichere vorzuziehen, namentlich auch mit Rückficht darauf, daß diefes lettere immer noch eine fehr bedeutende Befferstellung der kantonalen Finanzen in fich schließt.

Was die Frage anbetrifft, ob denn die Bundesrente so mathematisch ficher und für alle Ewigkeit garantirt sei, so ist dies eine Frage, die man gar nicht auswerfen barf und die ich deshalb nicht erörten will. Nach mensch= licher Berechnung und Voraussicht ist diese absolute Sicher= heit vorhanden. Es konnen aber Ereigniffe eintreten, die wir nicht kennen, infolge welcher alles zu Grunde geht. Immerhin find die Eidgenoffenhaft und eine beliebige schweizerische Eisenbahngesellschaft in der Eigenschaft als Schuldner zwei Faktoren, von denen der eine als ein absolut sicherer, der andere als kein absolut sicherer bezeichnet werden kann. Zudem findet der Regierungsrath, der mit dem Bunde vereinbarte Kaufpreis fei ein annehmbarer. Man fann fich allerdings an verschiedenen Gingelbeftimmungen, die der Beschluß enthalten foll, ftogen, fo vor allen Dingen an der 3 %oigen Kente. Man wird fragen, warum der Zins nur- 3 % betragen folle, wäh= rend der übliche Minimalzins für Staatsanleihen 2c., 3½ % fei. Man wird ferner auch fragen, warum man dem großen Publikum nicht bekannte Rententitel mähle, statt Bundesobligationen. hierauf ift zu bemerken, daß das ursprüngliche Begehren des Kantons dahinging, es seien für die Aftien Bundesobligationen zu verabfolgen. Der Bund wollte aber darauf nicht eintreten, weil er nicht nur diejenige Operation in's Auge faffen kann, die er mit Bern abzuschließen im Begriff ift, sondern diese Operation nur der Anfang einer viel großartigern, dem Rücktauf sämmtlicher Bahnen, sein wird. Der Bund muß beshalb für die beim fünftigen Rückfauf auszugebenden Babiere von vornherein einen Tipus schaffen Als Gid= genoffen muffen wir nun zugeben, daß die richtigfte Manier, dies zu thun, die Schaffung von Rententiteln ift. Und was den Bins anbetrifft, fo ift das nicht von ent= scheidender Bedeutung, ob der Zins 3 oder 31/2 % be= trage, sondern es kommt nur darauf an, wie die Parität beschaffen ift, indem wenn man einen 3 %oigen Titel

entsprechend billiger gibt, als einen 31/2 %oigen, schließ= lich nach den Grundsätzen der Parität das eine Kapital gleichviel werth ift, wie das andere. Man konnte sich beshalb ben Wünschen bes Bundesrathes mit Grund nicht widersetzen. Ich glaube sogar, es liege im Interesse des Gläubigers, also des Kantons Bern, daß der Zins nicht auf $3^{1/2}$ %, sondern auf 3 % festgesetzt wurde; denn eine $3^{1/2}$ % sondern auf 3 % festgesetzt wurde; denn eine $3^{1/2}$ % sondern auf oder sogar über pari stünden, so daß darauf nicht mehr viel zu verdienen wäre. Sobald ein Papier auf pari steht, ist es in den Kreisen, welche sich mit dem Kauf und Berkauf von Werthpapieren besossen wirt wahr so kaliste wie ein Rapier auf faffen, nicht mehr fo beliebt, wie ein Papier, das noch ein Steigen zuläßt. Bei einer 3 %igen Rente zum Rurse von 90 % ift letteres noch möglich und sogar wahr= scheinlich. Der Kurs wird zwar anfänglich nicht auf 90 % stehen, sondern auf 85 oder 86 %. Er kann aber auf 90 % und mehr steigen, je nach ber Entwicklung des allgemeinen Binsfußes. Ob der Zeitpunkt kommen wird, wo der allgemeine Zinsfuß nur noch 3 % beträgt, weiß niemand, immerhin ist es möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich, daß noch eine Reduktion des Zinsfußes, mit Schwankungen natürlich, stattfindet. Je mehr der Werth der menschlichen Arbeit steigt, muß der Werth des Kapitals und damit der Zinsfuß fallen. Es ift deshalb ganz gut möglich, daß in Butunft ber 3 %oige Binsfuß ber normale fein wird. Sollte dies eintreten, so wird die 3 %oige Rente steigen und sogar auf pari hinaufgehen. Sollte sie aber in diesem Falle auch nur auf 90 % steigen, fo würde doch für den Kanton, wenn er die Rententitel zum Kurse von 90 % verkaufen könnte, ein großer Gewinn fich herausstellen, indem er das Rentenkapital zur Rückzahlung von 20 Millionen 31/2 %oigen Staatsschuldscheinen verwenden und also einen Gewinn von 1/2 % machen könnte, ein Gewinn, der kapitalisirt mehrere Millionen repräsentiren würde. Es ist das allerdings Zukunftsmusik, eine Conjunktur, die eben so gut eintreten kann, wie das Gegen= theil. Was seitens des Kantons Bern einzig Anlaß zu Bemerkungen geben kann und nicht ganz in feine Intereffensphäre paßt, ist die Art und Beise, wie nach der Ansicht dos Bundesrathes die Rententitel getilgt werden follen. Der Bundesrath hat beschloffen, es sei die Eid= genoffenschaft als berechtigt zu erklären, die Rententitel gegen eine 12monatliche Kündigung abzulösen. Es ist das also eine einseitige Berechtigung; der Gläubiger kann nicht darauf zählen, daß eine Tilgung stattfinden wird, fie ift nicht obligatorisch. Es mag dies scheinbar im Interesse des Schuldners sein, jedenfalls aber ist es nicht im Interesse des Gläubigers, denn wenn ein Papier zu 90 % ausgegeben wird, liegt es im Intereffe des Gläubigers, daß eine allmälige Rückzahlung stattfindet und er wenig= stens Chancen hat, seinen Titel unter denjenigen zu sehen, die zurückbezahlt werden. Es würde dies nicht unwesentlich auf den Kursstand der Rententitel einswirken. Bern hat deshalb ein Interesse daran, daß die Bartantitel amartikabel sin Dar Regierungsgrafte Counte Rententitel amortifabel find. Der Regierungsrath glaubte aber, man folle dem Bundesrathe gegenüber keine eigentliche bezügliche Bedingung aufstellen, in der Meinung, es liege fo fehr im eigenen Intereffe des Bundes, eine tilgbare Rente zu schaffen, daß er beim definitiven Vertragsabschluß hiegegen wohl keine Opposition machen werde, ja daß voraussichtlich in den eidgenössischen Rathen sogar ein bezügliches Begehren geftellt werden wurde. Die Gründe hiefür liegen darin, daß es in der Finanzpolitik des Bundes,

als einem geordneten Staatswesen, liegt, feine Schulden nach und nach zu tilgen; er hat fich sogar sehr kurze Rückzahlungs= fristen vorbehalten, resp. sich selbst auferlegt, und es würde dieser Politif widersprechen, wenn er nun im vorliegenden Falle eine große Schuld übernehmen würde, ohne fich felbst zu engagiren, diefelbe zurudzubezahlen. Er wird finanziell auch immer in ber Lage fein, dies zu thun, namentlich in der ersten Zeit, wo die Jura-Simplonbahn, wie zu erwarten ift, 41/2 % rentirt und der Bund also alljährlich einen Gewinn von 60,000 Fr. macht. Er braucht nur diese Fr. 60,000 auf die Tilgung der Rententitel zu verwenden, um in einer absehbaren Reihe von Jahren seine Schuld ganz getilgt zu haben. Ferner ist es Pflicht jedes geordneten Staatswefens, namentlich eines finanziell gut verwalteten, seine Staatsschuld nach und nach zu tilgen und sich nicht dem Leichtfinn hinzugeben, mas der Fall ift, wenn man nur Schulden macht ohne ernfthaft an die Bezahlung derfelben ju benten, was burch die Rreirung einer nicht ruckzahlbaren eidgenöfsischen Rente geschehen wurde. Es ift legthin in einem hervorragenden Blatte in dieser Beziehung vollständig richtig bemerkt worden: "Gine Schuld, die man bezahlen muß, erinnert gerade durch die alljährlichen Amortifationen immer daran, daß jede Schuld bezahlt sein will. Die eidgenöffische Rente wird nicht mehr als Schuld empfunden. Das ift fo schlimm, wie wenn der Burge glaubt, er muffe nie gahlen." Es ist dies ein Raisonnement, das absolut nicht bestritten werden kann und für den Bund ebenso gut gilt, wie für den Ranton und jeden andern Staat. Alle biefe Ermägungen werden den Bund ohne 3meifel bagu führen, daß er fich mit der Kreirung einer tilgbaren Rente einverstanden erklärt. Die Regierung glaubte aber, in dieser Beziehung keine eigentliche Bedingung aufstellen zu sollen, ist jedoch vollständig mit dem Borschlage der Kommission einverstanden, es sei der Regierungsrath einzuladen, beim Vertragsabschluß dahin zu wirken, daß die tilgbare Rente acceptirt werde.

Nun kann man noch fragen, warum der Ranton Bern, wenn das Geschäft für ihn ein so gutes sei, nicht seinen gesammten Aftienbesit verkaufe, sondern nur 30,000 Stud. Der Grund liegt darin, daß auch die Kantone Waadt und Freiburg Attienbefiger find, zusammen im Betrage bon circa 4 Millionen. Aus naheliegenden Gründen ift es nun für Bern von großem Intereffe, ebenfo ftart, wie diese Kantone, in der Gesellschaft vertreten zu sein. Sollte der Fall eintreten, was leicht möglich ift, daß der Bund auch von Freiburg und Waadt die Aftien rückfauft, so wurde für den Ranton Bern tein Grund mehr jum Behalten seiner Aktien vorliegen, und es verpflichtet sich der Ranton daher schon jest, dem Bund den Rest seiner Aftien zu den gleichen Bedingungen abzutreten, wie fie mit Frei-

burg und Waadt vereinbart werden follten.

Es handelt sich nun darum, die Entscheidung zu treffen. Ich begreife ganz gut, daß man in der Ange-legenheit auch anderer Ansicht fein und fich auf den Boden stellen kann, der Kanton Bern solle seine Aktien behalten, da ja gegenwärtig keine durchschlagenden Motive vorhanden find, an der $4^{1/2}$ o'oigen Verzinsung der Prioritätsaktien, wenigstens in der nächsten Zeit, zu zweifeln und das, was man befürchtet, bis jett nur eine Mög= lichkeit ift. Wer die Verantwortlichkeit übernehmen will, daß die 4½% oige Rendite für alle Zukunft eintreten werde, wird sich dahin entscheiden, der Kanton solle seine Aftien nicht verkaufen. Wer aber in diefer Beziehung

nicht ohne Zweifel ift und die Verantwortlichkeit für die Butunft nicht übernehmen will, wird der vorgeschlagenen Lösung beistimmen. Wird das getroffene Abkommen ver-worfen, sei es vom Großen Rath oder der Bundesver-sammlung oder, wenn allfällig das Reserendum er-griffen wird, in der Volksabstimmung, so ist das kein eigentliches Landesunglück. Der Kanton Bern wird nachher so gut bestehen, wie vorher, denn es handelt fich für ihn nicht um eine Frage des Seins oder Nichtseins. Es ift ja möglich, daß der Ranton, wenn das Geschäft nicht zu ftande tommt, finanziell für lange Beit beffer gestellt ift, als wenn er jett seinen Aktienbesit veräußert. Gegenüber dem Bunde aber hatte er feine Pflicht gethan, indem er ihm helfen wollte, die bernische Gifenbahnpolitik fortzuseben und diese Politik zur Bundessache zu machen. Es steht für den Kanton also auch für den Fall der Berwerfung fein eigentlicher Rachtheil in Ausficht. Die ganze Argumentation des Regierungsraths concentrirt fich überhaupt dahin, daß er fagt: Wir wollen lieber einen absolut sichern Ertrag — und zwar einen Ertrag, der so gut oder noch besser ist, als der bisherige — als einen fünftigen unsichern, wenn auch momentan höhern Ertrag; wir verzichten lieber auf einen möglichen Gewinn, als daß wir den fichern Ertrag irgendwie in Frage stellen laffen wollen. Der Große Rath mag nun entscheiben, ob er sich auch auf diesen Standpunkt stellen will oder ob er in dieser Angelegenheit eine andere Auffaffung hat.

Marti (Bern), Berichterstatter der Spezialkommiffion. Die zur Vorberathung dieses Geschäftes niedergesette Spezialkommission schlägt Ihnen einstimmig vor, den Unträgen des Regierungsraths beizutreten, denfelben alfo zu ermächtigen, mit dem Bundesrathe auf Grund der vorliegenden Bunktation einen definitiven Kaufvertrag abzuschließen. Sie fügt biefer Zustimmung noch das Amendement bei, das bereits von herrn Finanzdirektor Scheurer erläutert worden ift, es sei die Regierung ein= geladen, dahin zu wirken, daß der Bund fich verpflichte, Die an Zahlungsftatt zu gebende 30/oige Rente fucceffive zu tilgen. Es tann dies auf dem Wege gefchehen, bag ein Amortisationsplan aufgestellt wird ober ber Bund fich verpflichtet, aus freier Sand alle Jahre eine gewiffe Summe zur Tilgung zu verwenden. Indeffen möchte die Rommission aus diesem Wunsche keine conditio sine qua non machen, nicht nur um das Geschäft nicht zu gefähr= ben, sondern weil der Bund eigentlich in erfter Linie ein Interesse hat, seine Rententitel zu tilgen. Es ist zwar wahrscheinlich, daß eine amortisable Kente etwas höher im Kurs stehen wird, als eine nicht tilgbare. Allein wenn der Große Kath, wie Herr Scheurer es andeutete, keinen großen Werth darauf legt, ob das Kapital an der Börse fteige oder nicht, sondern nur auf einen fichern Zins fieht, so hätte der Kanton Bern ja um so weniger ein Inter= effe, aus diesem Bunsche eine eigentliche Bedingung zu machen. Ich zweisle übrigens nicht, daß der Bundesrath auf denselben eintreten und daß auch die Bundesver= sammlung den Ankauf nicht anders als auf Grund einer amortisablen Rente beschließen wird.

Die Kommission und der Regierungsrath find baber überzeugt, daß es ficher nur diefer Unregung bedürfen

wird, um zum Zweck zu gelangen. Was die Sache selbst betrifft, so ist es schwer, nach den Boten der Herren Berichterstatter der Regierung und den gedruckt vorliegenden Erläuterungen noch Neues beizufügen.

Namentlich von Herrn Scheurer ist die Angelegenheit erschöpfend behandelt worden. Nichts destoweniger sind noch einige Gesichtspunkte, die vielleicht noch etwas anders und besser hervorgehoben werden können, und ich will darum versuchen, den Standpunkt, welchen die Kommission, deren Berichterstatter ich bin, einnimmt, Ihnen auch noch klar zu legen, ohne im übrigen zu dem bereits Gesagten etwas beifügen oder von demselben wegnehmen

zu wollen. Das Fusionsgeschäft war ein ungleich schwierigeres und komplizirteres, als das vorliegende, das eigentlich nur die Ausführung der Fusion ift; denn dort hat man ja bereits erklärt, daß man die Abtretung des Aktienbesites bes Rantons an den Bund in Aussicht nehme; man ftellte dieses zweite Geschäft gleichsam als selbstverständlich hin, und es handelt sich heute nur darum, ob wir 30,000 Aftien mit schwankendem Zinsfuß gegen 30,000 Bundesschuld= scheine mit festem Zinsfuß umtauschen wollen. Gin Spekulant würde vielleicht vorziehen, die Aktien zu behalten. Ein Kanton aber muß prinzipiell ein Papier mit festem Binsfuß, namentlich ein solches, wie es ein befferes in der Schweiz nicht gibt, vorziehen. Es kann sich daher nur noch darum handeln, ob die Werthbemeffung der beidseitigen Titel, wie fie zwischen dem Bund und ber Berner Regierung vereinbart wurde, eine richtige war. Ich muß in dieser Beziehung einer vorgefaßten Meinung, bie ich ichon aussprechen hörte, entgegentreten, die bahin geht, wenn bas Geschäft für den Bund ein gunftiges fei, muffe es für den Kanton Bern ein ungunstiges fein und umgekehrt. Es ift gang wohl auch der Fall benkbar, bag es für beide Theile ein gutes Geschäft ift. Das ift ja auch in Sandel und Wandel eigentlich das Regelmäßige. Es wird fein Gegenftand, sei es ein Pferd, ein Grund= ftuck oder eine Attie 2c., verkauft und gekauft, ohne daß beide Theile dabei ihre Rechnung zu finden glauben. Es ist das ja die Grundbedingung des Berkehrs; denn fonst wäre das Leben ein Kampf Aller gegen Alle. Allerdings kommt es oft vor, daß im Berkehr Berkäufer und Käufer fich gegenseitig zu übervortheilen suchen und beshalb war schon im Alterthum Merkur der Gott des Handels und der Diebe. Allein hier ift diefe Borausfetjung ausge= ichloffen. Bei diesem ernften Geschäft zwischen Bund und Kanton Bern darf man doch nicht annehmen, daß eine Nebervortheilung beim einen oder andern Theil irgend eine Rolle gespielt habe, und wenn schon die Berichte der Regierung über den Gang der Unterhandlungen hier= über teine Austunft geben, so muffen wir doch annehmen, daß die Raufsbedingungen wohlerwogene find, und wir würden unfere oberften Landesbehörden verunglimpfen, wenn wir in diefer Beziehung nicht das vollste Zutrauen zu ihnen haben würden.

Aber noch in anderer Beziehung ist das vorliegende Geschäft bei diesem oder jenem mehr oder weniger Bertrauenssoder Gesühlssache. Bei der Fusion traten die Vortheile für den Kanton Bern viel handgreislicher hervor, indem dabei keine materielle Opfer zu bringen waren. In und außer dem Rathssaale wußte jedermann, daß der Verkauf der Bern-Luzernbahn und die Stellung der Jurabahn in der neuen Gesellschaft vortrefslich und zum Nutzen des Kantons Bern geordnet worden war. Heute nun soll unser Patriotismus auf eine kleine Probe gestellt werden. Man sagt nämlich, mit dem Verkauf der Attien sei für den Kanton eine Einbuße von Fr. 60,000 per Jahr verbunden und deshalb stutzen manche Leute, indem sie nicht

zu glauben vermögen, daß es dem Kanton Bern je paffiren sollte, in Fragen der Eisenbahnpolitik oder der Finanz dem Bunde ein Opfer zu bringen. Run ift mir zwar für die Meinung in diesem Saale durchaus nicht bang; denn wir befinden uns ja in einer moralischen Zwangs= lage, und wenn dem auch nicht so wäre, so bin ich doch überzeugt, daß sich eine große Mehrheit hier zusammen sinden würde, um dem Bunde ein bescheidenes Opfer zu bringen, wenn die Politik und die Ehre der Kantons es erfordern würden. Das Schwierige im vorliegenden Falle ift das, zu untersuchen, was für einen Rapital= und was für einen Ertragswerth unfere Prioritätsattien haben. Erft wenn dies festgestellt ift, konnen wir untersuchen, ob das Geschäft ein gutes ift oder nicht. Hierauf ist man eine gemeinverständliche, durchsichtige Erklärung schuldig, und die Schwierigkeit liegt eben darin, daß man Ihnen diese Erklärung nicht auf ganz erschöpfende Art geben tann; denn es handelt fich hier um einen jener Falle, wo ein Einfältiger 10 mal mehr fragen kann, als 10 Weise beantworten können. Es ist bis jest weder in den Berichten der Regierung, so vorzüglich fie im übrigen aus= gestattet sind, eine klare Darstellung vorhanden, was unsere Aktien werth sind, noch möchte ich mir anmaßen, hierüber eine gang erschöpfende Auskunft geben zu können, schon deshalb, weil eine Eisenbahnaktie überhaupt keinen festen Werth hat und man also nicht sagen kann, was eine Aftie, die heute fo viel werthift, morgen werth fein wird, da man aus Erfahrung weiß, daß die gleiche Aftie vor 2 oder 3 Jahren fo und fo viel mehr oder weniger werth war und die nämlichen Schwankungen fich in Zukunft wiederholen können. Es ift ferner deshalb nicht möglich, den Werth unferer Aftien genau festzustellen, weil, abgesehen von zufünftigen Ereigniffen, die den Werth gunftig oder ungunftig beeinflugen konnen, eine Aftie einen gang andern Werth hat, je nachdem sie in den händen eines Spekulanten, eines Privatmannes oder des Staates sich befindet und in letterm Falle wiederum je nachdem fie im Besitze eines Kantons oder der Eidgenoffenschaft ift. Ich will nun versuchen, Ihnen eine klare Darstellung zu geben, wie es sich im vorliegenden Falle verhält.

In den Statuten der Jura=Simplonbahngesellschaft find die Prioritätsaktien zu 2 verschiedenen Preisen be-rechnet. Will die Gesellschaft diese Aktien je zurücktaufen, so kann sie dies nur zum Preise von Fr. 650 thun; in einer Liquidation dagegen sollen die Aktien nur mit Fr. 500 zurückbezahlt werden. Woher diese Differenz? Die Prioritätsattionäre und das Bantinnditat, das bei der Statutengenehmigung für 14 Millionen von diefen Aftien übernehmen mußte, wollten die Schakung derfelben mög= lichft hoch schrauben, während die Stammaktionare verlangten, die Prioritätsaktien sollen in den Statuten nicht mit einer höhern Summe figuriren als mit dem einbezahlten Betrage von Fr. 500. Wäre es nach meinem Sinn gegangen, fo wurde man nur eine Werth= ung vorgenommen und gesagt haben, es solle sowohl für den Rückfauf als für die Liquidation ein Werth von Fr. 600 gelten, ein Kapitalwerth, der ungefähr einer Rendite von 21 bis 22 Fr. per Jahr entspricht. Es follte das aber nicht fein, fondern aus den angeführten Grunden wurde eine doppelte Werthung vorgenommen, und bes= halb befinden wir uns heute in einer doppelten Schwierigkeit, wenn wir fagen follen, was die Aftien in Wirklichkeit werth find. Bei dieser Aufstellung jener doppelten Werthung legte man darauf kein großes Gewicht; benn

so wenig jemand daran dachte, daß die Gefellschaft für 52 Millionen Prioritätsaktien je mit einem Agio von 30 % zurücktaufen werde, ebenso wenig dachte man an den Fall der Liquidation, in welchem die Aktien nur Fr. 500 werth sein sollen. Die Frage wurde aber akut infolge des Beschlusses der Bundesversammlung über die Fusion. In diesem Beschluffe ift vorgesehen, daß der Bund das Recht habe, die Jura-Simplonbahn fchon nach 3 Jahren und von da hinweg jedes Jahr auf einjährige Ründigung hin zurückzukaufen und zwar zum Preise der Baukosten, weil nach drei Jahren der kapitalifirte Betriebswerth noch nicht die Summe der Anlagekosten er= reichen wurde. Ein folcher Rucktauf durch die Gidgenoffen= schaft würde für die Prioritätsaktionäre einer Liquidation gleichkommen, und es ist gang sicher, daß in einem folchen Falle Bern für seine Attien nur Fr. 500 erhalten würde. Für den Bund hat dies, auch wenn er Eigenthümer der Aftien ist, keine Inkonvenienzen; denn er braucht ja die Aftien nicht wieder zu verkaufen und wird auch die Bahn nicht zurückfaufen, wenn es ihm nicht paßt. Fataler aber ist die Sache für den Kanton Bern. Er braucht zwar seine Aktien auch nicht zu verkaufen, sondern kann sie behalten; immerhin aber ift es nachtheilig, auf einem so großen Kapital eine so bedeutende Kurseinbuße zu erleiden.

Wie gestaltet sich nun die Angelegenheit an hand ber Vorschläge bes Bundes? Der Bund kauft uns unsere Aftien, die wir mit Fr. 500 einbezahlt haben, zum Preise von Fr. 600 ab und gibt uns dafür eine 3% oige Rente zum Rurse von 90 %, d. h. er bezahlt statt 600 Fr. in Rententiteln Fr. 6662/3 oder für 30,000 Aftien 20 Mil= lionen, fo daß fich für uns ein Agio von 5 Millionen herausstellt. Diese 20 Millionen können wir zum vollen Betrage in die Bermögensrechnung einstellen und damit das Defizit decken, das von der Bern-Luzernbahn und der Oft-Weftbahn her in den Büchern des Staates exiftirt. Könnten wir die Rente zum Kurse von 90 % verstaufen, so würden wir per Attie baare Fr. 600 erhalten und hatten uns nicht zu beklagen; denn mit biefen 600 Fr. könnten wir einen Theil unserer Schulden zurück-bezahlen. Ein Kurs von 90 % der Rente ist aber nicht wahrscheinlich, sondern im Anfang wird sie nur etwa 86 % werth sein, denn dies ist ungefähr das Berhältniß der 3 %oigen Kente gegenüber den 31/2 %oigen Bundesftaats= scheinen, die den Parikurs werth sind. 86 % also werden wir jederzeit haben können. Die Rente wird im Ausland fehr gut angesehen sein und ist steigerungsfähig, so daß nicht zu zweifeln ift, daß fammtliche Titel leicht zum Rurse von 86 % verkauft werden konnten. In diesem Falle hätten wir einen Baarerlös von Fr. 573 per Aftie, also immer noch einen Gewinn von Fr. 73 per Aftie, und einen Gesammterlös von Fr. 17,200,000 statt nur 15 Millionen. Diese Fr. 573 entsprechen auch annähernd dem heutigen Marktwerth, indem der Kurs der Aktien in letter Zeit immer zwischen Fr. 568 und 573 ftand. Es geht also daraus hervor, daß der Bund den vollständigen Marktpreis der Aftien in baarem Gelde bezahlt, und wenn es schon sehr wahrscheinlich ift, daß die Aktien der Jura-Simplonbahn steigen werden, so ist eben so wahrscheinlich, daß auch die Bundesrente steigen wird. Das Berhältniß bleibt fich alfo in allen Fällen ungefähr gleich.

So viel über den Kapitalwerth; ich komme nun zum Ertragswerth. Unsern Aktien ist eine Borzugsdivis dende von 4½ % garantirt oder Fr. 22. 50 per Aktie,

während die Bundesrententitel nach den vorliegenden Borschlägen Fr. 20 ober mit Hinzurechnung des Chomage circa Fr. 201/2 auf die Aftie abwerfen werden. Berücksichtigen wir die eisenbahnpolitische Seite der Frage, also die Frage, ob wir schuldig find, dem Bunde entgegen-zukommen, nicht, so handelt es sich einfach darum: Sind wir ficher, die Borzugsdividende von Fr. 221/2 regelmäßig gn erhalten? Man hat gefagt, man habe dies dem Großen Rath versprochen. Es ist richtig, daß man dies erklärte, aber immer unter dem Borbehalt, daß es fich um eine Aftiendividende handle. Es handelte fich damals noch nicht um die Vergleichung mit einem Bundespapier, sonft würde man schon damals gesagt haben, das Bundespapier sei beffer. Damals handelte es fich nur um die Gute eines Eisenbahnpapieres und da sagte man, nach menschlicher Berechnung sei eine Vorzugsdividende von 221/2 Fr. ge= sichert. Auch heute dürfen wir nach meinem Dafürhalten annehmen, daß unter normalen Berhältniffen diese Fr. 22. 50 bezahlt werden konnen. Eine personliche Burgschaft dafür kann aber niemand übernehmen, sondern es muß der Kanton Bern das Rifiko selber tragen. Da entfteht nun die Frage, ob der Kanton lieber ein Rififo übernehmen oder lieber ficher fein, alfo ob er den Spak in der hand gegen die Taube auf dem Dache tauschen will, wie man fich gewöhnlich auszudrücken beliebt. Run ist es ja natürlich, daß Eisenbahnen eine schwankende Rendite haben. Sie können unter den Folgen höherer Gewalt leiden, fie haben das Rifiko der Kriegsgefahr, von großen wirthschaftlichen Rückgangen, von Glementar= ereigniffen, Ueberschwemmungen u. dgl. zu tragen, was ihre ökonomische Existenz ganz bedeutend alteriren kann. Bei uns ift nun nicht bloß dieses Risiko vorhanden, son= dern was noch fast mehr zu fürchten ist, das ist die Bundes= gewalt. Der Bund herrscht auf dem Gebiet des Gifen= bahnwesens gang schrankenlos. Richt nur fteht ihm die ganze Gesetzgebung und Kontrolle über das Eisenbahnwesen zu, sondern er hat auch in administrativer Beziehung seine Kompetenzen derart zu erweitern gewußt
und ist bestrebt, sie immer ausgiebiger, und zwar nicht
zum Vortheil der Aftionäre, geltend zu machen, daß man
mit Recht sagen kann, die Dividendenfrage liege in der
Hand des Bundes. Wenn der Bund erklärt: ich will, daß diefe Eifenbahngefellschaft fo und fo viel Dividende vertheilen kann, fo wird fie es unter normalen Berhalt= niffen thun konnen. Will der Bund aus diefen oder jenen Gründen nicht, daß eine Gisenbahngefellschaft fo und fo viel Dividende vertheilt, so hat er Mittel genug an der Hand, um zu verhindern, daß diefe Dividende vertheilt werden kann. Man muß sich also ganz klar machen, in welcher Situa= tion wir uns befinden und welches Risiko wir laufen, damit nicht, wenn der Große Rath findet, er wolle lieber das Rifito übernehmen, später die Anklage erhoben wird, man habe dem Großen Rathe die Sache anders darge= stellt, als es sich wirklich verhielt. Ich glaube, die Fusion habe alle Erwartungen erfüllt und sie wird dieselben in noch höherm Grade erfüllen. Feftstehende Thatsache aber ift, daß infolge der Fusion der Bund die Sand so schwer auf unsere Gesellschaft gelegt hat, daß er eigentlich schon jest herr und Meister derselben ift. Rachdem nun der Kanton Bern, überhaupt die Kantone, nichts mehr zur Sache zu sagen haben, ift es doch offenbar einfacher, wenn fie auch den Aftienbesitz dem Bund abtreten. Die Kommission beantragt Ihnen deshalb einstimmig, es sei der Aftien= verkauf zu vollziehen, indem das Aftienrisito, gegenüber

dem sichern Zins der Bundesrente, wenigstens mit ½ 0/0 in Rechnung gebracht, mit andern Worten ein Staats=schuldschein zu 4 0/0 einer Eisenbahnaktie zu 4½ 0/0 vorzgezogen werden muß. Dies ist der Grund, warum wir vom finanziellen Standpunkte aus zu diesem Schlusse gekommen sind. Andere Gründe sind nicht vorhanden.

Wie stellt sich nun die Sache für den Bund? Wir haben uns zwar mit dem eisenbahnpolitischen Programm bes Bundes hier nicht zu befaffen, und er wird es natürlich verantworten muffen, daß von feinem Standpunkte aus fich das Geschäft als ein richtiges präsentirt. Indeffen können wir doch einige Momente herbeiziehen, die uns schon jest dahin schließen laffen, daß das Geschäft auch für den Bund ein annehmbares ift, ja zu einem guten werden kann. Der Bund hat es erstens, wie ich schon andeutete, durchaus in der Hand, dafür zu forgen, daß feine Attien 41/2 0/0 abwerfen. Sobald er Aftionar ift, bin ich überzeugt, daß er seine 41/2 % regelmäßig und andauernd erhalten wird; benn es findet sich bann in den händen des Bundes nicht nur der Aftienbesitz ver= einigt, sondern er verfügt auch über die nöthigen Mittel, um den Attienbesitz zum einem rentablen zu machen, während wir nur über die Attien verfügen, nicht aber auch über die Gewalt. Ferner ift für den Bund ein maß= gebender Punkt der, daß es ihm nicht möglich wäre, an ber Borfe einen fo großen Attienpoften zu erwerben. Erstens würde er dazu baares Geld brauchen, mährend er uns nur Papier zu geben braucht, und zweitens würde, sobald der Bund an der Borfe Titel kaufen wollte, der Werth der Aftien sofort gewaltig in die Sohe geben, so daß es ihm nicht möglich sein würde, eine ansehnliche Partie Attien zu den Bedingungen zu kaufen, wie wir fie stellen. Es ift dies ein hauptgrund, weshalb der Bund mit uns verhandelt. Wir treten ihm eben einen bedeutenden Attienposten ab, und ich bin überzeugt, daß es ihm nachher ein leichtes sein wird, noch weitere 20,000 Aftien zu erwerben, und sobald er im Befit von 50,000 Aktien ist, ift er auch in der Berwaltung felbst, nicht nur außerhalb derselben, im Besitz der vollständigen Macht, was ihm bis jett noch gefehlt hat. Warum der Bund hieran ein enormes Interesse hat, will ich nicht näher auseinanderseten. Es ift leicht verftändlich, daß es etwas gang anderes ift, ob der Bund außerhalb der Berwaltung fteht und befiehlt, oder in der Verwaltung felbst ift und befiehlt; denn im lettern Falle vollziehen fich die Wünsche des Bundes in viel rascherer Weise, als wenn er nur von außen her die Gesellschaft drängen und drücken und durch Gewalt zu erreichen suchen muß, was er innert der Gesellschaft, als Großaktionär, ohne solche Mittel erreichen Ich habe übrigens dargethan, daß der Breis, zu welchen der Bund die Aftien übernimmt, ihn in keiner Weise schädigt, da er vollständig sicher ist, nicht nur die ausgelegten Binfe zurudzuerhalten, sondern darüber hin= aus noch Fr. 2. 50 per Aftie mehr, welche Summe er bazu verwenden kann, die kontrahirte Schuld in verhält= nißmäßig kurzer Zeit zu tilgen. Das Hauptinteresse des Bundes aber, in dieser Weise vorzugehen, ist das, daß von einer zielbewußten schweizerischen Gifenbahnpolitif nicht die Rede sein kann, fo lange der Kanton Bern dem Bunde im Wege fteht, was der Fall ift, fo lange er Großaktionär der ersten schweizerischen Gifenbahngesellschaft ift. Dies ift ber Grund, warum der Bund vor allem aus mit dem Kanton Bern sich abfinden muß. Der Kanton Bern muß bei der Sache interessirt sein, sonft wird er

zum Rückfauf nicht Hand bieten, weder auf dem Wege der Expropriation, noch des konzessionsgemäßen Rückkaufes, und ich glaube nicht, daß der Bund gegen den Willen des Kantons Bern den Rückkauf durchsehen und Bern in Bezug auf seine Interessen vergewaltigen könnte. Der Bund muß deshalb damit beginnen, den Kanton Bern zu desinteressiren. Es ist indessen hier nicht der Ort, auf diese Frage näher einzutreten; es war nur am Platz, darauf hinzuweisen, daß der Handel zwischen dem Bund und dem Kanton Bern sich auf durchaus normale Weise vollzogen hat und hüben und drüben nicht die Absicht bestand, sich gegenseitig zu übervortheilen, sondern daß lediglich das Interesse beider Parteien, das heißt das allgemeine Landesinteresse, maßgebend war.

Zum Schluß wünsche ich noch die politische und na= tionale Seite der Frage zu betonen. Man spricht immer vom bernischen Staatsgedanken; aber man hat immer mehr Mühe, die Spuren diefes Staatsgedankens zu verfolgen und die Wirkungen besselben zu fehen. Die Er= tlärung dafür liegt offenbar darin, das wir eigentlich tein existenzfähiger Staat mehr find; denn es fehlen uns die Mittel zu einer felbständigen Existenz. Wenn wir, wie ein Fürst von Monte Carlo, in Interlaken eine Spiel= bank errichten könnten, so könnten wir uns diese Mittel verschaffen; aber das würde uns sogar die Bundesver= faffung verbieten. Gegenwärtig verfügt der Bund über alle großen Finanzquellen und alle Kompetenzen auf den größten Gebieten bes öffentlichen Lebens. Die Aufgaben, die den Kantonen geblieben find, find diefelben nicht mehr zu erfüllen im stande, und namentlich wir im Kanton Bern, obwohl derfelbe der größte Kanton ift, find diefen Aufgaben nicht mehr gewachsen; find wir ja nicht einmal im stande, unsere Verfassung zu redigiren, die Einheit des Kantons herzustellen und das Armen= und Steuerwesen zu ordnen. Wenn ein Wäfferlein zu korrigiren oder ein Bergsträßchen zu bauen ist, muß der Bund mit einer Subvention beispringen. Alle unfere Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirthschaft, des Handels, des Gewerbes, der Runft und der Wiffenschaft find erfolglos, wenn fie nicht vom Bunde unterftüt werden. Jede Opposition im Kanton Bern, wenn fie alle unzufriedenen Elemente in sich vereinigt, ist im stande, jeglichen Fortschritt zu hemmen. Unter solchen Berhältniffen muffen wir offenbar unsere Blicke auf den Bund werfen. Wir find eine ber 25 Scheineriftenzen, der verkummerten Souverenetäten, die nur noch am Bufen der Mutter Helbetia die Nahrung für ihre gezählten Tage suchen können. Unter solchen Umständen muffen wir uns immer mehr an den Bund anschließen. Der Bund einzig ist Souveran; er einzig ist den großen Aufgaben des Landes gewachsen, und darum wollen wir auch hier bei diesem wichtigen Geschäfte, das wir mit dem Bunde abzuschließen im Begriffe find, die Parole ausgeben; "Hie Bern! Hie Gid= genoffenschaft!" (Beifall.)

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staats-wirthschaftskommission. Es ist wirklich eine schwierige Aufgabe, in dieser Sache noch als vierter Rapporteur aufzutreten, und ich kann Sie versichern, daß ich Ihre Zeit nicht lange in Anspruch nehmen werde. Es sind noch einzelne Punkte zu berühren, die in der Staats-wirthschaftskommission zur Sprache kamen, hier aber noch nicht angesührt worden sind. Vorerst kann ich die Erklärung abgeben, daß die Staatswirthschaftskommission

mich beauftragt hat, Ihnen die Antrage der Regierung zur Annahme zu empfehlen, mit dem Nachfat, daß die Regierung eingeladen werde, beim Vertragsabichluß mit der Eidgenoffenschaft dafür zu forgen, daß die 3% oigen Renten= titel amortifirbar erklärt werden. Im letten November hat der Große Rath die Fusion einstimmig genehmigt, und es hat im Dezember darauf das Volk derfelben mit großer Mehrheit zugestimmt. In dem bezüglichen Beschluß wurde dem Großen Rath die Bollmacht ertheilt, die Aftien der Jura-Simplonbahn zu veräußern, wobei immerhin der Eidgenoffenschaft das Borkaufsrecht vorbehalten bleiben folle. Ich betone dies ausdrücklich, weil dies eine Bergünfti= gung für den Bund ift und für den Ranton ein Semmichuh werden konnte. Ich will nur furz berühren, wie wir zu unfern Gifenbahnkapitalien gekommen find. Bahrend in ben 50iger, 60iger und 70iger Jahren die schweizerischen Eisenbahnintereffen von großen Gesellschaften besorgt wurden und zwar im Interesse ihrer resp. Landesgegenden, fehlte uns diese Fürsorge für die Interessen des Kantons Bern im Eisenbahnwesen. Dies ermahnte den Großen Rath und das Bernervolk, selbst einzugreifen, und es hat der Kanton Bern 40 Millionen in Gifenbahnen angelegt, die noch gegenwärtig darin liegen. Mit diesem Opfer hat man das erreicht, was man die bernische Gisenbahnpolitik geheißen hat, indem das Eisenbahnwesen dem Kanton nun so dienstbar gemacht ift, wie es verlangt werden kann. Gine Pflicht Des Rantons in Diefer Beziehung hat aufgehört, und die weitere Forderung der allgemeinen Intereffen geht an den Bund über und ift bereits durch die Gefeggebung an denfelben übergegangen. Wir haben deshalb schon bei der Fufion eingesehen, daß die fernere Aufgabe des Kantons nun die ist, die Eisenbahngelder zu liquidiren, d. h. uns als Großaktionar guruckzugiehen, da wir als solcher nichts mehr leiften können. Die Eisen= bahnpolitik des Kantons Bern bestund darin, daß er sagte: ich will die Gifenbahnen bauen und darüber Meifter fein bis ein anderer Meister da ift, der die Interessen des Staates gehörig vertritt. Zu diesem Moment find wir nun gelangt, und ich glaube, es liege nicht mehr im In-teresse des Kantons, Großaktionär einer Eisenbahngesell= schaft zu fein, die weit über unsere Kantonsgrenze hin= ausragt und in deren Aftionärversammlung er nicht mehr einen dominirenden Ginfluß ausüben kann. Es kann ferner nicht in der Aufgabe des Kantons Bern liegen, feine Millionen dieser Gesellschaft — ich nenne sie eine Spekulation&= gesellschaft - zu übergeben, ohne auf Unternehmungen, die außer unferer Sphäre liegen und deren Rugen oder Schaden für uns wir nicht beurtheilen können, influen= giren zu können. Es kann um so weniger in nnferer Aufgabe liegen, eine große Summe in dieser Gesellschaft zu belassen, als der Simplondurchstich gewaltige finanzielle Menderungen in der Gesellschaft hervorrufen kann. Wir follen deshalb nach meinem Dafürhalten von der uns ertheilten Vollmacht Gebrauch machen und die Aktien ver= faufen.

Run entsteht aber die etwas schwierige Frage: Wie will man für 19 Millionen Aktien verkaufen? Will man sie auf den Markt bringen und zum Tageskurs zu verkausen suchen? Ich habe bereits bemerkt, daß wir dem Bunde das Vorkaufsrecht eingeräumt haben. Wir können daher nicht wohl einzelne Aktien verkausen, indem dabei immer dem Bunde das Vorkaufsrecht vorbehalten wäre. Es bliebe deshalb kein anderer Wcg übrig, als sich an ein Banktonsortium zu wenden, das sämmtliche Aktien

übernehmen würde. Es ift flar, daß wenn man diefen Weg einschlagen wollte, die betreffende Finanzgesellschaft einen schönen Gewinn machen niochte. Ich glaube bes-halb, die Regierung habe gut gethan, direkt mit dem Bund in Berbindung zu treten, indem mit demselben ficher besser zu unterhandeln ift, als mit einem Finanzkon= fortium. Angenommen aber auch, man würde mit einem Finanzkonfortium verhandeln, so wird letteres fich an den Rurs halten und zwar wird es die Aftien natürlich nicht zum Rurswerthe, sondern billiger übernehmen wollen. Nehmen Sie nun den Kurs zu Fr. 575 an - er wurde vorhin zu Fr. 572 angegeben — fo erlöfen Sie aus den in Frage ftehenden 30,000 Aftien eine Summe von Fr. 17,250,000, welche Summe à 31/2 % eine Rente von Fr. 603,000 abwirft. Alfo auch bei einem hohen Kurs würde man nur 3000 Fr. mehr Zins erhalten, als nach der Offerte der Eidgenoffenschaft, ja ftreng genommen hätte man fogar einen Berluft von Fr. 12,000, indem ber Bins der Bundesrente alle 4 Monate bezahlt wird, woraus sich ein Mehrzins von Fr. 6000 ergibt, wozu noch das Chomage, mit Nücksicht auf die erst ein halbes Jahr nach Schluß des Betriebsjahres erfolgende Divibendenzahlung, mit Fr. 9000 zu rechnen ist.

Man sagt allerdings, wenn wir unsere Aftien behalten, so sei uns ein Zins von 4½ % zugesichert. Ich kann diese Zusicherung nur in dem Sinne auffassen, daß die Prioritätsaktien vor den andern ein Vorrecht haben sollen. Wenn aber schwere Zeiten kommen, wie Herr Marti es anführte, wenn Kriegszeiten und Finanzrevolutionen, möchte ich sagen, hereindrechen, so werden die Einnahmen der Eisenbahnen zurückgehen und sind uns dann diese 4½ % nicht mehr garantirt. Nehmen Sie eine Rendite von 4¼ % an, so wersen 30,000 Uktien einen Zins von Fr. 637,500 ab, die Bundesrententitel Fr. 615,000; der Unterschied beträgt also bloß Fr. 12,000. Die Staatsewirthschaftskommission glaubt deshalb, es liege unbebedingt im großen Interesse einer stabilen Finanzverwaltung und im großen Interesse des Kantons, diese unssichern Titel — unsicher in Bezug auf einen regele

mäßig gleichbleibenden Ertrag — wenigstens theilweise zu liquidiren und gegen eine sichere, zuverlässige eidgenössische Kente zu tauschen. Unsere Interessen, in Geld ausgedrückt, werden dobei nicht geschädigt und jedenslaß

ist der fünftige Ertrag ein besserer, als bisher; denn noch vor wenigen Jahren betrug die Rendite nur 1 oder 2%, ja sogar gar nichts.

Was nun die Frage anbetrifft, ob man alle Titel—auch die noch in den Händen des Kantons verbleibenden 8020 Stück— liquidiren solle oder ob es im Interesse des Kantons liege, den Kest zu behalten, so glaubt die Mehrheit der Kommission, die Borlage der Regierung tresse das Richtige. Es sollen doch die Interessen des Staates gegenüber der fusionirten Gesellschaft insoweit gewahrt bleiben, daß der Kanton Bern in den Generalversammlungen immer noch die gleiche Anzahl Aktien vertreten kann, welche andere Kantone neben ihm zu vertreten haben. So lange andere Kantone noch Großaktionäre sind, ist es geboten, daß auch Bern sich betheiligen kann. Der vom Regierungsrath und den Delegirten des Bundesrathes aufgestellte Borschlag ist deshalb gut überdacht und liegt im Interesse des Kantons.

Ich will nicht länger sein und empfehle Ihnen im Ramen der Staatswirthschaftskommission die Anträge der Regierung zur Annahme, mit dem bereits angeführten Nachsat, daß der Regierungsrath eingeladen sei, all seinen Einfluß geltend zu machen, um zu erlangen, daß die Rententitel amortisirbar erklärt werden.

Egger. Es ist schwierig, gegenüber Autoritäten ersten Ranges eine gegentheilige Meinung zu versechten. Vor allem aus muß ich betonen, daß das patriotische Moment absolut wegfällt, indem die Rückfaufstermine der Eisenbahnen den Grund bildeten. Ich kann dem vorsliegenden Vertrage meine Zustimmung nicht geben, indem das Geschäft nach meinem Dafürhalten für den Kanton

Bern ein ungunftiges ift.

Es ist Ihnen allen bekannt, daß bis vor einem Jahre in der Schweiz 6 große Gifenbahngesellschaften eriftirten: die Suiffe Occidentale, die Jura-Bern-Luzernbahn, die Centralbahn, die Gotthardbahn, die Nordostbahn und die Bereinigten Schweizerbahnen, mit einer Länge von circa 3000 Kilometer und einem Anlagekapital von 1063 Mil= lionen. Wie Sie wissen, kam im vorigen Jahre die Fusion zwischen der Suisse Occidentale und der Jura-Bern-Luzernbahn und ein Kauf zwischen dem Staate Bern und ber fufionirten Gesellschaft um die Bern-Luzernbahn zum Breise von 14 Millionen zu stande. In der neuen Ge-sellschaft steckt ein Kapital von 2461/2 Millionen, beftehend aus 100 Millionen Aftienkapital und 1461/2 Millionen Obligationenkapital. Das Aktienkapital besteht aus 52 Millionen Prioritätsaktien und 48 Millionen Stamm= aktien. Die Prioriätsaktien find zusammengesetzt aus 38 Millionen alten Jurabahnattien und 14 Millionen alten Westbahnprioritäten, die bis zur Fusion mit 5 % ver= ginsbar waren. Die Stammaktien bestehen aus 34 Millionen Westbahnaktien und den zu creirenden 14 Mil= lionen für das Stud Bern-Luzern. Die Obligationen setzen fich zusammen aus 1121/2 Millionen, die früher das Netz der Suiffe Oceidentale belafteten und bis dato zu 4.0% verzinsbar waren, und 34 Millionen, welche auf dem Netz der Jurabahn lasteten und von 4.0% auf $3^{1/2}$.0% konvertirt wurden. Den Prioritätsaktien ist eine Dividende von 41/2 0/0 zugefichert.

Es wird fich nun in erfter Linie fragen, ob die 41/2 % Borzugsdividende nach menschlicher Berechnung auch in Zukunft ausbezahlt werden konnen. Rach meinem Dafür= halten muß diese Frage absolut mit ja beantwortet werden. Ich habe bereits bemerkt, daß dis jetzt 14 Millionen West-Prioritäten à 5 % verzinst werden mußten, für die nun der Zinssuß auf $4^{1/2}$ % reduzirt ist, was für die Gesellschaft eine jährliche Minderausgabe von Fr. 70,000 zur Folge hat. Sie wissen ferner, daß die 34 Millionen, welche von der Jurabahn von 4 % auf 31/2 % con= vertirt wurden, wiederum eine Zinsdifferenz zu Gunften der Gesellschaft von Fr. 170,000 zur Folge haben. Es ergibt fich also für die Zukunft eine absolut sichere jähr= liche Minderausgabe von Fr. 240,000. Ferner wurde uns bei Behandlung der Fusion gesagt, die 1121/2 Millionen Obligationen, die auf der Suiffe Occidentale laften, werden von 4 % auf 3 1/2 % tonvertirt; es habe sich bereits ein Konsortium gebildet, das die Konversion besorgen werde. Ich weiß nicht, ob die Sache zu ftande gekommen ift. Wenn man eine Sache verspricht, fo foll man fie halten. Rommt diefe Konverfion zu ftande, fo ift von daher eine Minderausgabe von jährlich Fr. 560,000 sicher. Zieht man bann noch in Betracht, daß schon im Jahre 1888 statt 4 % ganz gut 4 1/2 % hätten ausbezahlt werden können — es foll das gegenüber der Gesellschaft

absolut kein Vorwurf sein — so daß also einige hunberttausend Franken in der Kasse sein müssen, die Mehr= einnahmen im Jahre 1889 gegenüber 1888 einige hunberttausend Franken betragen, und die Mehreinnahmen in diesem Jahre vom 1. Januar dis Ende März gegenüber dem sehr guten Vorjahr nicht weniger als 374,000 Fr. betragen oder im ganzen Jahre, wenn die Prosperität die gleiche bleibt, anderthald Millionen, so steht es nach menschlicher Verechnung außer Zweisel, daß die Vorzugsdividende von 4½ % on wird ausbezahlt werden können. Der Herstenugspräsident hat in seinem Verichte gesagt, der Kanton Vern habe seit einigen Jahren für seine Jurabahnaktien 4 % bezogen. Das ist unrichtig; denn nur im Jahre 1888 wurde diese Dividende ausgerichtet. Es wurden von der Jura-Vern-Luzernbahn solgende Dividenden bezahlt: Im Jahre 1879 nichts, 1880 1 %, 1881 1 %, 1882 2 %, 1883 3 %, 1884 2½ %, 1885 3 %, 1886 3 %, 1887 3½ % und 1888 4 %.

Nach menschlicher Berechnung find also die den Prioritätsaktien zugesicherten 41/20/0 absolut sicher. Was will uns nun der Bund für dieselben geben ? Er verfpricht uns 600 Fr. in 3% oiger Rente zum Kurse von 90 %, was auf 600 Fr. Fr. 666,66 oder einen jährlichen Ertrag von Fr. 19,99 per Attie ausmacht. Wenn wir nun von 30,000 Aftien à 41/2 % jährlich einen Zins von 22.50 per Aftie erhalten, während der Jahresertrag nach der Offerte des Bundesrathes nur Fr. 19,99 — also nicht ganz 20 Fr. beträgt, fo verlieren wir jährlich 75,000 Fr. Ich begreife nun nicht, wie wir dem Bernervolt empfehlen durfen, einen so großartigen Ausfall zu beschließen; ich wenigstens könnte nicht dazu stimmen. Es tritt aber nicht nur ein Binsausfall ein; benn wenn wir für eine 31/2 %ige Berzinsung den Parikurs annehmen, stellt sich die 3% oige Rente nur auf 85,71 %. Es tritt also eine Kursdifferenz von 4.29 % ein, was einen Kapitalverluft von 858,000 Fr. ausmacht, d. h. also: wenn wir die Papiere, die wir vom Bunde erhalten, sofort wieder verkaufen, so verlieren wir Fr. 858,000 baares Geld, ja, wenn wir den effektiven Rurs annehmen, fo verlieren wir fogar eine reine Million. Der Herr Finanzdirektor hat uns gesagt, die $3^{1/2}$ /oigen Kassenschie können auf 105° /o steigen. Wenn der Herr Finanzdirektor vom Fixpunkte an um 5° /o hinausgeht, so erlaube ich mir auf der andern Seite um 5 % hinabzugehen. Fällt der Kurs der 31/20/0igen Kassenschie auf 95 %, so verlieren wir ein Kapital von Fr. 1,760,000. Die Möglichkeit, daß dies eintritt, ist ebensogut vorhanden, als daß der Kurs auf 105 % steigt. Sie wissen alle, daß die bernischen Eisenbahn= kapitalien jahrelang eine sehr geringe Rendite abwarfen. Circa 10 Jahre lang haben die 20 Millionen, welche in ben Jurabahnen ftecken, dem Staate feinen Bing abge= worfen, mas für das Bernervolk einen Schaden von 12 Millionen Franken ausmacht. Bis zum letzten Jahre figurirte, wie Sie wiffen, die Bern-Luzernbahn in ber Staatsrechnung noch mit 19 Millionen. Man hat fie nun zu 14 Millionen — noch immer 5 oder 6 Millionen zu theuer, wie jedes Rind weiß - verkauft und mußte also 5 Millionen abschreiben. Rechnet man hiezu noch ben Minderzins von 1879 bis 1887 und zieht den fehr geringen Bins auf bem Stücke Bern-Luzern in Betracht, so kann man wohl sagen — man braucht noch nicht genau zu rechnen — ber Kanton Bern habe auf den Eisenbahnen 30 Millionen verloren. Der Moment ift nun eingetreten, wo die Sache etwas beffer tame. Alle

die ausgesprochenen Befürchtungen theile ich nicht. Ich betrachte die Prioritätsaktien als ein Papier ersten Kanges, ja ich halte dieses Papier in gewisser Beziehung als solder, als eidgenössische Kentenscheine (Heiterkeit). Ich möchte Sie nur auf etwas aufmerksam machen. Es können kritische Verhältnisse, kriegerische Verwicklungen eintreten. Man wird sagen, in diesem Falle werde auch die Rendite der Bahn eine kleinere sein. Es ist das allerdings richtig. Aber wenn der Vund infolge dieser Verwicklungen in den Fall käme, etwa 100 Milslionen aufzunehmen, so könnte man dann sehen, zu welch rigorosen Bedingungen er dies thun müßte.

Ich weiß wohl und habe es schon im Anfang gesagt, daß es ungemein schwierig ist, in der vorliegenden Sache Opposition zu machen. Aber eine jährliche Einbuße von Fr. 75,000 Zins und einen effektiven Kapitalverlust von einer Million kann ich nicht verantworten, und ich stelle daher den Antrag, der Bertrag sei nicht zu genehmigen.

Dürrenmatt. Es war wirklich nicht meine Abficht, heute in diefer Diskuffion das Wort zu ergreifen, obschon ich nicht gerade mit der Absicht hergekommen bin, mit ja zu stimmen. Ich hätte geschwiegen und das voraussichtliche Resultat der Abstimmung über mich er= geben laffen, wie schon manches andere, und wenn man bas Gegenmehr verlangt hätte, so würde ich meinen Mann geftellt und nein gefagt haben, ohne mich über die Sache zu ereifern. Ich habe auch jest nicht im Sinne, mich zu ereifern. Der Grund, weshalb ich das Wort dennoch er= greife, ist die pathetische Apostrophe, die herr Direktor Marti am Schluffe feiner Rede an die Berfammlung gerichtet hat. Diese Exekution der Kantone, die er da ausgesprochen hat, kann ich nicht ohne Protest hinnehmen. Berr Marti tommt in unfern Berner Großen Rath und erklart uns in den Bart hinein: 3hr habt gar feine Eristenzberechtigung mehr! Darf man fich diese Sprache in einem Berner Großen Rath bieten laffen? Ist das das Bernervolk, das, als es in's Waadtland zog, fagte: wir "bhäbes"; ift das das Bernervolk, das sich in's Gesicht fagen laffen muß: Bern hat keine Existenzberechtigung mehr? Wenn dem fo ift, fo möchte ich fragen: Warum läßt fich jemand, ber das ausspricht, überhaupt in den Berner Großen Rath wählen? Als Mitglied der oberften bernischen Landes= behörde nehme ich diese Sprache nicht an. Herr Marti hat in schwungvollen, pathetischen Ausdrücken von der Mutter Helvetia gesprochen. Er hat die 25 Kantone recht flein gemacht und gefagt, dieselben konnen nur noch am Busen der Mama Helvetia leben. Ich glaube, das Bild sei gerade umgekehrt. Die Helvetia ist nicht unsere Mutter und wir sind nicht ihre Kinder. Die Eltern sind die Kantone und die Helvetia ist die Tochter. Ich glaube, die Tochter. Ich glaube, die Tochter. Ich glaube, die Tochter. Ich glaube, die Tochter. die Rantone feien alter, als der Bund, und wenn man ein verwandtichaftliches Bild brauchen will, fo möchte ich eher sagen: Was Herr Marti die Mama Helvetia nennt, ift eine hoffärtige Tochter, die sich über ihre Eltern erhebt (Heiterkeit). Es ist schon wahr, daß die Mittel der Kantone bedeutend eingeschränkt worden sind und wir nicht für alle Ausgaben des Staates immer genügende Geld= mittel zur Berfügung haben. Aber woher kommt bas? Eben baher, daß die Tochter Helvetia ihre Eltern zu fehr in Anspruch genommen hat. Unter der 1848er Bundes= verfassung hat man den Kantonen noch einige Res= sourcen gelassen und sie sogar noch für den Ausfall der Bolle und Pofterträge, die Sauptreffourcen der Kantone,

entschädigt. Das ist nun dahingefallen. Der Bund zieht alle Hülfsquellen an sich und thut so, als ob er das Alpha und das Omega staatlicher Existenz sei. Warum hat die Bundesversammlung, in welcher an die 30 Berner sitzen, nicht dazu gestimmt, als man den Antrag stellte, es solle von den Zollerträgnissen ein Theil den Kantonen zurückgegeben werden? Warum bietet man selbst Hand dazu, daß die Kantone nicht mehr lebensfähig bleiben und der Bund alle Mittel an sich ziehen kann.

Dies find die Bemerkungen, die ich zu dem Schlußpassus der Rede des Herrn Marti andringen wollte. Ich
sage auch: Hie Bern! Hie Eidgenossenschaft! Aber wenn
es so fort geht, so wird es schließlich nicht mehr heißen: Hie Bern! und auch nicht mehr: Hie Eidgenossenschaft! Und dann wollen wir die Wappen an den Wänden dieses Saales entfernen; die Regierung wird dann wohl dazu kommen, sie wegnehmen zu lassen. Wir haben dann auch keine Eidgenossenschaft mehr, sondern nur die Helvetik,

und was das ift, haben wir vor 80 Jahren erfahren.

Scheurer, Finangbirektor, Berichterstatter bes Regierungsraths. Nur zwei Worte gegenüber herrn Egger, b. h. eigentlich nicht gegenüber ihm; benn ich möchte ihn durchaus nicht bekämpfen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß seine Person und seine heutige Haltung die beste Illustration zu der Wandelbarkeit der Dinge in Eisenbahnsachen und der Rendite von Gisenbahnaktien ift. Es ift noch nicht lange her, daß Berr Egger im Großen Rathe auseinandergesett hat, unsere Gifenbahn= kapitalien seien im Staatsvermögen mit einer viel zu hohen Summe eingestellt; die Attien haben nicht ben Nominalwerth von Fr. 500, und es fei daher Pflicht der Behörben, diese unwahre Darftellung der Staatsfinanzen in der Staatsrechnung zu befeitigen. herr Egger ftellte beshalb den Antrag, die Eisenbahnkapitalien, wenn ich mich recht erinnere, um die Hälfte herabzuseten. Ich will nicht sagen, Herr Egger habe damals Unrecht gehabt. Wenn nur der öffentliche Kurs in's Auge gefaßt wurde, so erschien sein Antrag als begründet. Heute nun gibt Herr Egger selber zu, daß nicht nur der Rominalwerth da sei, sondern er hilft konstatiren, daß der Werth ziem= lich über dem Pariwerth ftehe. Es hat also mit diesen Attien eine ganz großartige Wandlung stattgefunden Aber das beweist gerade die Wandelbarkeit, und so gut als diese Steigerung eintrat, hätte auch das Gegentheil der Fall fein können, und wenn sich in wenigen Jahren diese Wendung zum Bessern vollziehen konnte, so kann in Bukunft in verhältnigmäßig kurzer Zeit eine umge= kehrte Entwicklung eintreten; benn Eisenbahnaktien find eben immer Aktien und nicht Obligationen. Für mich ware daher das Botum des herrn Egger eine Stimulanz mehr, die vorgeschlagene Lösung anzunehmen.

Was die Rechnungsmanier des Herrn Egger anbetrifft, so gebe ich zu, daß man auch so rechnen kann und ich bin über seinen Antrag durchaus nicht unglücklich; im Gegentheil, ich bin über denselben mehr oder weniger erfreut; denn es gibt in der übrigen Schweiz auch Leute, welche behaupten, die Lösung sei für den Kanton viel zu günstig und es sei dies der Grund, weshalb die Regierung so auf diese Lösung hindränge. So wird heute in einer hervorragenden oftschweizerischen Zeitung, die großen Einsluß hat, eine lange Auseinandersehung augekündigt, in welcher bewiesen werden soll, daß die bernischen

Eisenbahnaktien lange nicht den Werth haben, zu dem fie verkauft werden sollen, und bei weitem auch nicht den öffentlichen Aurswerth. Es ift das also eine Auffas= sung des Werthes der Attien, die derjenigen des Herrn Egger, und auch der meinigen, nicht entspricht. Aber gegen= über diefer Anschauung eines guten Theils unserer Mit= eidgenoffen — sei es, daß sie wirklich im Interesse des Bundes reden oder uns den Erfolg nicht gönnen mögen; ich will das nicht untersuchen — schadet es nichts, wenn sich hier im Großen Rathe auch oppositionelle Stimmen erheben und ein Gegenantrag gestellt wird, zum Beweise, daß im Kanton Bern durchaus nicht allgemein anerkannt wird, daß der Bortheil einzig auf seiner Seite liege. Ich glaube, es sei dies die beste Antwort auf die schon oft gehörte und gelesene Behauptung, es handle sich um ein Geschäft, bei dem der Bund verliere und der Kanton Bern gewinne. In Wirklichkeit ift es, wie herr Direktor Marti auseinandergesett hat, ein Geschäft, das für beide Theile seine Vortheile hat. — Dies noch die Bemerkungen zu dem Votum des Herrn Egger.

Egger. Nur ein paar Worte auf die Aeußerungen des Herrn Finanzdirektors. Es ist ganz richtig, daß ich s. beantragt habe, den Ansat von 19 Millionen für die Linie Bern-Luzern auf 10 Millionen herabzusetzen. Daß ich damit nicht ganz Unrecht hatte, zeigte sich bei der Fusion, indem wir ja nur 14 Millionen erhielten und infolge deffen 5 Millionen abschreiben mußten, und daß wir noch immer etwa 4 Millionen zu viel bekamen, habe ich bereits gesagt. Was die Jurabahnaktien anbetrifft, so habe ich nicht behauptet, dieselben können nicht steigen. Ich verlangte nur, was man in jedem geordneten haußhalt thun foll, sie sollen mit ihrem damaligen Werth in der Staatsrechnung figuriren. Ich würde noch heute den gleichen Antrag stellen. Ueberall stellt man Aktien nach ihrem Tageskurs, und eher zu niedrig als zu hoch, in's Bermögen ein. Es besteht also zwischen meinen bamaligen Ausführungen und meinem heutigen Antrag absolut kein Widerspruch.

Für die Abstimmung verlangt Herr Egger Namens= aufruf, findet aber nicht die reglementarische Unterstützung.

Abstimmung.

Für den Antrag der Regierung mit dem von der Staatswirthschaftskommission beantragten Zusak 177 Stimmen.

Für den Antrag Egger 4 "

Verkauf des Münzgebäudes in Bern an den Bund.

Der Regierungsrath beantragt, das dem Staate Bern gehörende Münzgebäude in Bern gegen eine Entschädigung von Fr. 30,000 an den Bund abzutreten.

Scheurer, Domänendirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Diefes Geschäft steht mit dem foeben

behandelten im Zusammenhang, indem der Bundesrath in seinem Beschluß betreffend den Aktienkauf gleichzeitig folgendes beschloß:

"II. Das Finanzbepartement wird ermächtigt, mit dem hohen Stand Bern einen Kaufvertrag um das sogen. eidgenössische Münzgebäude unter folgenden Gedingen abzuschließen:

a. Der Kaufpreis wird auf 30,000 Fr. bestimmt, zahl= bar nach ordnungsmäßiger Fertigung und Eintragung im Grundbuch.

b. Die Gültigkeit des abzuschließenden Kaufvertrages fällt dahin, falls der sub I genannte Aktienkauf nicht in Rechtskraft erwächst."

Es verhält sich mit dem Münzgebäude folgendermaßen:

Als im Jahre 1848 der neue Bund konstitutirt und der Bundessit nach Bern verlegt wurde, mußte die Stadt Bern infolge beffen eine große Leiftung, die fogenannte Bundessitzleiftung, übernehmen. Der Große Rath beschloß im Jahre 1849, an diefelbe in der Form einen Beitrag zu leiften, daß er dem Bunde, an Plat ber Stadt Bern, die Münzstätte des Kantons zur Berfügung stellte. Im Berlaufe der nächsten Jahre erhoben sich dann über die Ausdehnung dieser Berpflichtung zwischen Bund und Kanton Differenzen, die im Jahre 1854 durch einen Vertrag beseitigt wurden, indem das ganze Berhältniß in ber Weise geregelt wurde, daß der Kanton Bern formell und nominell Eigenthümer des Münzgebäudes blieb, dem Bunde aber die volle Benutung des Gebäudes über= laffen wurde, mit dem Rechte, darin alle nöthigen Ber= änderungen vorzunehmen. Der innere Unterhalt war vom Bund zu bestreiten, der außere dagegen vom Kanton Bern. Der Kanton zog also aus diesem Objekt, das auf Fr. 80,000 geschätzt ist, nicht nur keinen Nuten, sondern mußte noch Unterhaltungskoften darauf verwenden, die jährlich durchschnittlich Fr. 420 betrugen. In Zukunft wird der Unterhalt noch kostspieliger werden, namentlich infolge des zunehmenden Alters des Gebäudes. Dasfelbe ist nämlich nicht mehr neu, sondern ist in den Jahren 1790—93 gebaut worden. Es ist also vorauszusetzen, daß eine Zeit kommen wird, wo größere Reparaturen am Dachstuhl und an der Façade nöthig werden. Es kann ferner z. B. auch durch Blitz zerstört werden — auch das frühere, an das Rathhaus angebaute Münzgebäude ift abgebrannt — und mit ber Verficherungssumme könnte tein neues Gebäude erftellt werden, wenn der Ranton überhaupt schuldig wäre, ein solches zu bauen, wie über= haupt in Sachen verschiedene juristische Fragen aufge= worfen werden konnen. Allem dem geht man durch die Liquidation aus dem Wege. Der Bund befindet fich bei den jetigen Verhältnissen auch nicht ganz wohl. Er ift in der Verwendung des Gebäudes beschränkt, indem er nur im Innern beliebige Veränderungen vornehmen, sonst aber das Gebäude nicht verändern darf; er darf also nicht auf dasselbe aufbauen oder es abreißen und den Bauplat anders verwenden. Er machte deshalb vor einiger Zeit dem Kanton die Proposition, derselbe möchte ihm das Eigenthumsrecht am Gebäude abtreten und zwar ohne weitere Entschädigung, indem der Kanton sich damit zufrieden geben solle, daß er keine Unterhaltungskosten mehr zu bestreiten habe. Auf diese Lösung wollte aber der Regierungsrath nicht eintreten, und in neuerer Zeit hat sich nun der Bund bereit erklärt, dem Kanton eine Ab= lösungssumme von Fr. 30,000 zu bezahlen. Gegenwärtig befindet fich das Geschäft nun in einem akuten Stadium, indem der Bundesrath beim Beschluß betreffend den Aktien= tauf beide Geschäfte miteinander in Berbindung brachte. Der Regierungsrath beantragt Ihnen, die Offerte des Bundes zu acceptiren; der Kanton hat allen Grund, dies zu thun. Das Objekt ist allerdings auf Fr. 80,000 ge= schätt. Einen reellen Werth hat es aber für den Kanton nicht, sondern bildet im Gegentheil einen negativen Werth; es ist ein fressendes Kapital und zwar würde dies noch lange fo bleiben; denn hoffentlich wird Bern noch lange Bundessitz sein. Berechnet man den Zins, den die 30,000 Fr. abwerfen werden und addirt dazu noch die wegfal= lenden Unterhaltungskoften, so wird man schon in etwa 20 Jahren ein Kapital von circa Fr. 80,000 besitzen, das dann zinstragend ist, während wir gegenwärtig ein todtes Kapital besitzen. Ich glaube, der Große Kath habe noch um so weniger Grund, das getroffene Abkommen zu verwersen, als dasselbe der Entwicklung der Bundesgebäulichkeiten in der Stadt Bern Borfchub leiften wird. Es ift bekannt, daß der Bund gegenwärtig fehr ftark baut und seine Berwaltungsgebäude erweitert und namentlich an der Inselgaffe schon Saufer angekauft hat. Ift er einmal im vollen Befige des Münzgebäudes, fo wird dadurch die bauliche Entwicklung zu Bundesztwecken eher gefördert, als beinträchtigt. Der Kanton hat nun kein Intereffe, dem hindernd im Wege zu ftehen, sein Intereffe geht im Gegentheil dahin, die bauliche Entwicklung gu fordern. Der Regierungsrath tommt deshalb zum Schluß, Sie möchten ihn ermächtigen, mit dem Bunde unter den geftellten Bedingungen einen Bertrag abzuschließen, wobei der Bund noch in aller Form anzuerkennen hätte, daß der Kanton seine Verpflichtungen in Bezug auf die Münzstätte erfüllt habe.

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Die Staatswirthschaftskommission empfiehlt Ihnen den Antrag des Regierungsraths zur An-nahme. Was an der Vorlage auffallen könnte — wenigstens ber Staatswirthschaftskommission ist das etwas aufgefallen — ift nur bas, daß die Sache unmotivirt an bas wichtige Attienverkaufsgeschäft angehangt wurde. In dieser Beziehung war die Staatswirthschaftskommission nicht gang einverstanden; fie fand, es fei kleinlich, diefen Bertauf an jenes großartige Geschäft anzuknüpfen. Was aber die Sache selbst betrifft, so ist die Kommission vollständig einverstanden, daß es im Interesse des Staates liegt, die Proposition des Bundes zu acceptiren. Es handelt fich um ein Gebäude, auf dem eine Servitut lastet, das der Bund, so lange Bern Bundessitz ist, ganz nach seinem eigenen Ermeffen benuten kann, ohne eine Entschädigung zu leisten. Nun ist es nicht wohl benkbar, daß ber Bundesfit von Bern wegtommen wird. Der Kanton hat deshalb von dem ihm zustehenden Münzgebäude nichts, als baß er deffen Unterhalt bestreiten muß, was alljährlich Fr. 4 bis 500 erfordert, und zwar wird dieser Unterhalt immer größer, je älter bas Gebäude wird. Der Bund proponirt nun gegen Uebentragung des Eigenthumsrechts an ihn eine Entschädigung von Fr. 30,000. Die Staats= wirthschaftstommiffion findet, es sei dies gefundenes Geld, wie man fagt, abgesehen davon, daß noch die Unterhal= tungskoften wegfallen. Die Staatswirthschaftskommission

empfiehlt Ihnen daher den Antrag des Regierungsraths zur Annahme.

Angenommen.

Schluß der Sitzung um 1 Uhr.

Für die Redaktion: Rud. Schwarz.

Dritte Situng.

Feeitug den 25. Apeil 1890.

Vormittags 9 Uhr.

Borfigender: Prafident Lienhard.

Der Ramensaufruf verzeigt 106 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 154, wovon mit Entschuldigung: die Herren v. Allmen, Brunner, Demme, v. Grüsnigen, Herzog, Imer, Isli (Grafenried), Klohner, Nägeli, Scheidegger, Ihro; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren Aebi, Bailat, Belrichard, Benz, Berger (Reichenbach), Berger (Thun), Bertholet, Beutler, Bigler, Blatter, Bläuer, Blösch, Boinan, Boß, Bourquin, Brand (Enggistein), Bühler, Bürgi, Burger, Choquard, Cüenin, Dähler, Daucourt, Dubach, Eggimann (Hasli), Elsäßer, Etter (Jeyikofen), Fahrnh, Fattet (Pruntrut), Fattet (St. Urs

sanne); Freiburghaus (Mühleberg), Frutiger, Gerber (Steffisburg), Gerber (Unterlangenegg), Gerber (Bärau), Gigon, Glaus, Glauser, Gouvernon, Grandjean, Grenouillet, Guenat, Hadven, Hari, Haslebacher, Hennemann, Heß, Hiltbrunner, Hirschi, Hofer (Oberönz), Horn, Hornstein, Hostettler, Houviet, Hubacher, Fenni, Jobin, Feli (Moosaffoltern), Kaiser (Büren), Kaiser (Delsberg), Klaye, Kohler, Kohli, Koller, Krebs, Krenger, Kunz, Kuster, Linder, Locher, Mägli, Marchand (Kenan), Marchand (St. Jimmer), Marolf, Marchand (Kenan), Marchand (St. Jimmer), Marolf, Marchand (Koppigen), Mathen, Mérat, Meher (Viell, Meher (Lansen), Michel, Minder, Morgenthaler (Leiniswhl), Moschard, Müller (Tranllingen), Müßenberg, Raine, Péteut, Prêtre, Rätz, Dr. Reber, Reichen, Reichenbach, Rem, Renfer, Rieben, Rieder, Kitschard, Kobert (Charles), Robert-Tisson, Rieder, Kitschard, Kohli, Dr. Schenk, Schlatter, Schmid (Undreas), Schmid (Laufen), Schneeberger (Orpund), Dr. Schnell, Schürch, Schneizer, Sommer, Stämpsti (Jäziwyl), Stessen, Keissen), Schmid (Laufen), Schneeberger (Orpund), Dr. Schnell, Schürch, Schweizer, Sommer, Steinhauer, Sterchi, Stoller, Thönen, Tieche (Reconvillier), Trachsel, Ischurz, Koller, Thönen, Tièche (Reconvillier), Trachsel, Tschanz, Ueltschi, Boisin, Wälchli, v. Wattenwyl (Ober-Dießbach), v. Wattenwyl (Uttigen), Wermeille, Will, Würsten, Zaugg, Zehnder, Zingg (Dießbach), Zingg (Erlach).

Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird abgelesen und bestätigt.

Cagesordnung:

Interpellation des Herrn Glückiger betreffend ftrengere Sandhabung der Forftpolizeivorschriften.

(Siehe Tagblatt des Großen Rathes von 1889, Seite 344, sowie Seite 3 hievor.)

Flückiger. In meiner Interpellation betreffend die Forstpolizei erlaube ich mir, zwei Fragen an die Forstsdirektion zu Handen des Regierungsrathes zu richten:
1. ob nicht alle Kahlschläge für Papierholz, wozu eben nur Jungholz verwendet wird, verweigert werden sollen,
2. ob es nicht an der Zeitsei, die Forstpolizeivorschriften überhaupt und namentlich auch in Bezug auf das Bedürfniß der Besißer und die Reise des Holzes wieder allen Ernstes voll und ganz zu handhaben und die übershandnehmende Raubwirthschaft zu unterdrücken?

Die zutreffende Berordnung von 26. Ottober 1853 schreibt in § 6 vor: "Bewilligungen für Holzschläge zum Handel und Ausführen oder Wegslößen aus dem Kanton dürfen nur ertheilt werden: a. Wenn nach dem Bericht des Bezirksförsters der Holzschlag dem Holzbedürfniß der Besiger und dem Ertrag der Waldung unbeschadet stattfinden kann, das Holz schlagreif oder ausgewachsen ist. . . ."

Und das Geset über die Finanzverwaltung des Staates von 1872 bestimmt in § 16: "Für die Forsten gilt im allgemeinen der Erundsatz der Erhaltung." Ferner: "Die Forsten sollen nicht über ihren nachhaltigen Ertrag genutzt werden." Diese gesetzlichen Vorschriften haben den Zweck und sind auch darnach angethan, der Raubwirthschaft den Riegel zu schieben, sofern sie gehandhabt wersen. Leider ist dies aber in verschiedenen Richtungen nicht der Fall. Landauf landab hört man darüber scharfe Rügen, die sich oft auch in der Presse, sogar in der außer= kantonalen, Luft machen, und Thatfache ift, daß in den Brivatwaldungen und vielen Staatsmaldungen die Normalholzvorräthe, die einen nachhaltigen Ertrag einzig sichern, sich vermindern. Aber auch in den ausgedehnten Forsten der Burgergemeinden treten ähnliche Erscheinungen zu Tage, seit dem bekannten Angriff auf die Burger= güter bei Anlaß einer versuchten Berkaffungsrevision. Da ist das Vertrauen geschwunden. Zu allem dem ist aber noch ein neuer Waldzerftorer hinzugekommen, nämlich die Holzstofffabrikation, die nur Jungholz brauchen kann. Es werden Kahlschläge für Papierholz bewilligt, ja der Staat selbst macht solche Wenn aber der Staat in der Miß-achtung der gesetzlichen Vorschriften vorangeht, wie soll er fie dann handhaben gegenüber den Gemeinden und Privaten? Infolge aller Diefer Thatsachen ist es unleug= bar, daß unsere Wälder mehr und mehr dezimirt werden. Die schlimmen Folgen der Waldzerstörung in andern Staaten und die Berwüftungen in gewiffen schweizerischen Flußgebieten sind bekannt. Bei unserer hohen Lage ist die Erhaltung der Forsten, namentleh des Hochwaldes, geradezu eine Frage der fünftigen Existenz der Bevölke= rung. Die Gesammtheit des Volkes hat darum ein Anrecht auf wirksamen Schutz und Erhaltung der Forsten. - Ich will der Kürze wegen schließen und die Antwort der Regierung gewärtigen.

Willi, Forstbirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich will versuchen, mit möglichster Kürze die Fragen des Herrn Oberst Flückiger zu beantworten. Herr Flückiger interpellirt die Regierung über drei Sachen: 1. über die Papierholzschläge, 2. über die schärfere Vollziehung der Forstpolizeivorschriften und 3. über die in den Waldungen des Kantons angeblich eingerissene Raubwirthschaft.

Was die Frage der Papierholzgewinnung und den Papierholzhandel betrifft, so ift Herr Flückiger nicht der erfte, der dieselbe in den Kreis feiner Betrachtung zieht. Diese Frage ist schon vielkach ventilirt und namentlich auch in der Preffe vielfältig besprochen worden. Diese öffentlichen Rundgebungen veranlagten die Regierung, über die Papierholzgewinnung und den Papierholzexport genaue Untersuchungen anzustellen. Man hat also der Frage volle Aufmerksamkeit geschenkt Die Untersuchung durch das Forstpersonal hat nun ergeben, daß Papierholz gewonnen wird in den Aemtern Konolfingen, Trachfelwald, Burgdorf, Aarberg und zu einem kleinen Theil auch im Jura; an allen diesen Orten erfolgte die Papier= holzgewinnung indeffen nur in untergeordnetem Mage, sodaß kein Anlaß zu einer besondern Staatsaktion oder einer besondern Berordnung und einem speziellen Gin= greifen der Regierung vorlag, indem es ja felbstverftand= lich ift, daß die Gewinnung von einigen hundert Ster Papierholz auf die Waldproduktion und den Holzkonfum der betreffenden Begenden teinen maggebenden Ginfluß ausüben kann. Dagegen hat die Untersuchung ergeben, daß namentlich aus dem Amt Signau ein bedeutender Export von Papierholz stattfindet. Im Jahre 1888 wurden im Amt Signau für circa 37,000 Festmeter Holzschlagsbewilligungen ertheilt und von der geschlagenen Masse wanderten nachgewiesenermaßen ungefähr 10,000 Ster in die Holzschlaßen, also nicht ganz 1/3 des geschlagenen Holzes, so daß für den Konsum der Bevölkerung noch über 25,000 Ster übrig blieben, ein Quantum, daß wohl hinreichend gewesen, den Bedürfnissen des eigenen Landes

zu genügen.

Es entsteht nun die Frage, weshalb das Amt Signau einen so großen Export von Papierholz habe und dieser Export fich auf die letzten Jahre konzentrire. Die Unterfuchung ergab, daß die Losung diefer Frage ebenso natur= lich als logisch ist. Im Emmenthal wurde bis gegen die Mitte dieses Jahrhunderts ausgedehnte Weidwirthschaft betrieben. Im Frühling und Serbst wurde das Bieh im Thal und im Sommer auf den Bergen auf die Weide getrieben, und man war deshalb bestrebt, allen Wald, ber fich auf den Weideplätzen bildet, wegzuschaffen. Es rühren davon her die bekannten Schwendti= und Rütti= hölzer. Wo der Wald nicht in der Jugend beseitigt und bas Waldareal zurückgedrängt wurde, hat man das Holz im Alter von 30 bis 50 Jahren geschlagen. Un vielen Orten brannte man aus dem Holz Kohlen oder ver= brannte es überhaupt, um den Boden nachher zu bepflanzen. Um die Mitte diefes Jahrhunderts hat aber eine andere Wirthschaft Plat gegriffen. Un die Stelle der Weidwirthschaft ift die Stallfütterung getreten und find zahlreiche Dorftafereien entstanden. Die Rücksichten auf ausgedehnte Weiden find damit verschwunden und wo die Natur Wald bildete, ließ man denselben wachsen. Infolge bessen entstunden im Emmenthal hunderte von Jucharten Wald, der nun heute einen 30 bis 50jährigen Bestand hat. Diese jungen Wälber hätten schon vor 20 oder 30 Jahren durchforstet werden sollen, um dem fräftigen Bestand Blatz zu machen, damit sich derselbe hätte entwickeln können. Das ist aber nicht geschehen, weil die Leute für dieses Holz keinen Absatz hatten und dasselbe als Brennholz einen geringen Werth hatte. In letter Beit nun find gunftige Berhaltniffe eingetreten: einerseits die Berwendung des Holzes zu Papierstoff und anderfeits die leichte Abfuhr infolge des Baues der Emmenthalbahn. Die Waldbefiger machten fich deshalb daran, die gunftige Gelegenheit auszunuten und diefen Jung= wuchs zu Geld zu machen, und es ift ein wahrer Bufall, daß sie dies konnten. Ich bin auch der Meinung, dieses Holzschagen könne nicht ewige Zeiten dauern, sondern so= bald der Vorrath an mittelwüchsigem Holze erschöpft ist, wird das Papierholzschlagen und der Papierholzhandel im Emmenthal aufhören müffen; denn es ist klar, daß wenn diese Waldungen einmal gelichtet, durchforstet und erschöpft sind, nicht mehr in dieser Weise exploitirt werden tann, wie in letter Beit. Die Papierholzichläge durften fich baher in nicht ferner Zeit im Emmenthal wesentlich reduziren. Run ift es forstwirthschaftlich sehr richtig, wenn Herr Flückiger sagt, es sollen diese Schläge nicht als Kahlichläge, sondern als Durchforstungs= und Lichtungs= schläge gemacht werden. Es muß dies im allgemeinen als Regel gelten. Dagegen gibt es auch Ausnahmen und diese treffen hier im Emmenthal ein. Der Boden ift nämlich im Emmenthal für die Fichte oder Rothtanne nicht geeignet, und es ift eine anerkannte Thatsache, daß

dieselbe im Emmenthal im Alter von 40 bis 50 Jahren häufig von einer Krankheit befallen wird, der sogenannten Stockröthe. Wo sich diese einnistet, muß man die kranken Bestände sofort beseitigen, sonst theilt sich die Krankheit dem ganzen Walde mit, infolge der wechselseitigen Berschlingung des Wurzelwerkes. Es ift in Diefem Falle also geboten, sofort einen Kahlschlag vorzunehmen und hernach eine andere Mischung zu pflanzen, und zwar ist ber für das Emmenthal geeignete Baum die Weißtanne, die sich dort in einer Weise entwickelt, wie wahrscheinlich sonst nirgends. Ich sage also: Im allgemeinen ist die Rritik des Herrn Fluckiger richtig, wenn er fagt, es durfen Rahlichläge für Papierholz nicht bewilligt werden; aber es gibt eben boch Ausnahmen. Die Hauptsache ift bie, daß alle diese Waldparzellen wieder richtig aufgeforstet werden, sodaß das vorhandene Waldareal auch als Wald erhalten bleibt, und darauf wird — ich glaube das be-haupten zu dürfen — konsequent und streng gesehen. Sobald dies geschieht, sehe ich keine Gefahr vorhanden, daß der Wald seinen Zweck im Haushalte der Natur nicht erfüllen könnte. Im Gegentheil, wenn jeweilen Jungwald herangezogen wird, so bietet dieses eine Garantie, daß unsere Waldbestände für die Butunft erhalten bleiben, und der Wald seine Aufgabe in der Natur richtg erfüllen wird.

Was die zweite Frage der Herrn Flückiger anbelangt, betreffend die Handhabung der Forstpolizei, so kann man in dieser Beziehung verschiedene Auffaffungen haben, namentlich kann die Frage, ob der Staat berechtigt fei, bei Holgichlägen zu untersuchen, ob dem Befiger fur feinen zukunftigen Bedarf noch Holz genug in Vorrath bleibe, mit Ruckficht auf bundesrechtliche Bestimmungen ganz wohl angezweifelt werden. Eben so gut konnte man einen Bauer, wenn er Kartoffeln, Heu und Stroh verkaufen will, fragen, ob er hernach noch genug für seinen Bedarf habe. Die Hauptfrage, auf die es nach meinem Dafür= halten ankommt, ist die, ob die Waldschläge Nachtheile nach sich ziehen, die gemeinschädlicher Natur sind, wie Schneelawinen, Steinschläge, Erdschlipfe, Oeffnungen für heftige Winde, Hagelschlag u. s. w. In dieser Beziehung hat der Staat die Pslicht, die größte Wachsamkeit walten zu laffen. Und dies thut er auch: denn bei jedem Holz= schlag wird durch das Forstpersonal, an der Spize die Förster, eine genaue Untersuchung vorgenommen und der Holzschlag nur dann bewilligt, wenn keine nachtheiligen Folgen zu befürchten find. Was das Privatholz anbetrifft, so wiffen Sie, mit welchen Umftandlichkeiten ein folder Holzschlag verbunden ift. Die Schläge werden öffentlich publizirt. Jeder kann Ginspruch erheben, welcher glaubt, der Holzschlag sei für ihn von schädlichen Folgen begleitet. Dann wird die Sache durch das Kreisforstamt nntersucht; dessen Bericht geht an das Regierungsstatt-halteramt und von da, mit den Bemerkungen des Re-gierungsstatthalters, an die Forstdirektion, und es wird kein Holzschlag bewilligt, der nicht einstimmig empsohlen wird. Run frage ich: Mein Liebchen, was willst du noch mehr? Ich glaube nicht, daß in einem andern Schweizer= fanton eine eben folche Wachsamkeit ausgeübt wird und barüber hinaus fann man nach meinem Dafürhalten bem Staate keine weitere Berantwortlichkeit zumuthen.

Wenn herr Flückiger behauptet, es sei eine Raubwirthschaft eingetreten, so glaube ich ihm mit Zahlen nachweisen könne, daß er sich im Irrthum befindet. Wir haben drei Kategorien von Waldungen: Staatswaldungen,

Gemeinde- und Korporationswaldungen und Brivatwaldungen. Was die Staatswaldungen betrifft, die etwas zu 11,000 Hektaren bedecken, mit einem Schatzungswerth von nahezu 14 Millionen Fr. (13,767,746) so existiren seit 15 Jahren Wirthschaftspläne. Dieselben find vom Forstpersonal aufgestellt und vom Großen Rathe am 11. Mai 1877 fanttionirt worden. In diesen Plänen wird der nachhaltige Ertrag der Hauptnutzung auf 45-46,000 Festmeter fest-Dieses Quantum wird ganz genau eingehalten. Wenn Sie die letten 5 Jahre betrachten und Vergleichungen anstellen, so werden Sie finden, daß die Schwankungen zwischen Unter= und Uebernutzung so klein find, daß es nicht der Rede werth ift. Es kann vorkommen, daß in einem Forstkreis in einem Jahr etwas mehr geschlagen wird; dafür wird der Wald dann in einem andern Jahr etwas weniger genutt, und fo gleicht fich die Sache vollständig aus. Sollte aber auch eine Uebernutzung stattge= funden haben, so wäre auch das nicht so schlimm; denn die Abrechnung über die Nutungen foll alle 10 Jahre erfolgen und bann wird es sich zeigen, ob der Staat mehr als 450,000-460,000 Festmeter genutt hat oder nicht. Wenn kleine Schwankungen vorkommen, so find sie gewöhnlich auf Naturereignisse zurückzuführen. Bei einem großen Windfall z B. gibt es eine Störung in der Nutzung, die aber in den nächsten Jahren wieder aus= geglichen wird. Ich muß also die Zumuthung, daß in den Staatswaldungen Raubwirthschaft getrieben werde, entschieden zurückweisen. Die Nugung wird nicht über-trieben und wenn sie auch periodisch überschritten wird, so hat der Regierungsrath das volle Recht dazu, da Sie unterm 11. Mai 1877 demselben den Auftrag ertheilten, er solle nicht mechanisch Jahr für Jahr das bestimmte Holzquantum schlagen, sondern bei den Schlägen die finanziellen und Handelsverhältnisse berücksichtigen, d. h. er folle die Holzschläge wenn nöthig von einem Wald nach einem andern verlegen, wo das Holz theurer abge= setzt werden könne. Von diesem Auftrag wurde ziemlicher Gebrauch gemacht und es ift die merkwürdige Ericheinung zu Tage getreten, daß fich die Verhältniffe nach und nach wieder vollständig ausgeglichen haben. Wenn am einen Orte einmal keine Nachfrage herrscht, so stellt sich dieselbe in der Regel im folgenden Jahre wieder ein; für den Staat aber erwächst aus diesem System eine bedeutende Er= höhung der Holzrente. Während früher die büdgetirten Ansätze nicht erreicht wurden, sind in den letzten Jahren über das Büdget hinaus noch circa Fr. 61,000 rein in die Staatskasse gefloßen, wozu noch Fr. 218,730 vor= räthiges Geld im Conto Corrent in der Staatskasse ver= fügbar sind und zwar ist alles das erzielt worden, ohne den nachhaltigen Ertrag zu überschreiten.

Was die Gemeinde- und Korporationswaldungen betrifft, so will ich auch hier Herrn Flückiger mathematisch nachweisen, daß der nachhaltige Ruben nicht überschritten wurde. Für die größern Waldungen bestehen Wirthschaftspläne und zusem stehen dieselben unter der Aufsicht von Kreisförstern. Diesenigen Gemeinden, die keine Wirthschaftspläne haben, besitzen Schahungen über den nachhaltigen Ertrag, und es bildet derselbe von sämmtlichen Gemeindes und Korporationswaldungen des Kantons einen Abgabesat von 285,050 Festmeter. Im Jahre 1888 wurden 290,970 Festmeter geschlagen; es sand also eine Nebernuhung um 4920 Festmeter statt. Woher kommt diese? Ich kann Ihnen das mittheilen. Es kommt häusig vor, daß Gemeinden, namentlich im Jura, im Falle sind, große Ause

gaben zu machen für Schulhausbauten, Stragen= und Brückenbauten, Hydrantenanlagen u. f. w. In diefem Falle tommt es oft vor, daß die Gemeinden das Gefuch ftellen, man möchte Ihnen einen außerordentlichen Holzschlag bewilligen. Ich frage nun: Ift es angezeigt, daß die Regierung folchen Gemeinden in den Weg tritt und ihnen die ohnehin schwierige Lage noch verschlimmert, ihnen in der Ausführung der durch staatliche Gesetze vorge= schriebenen Ausführung öffentlicher, im allgemeinen Interesse liegenden und zu lösenden Aufgaben noch Schwierigkeiten bereitet? Ich glaube nein, sondern halte dafür, man solle es ihnen ermöglichen, ihre Bedürfniffe zu befriedigen. Diese Bewilligungen werden aber immer mit großer Reserve ertheilt. Es wird immer zur Bedingung gemacht, daß das Kreisforstamt das zu schlagende Holz selbst anzeichne und daß bie vermehrte Holzabgabe in den nächsten Jahren wieder eingebracht werden solle. Ich glaube, unter dieser Reserve sei es angezeigt, den Gemeinden entgegen= zukommen, um fo mehr, als die llebernutung im Berhältniß zum ganzen Abgabefat fehr klein ift und in den nächsten Jahren wieder eingebracht wird.

In den Privatwaldungen endlich ist die Kontrolle allerdings am wenigsten intensiv und hat man in Bezug auf dieselben am wenigsten sichere Unhaltspuntte. Sie wiffen, daß Private in ihren Waldungen zum eigenen Gebrauch Holz schlagen können nach Belieben und daß eine Kontrolle sehr schwierig ist. Ich will daher zugeben, daß hier Miggriffe stattfinden konnen; aber ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, die Kontrolle weiter auszudehnen. Ich gebezu, daß namentlich in den Rechtfame= waldungen Schläge stattgefunden haben, die nicht vom Guten find. Man fann bafür aber weder die Regierung noch den Großen Rath verantwortlich machen. eben ein großer Fehler, daß diese Wälder vertheilt wurden; benn der Wald eignet fich nicht zur Bewirthschaftung in fleinen Komplegen. Warum hat man diese Wälder parzellirt und den Einzelnen Privatrechte eingeräumt, fodaß fie nach Gutfinden Schläge vornehmen können! In Bezug auf diese Waldungen muß ich daher jede Verantwortlich= feit ablehnen; diejenigen mögen die Berantwortung tragen, welche den Mißgriff thaten.

Wenn endlich herr Flückiger die Holzschläge berührte, die von den Burgergemeinden anläßlich der Verfassungserevisionskampagne gemacht wurden, so ist zu bemerken, daß die Regierung gegenüber den betreffenden Gemeinden manchen bittern Strauß auszukämpfen hatte, und eskönnen diese Holzschläge jedenfalls weder der Regierung, noch der Forstdirektion auf's Kerbholz geschrieben werden.

In Summa summarum muß ich die Fragen des Herrn Flückiger folgendermaßen beantworten: In Betreff des Papierholzes follen allerdings Kahlschläge möglichst vermieden werden, ganz ausschließen kann man sie aber nicht für alle Fälle. Bezüglich der forstpolizeilichen Borschriften halte ich dafür, dieselben werden, soweit es gesichehen kann, gehandhabt und es werde das gethan, was Gesete und Verordnungen verlangen. Was den Vorwurf der Kaubwirthschaft anbetrifft, so muß ich dagegen protestiren; eine solche sindet im Kanton Bern glücklicherweise nicht statt.

Flückiger verlangt das Wort.

Präsident. Nach dem Reglement findet keine Dis=

Flückiger. Ich möchte doch wenigstens erklären, daß mich die Antwort des Herrn Forstdirektors in der Hauptfache nicht befriedigt. Ich wäre im Falle gewesen, gründliche Widerlegungen vorzubringen.

Die Interpellation ift damit erledigt.

Un Stelle des abwesenden Herrn Voisin wird auf Antrag des Präsidiums als provisorischer Stimmenzähler Berr Großrath Weber (Biel) bezeichnet.

Nachkreditbegehren für die Domänendirektion.

Der Regierungsrath beantragt pro 1889 die Bewilligung folgender Nachkredite: Rubrik XVI B 1, Kulturarbeiten und Ber-Fr. 2715 befferungen XVI B 4, Kauf= und Berpachtungs= tosten 7060 XXIII A 3, Jago, Auffichts= und Bezugskoften . Total Fr. 11,301

Ohne Bemerkung bewilligt.

Defretsentwurf

betreffend

die Organisation der evangelisch=reformirten Rantonsinnode.

(Siehe Nummer 12 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rathes von 1890.)

Auf Antrag des Präfidiums wird beschloffen, das Defret in globo zu behandeln.

Schär, Kirchendirektor, Berichterstatter des Regie= rierungsraths. Es liegt Ihnen der Entwurf eines Defrets vor, das eigentlich mehr eine Abanderung bes bisherigen Detrets betreffend die Organisation der evangelisch=re= formirten Kantonssynode, vom Jahr 1874, ist. Die Vorlage wurde nöthig infolge der letzten Volkszählung und der veränderten Bevölkerungsziffern der Kirchgemeinden. Der § 45 des Kirchengesetzes schreibt vor, daß auf je 3000 Seelen ein Abgeordneter zu wählen sei und bei Bruckschlen über 1500 ein meitarer Abgeordneter Bruchzahlen über 1500 ein weiterer Abgeordneter. vinazanzen nver 1500 ein weiterer Abgeordneter. Insfolge dessen erlitt das Dekret von 1874 bereits zwei Abschaften änderungen. Die erste fand statt im Jahre 1882 infolge der Volkszählung von 1880, indem die Zahl der Ab-

geordneten auf 158 fixirt wurde, während nach dem ur= sprünglichen Dekret nur 146 Abgeordnete zu wählen waren. Im übrigen blieb das Defret unverändert. Eine zweite Abänderung fand im Jahre 1886 statt, veranlaßt durch die Abtrennung der Kirchgemeinde Urfenbach vom Umt Wangen und Zutheilung derselben zum Amt Aarwangen. Infolge deffen wurde Urfenbach vom Wahlkreise Berzogenbuchsee abgetrennt und zum Wahltreise Rohrbach geschlagen, was zur Folge hatte, daß Herzogenbuchsee einen Vertreter weniger in die Synode zu entsenden hatte, während für Rohrbach die Vertreterzahl die gleiche blieb. Gleichzeitig mit dieser Abanderung fand noch eine fernere ftatt, indem die Gemeinde Bernisch=Messen, die im ursprünglichen Defret zum Wahlfreis Bätterkinden gehörte, zum Wahlkreis Bucheggberg geschlagen wurde. Es wurde nämlich auf Grund des Kirchengesetzes zwischen den Ständen Bern und Solothurn eine Uebereinkunft abgeschloffen betreffend die kirchlichen Verhältnisse des Bucheggberges und der reformirten Pfarrei Solothurn. 3m Urt. 2 diefer Uebereinkunft wurde festgestellt, es werden zwei Bahlfreife gebildet, nämlich Bucheggberg - umfassend Bernisch= und Solothurnisch=Messen, Ber= nisch= und Solothurnisch=Oberwyl, Aetigen und Lüßligen — und Solothurn, letzteres bestehend aus der reformirten Pfarrei Solothurn und den zerstreuten Protestanten der Aemter Solothurn-Lebern und Kriegstetten. Trot dieser llebereinkunft wurde der Beränderung in der Zutheilung zu den Wahlkreisen keine Rechnung getragen bis jum Erlaß bes ermähnten Defrets von 1886; denn obschon nach der Uebereinkunft Bernisch=Messen und Bernisch= Oberwyl zum Wahlfreise Bucheggberg gehören, verblieben fie bei ihren ursprünglichen Wahltreisen Büren und Bätterkinden. Im Jahre 1886 wurde dann Bernisch= Meffen von Bätterkinden abgetrennt und zum Wahlkreise Bucheggberg geschlagen. Das vorliegende Dekret nun trägt der Uebereinkunft zwischen Bern und Solothurn in der Weise Rechnung, daß in demselben die beiden solothur= nischen Wahlfreise Bucheggberg und Solothurn aufgeführt und die Gemeinden der Nebereinkunft entsprechend dazu eingetheilt werden. Die Zahl der Wahlfreise wird also um zwei vermehrt und steigt von 56 auf 58. Die Bahl der Bertreter erleidet feine große Beränderung.

Von der Kommission wird zum Art. 2 des Entwurfs ein Zusat beantragt. Dieser Artifel bestimmt : "Bahlbar in die Landessynode ist jeder an der Kirchgemeinde= versammlung Stimmberechtigte (Kirchengeset § 8), der das 23. Altersjahr zurückgelegt hat." Run ift in der Ueber= einkunft mit Solothurn bestimmt, daß die Stimmberech= tigung und Wählbarkeit sich nach den betreffenden kantona= len Gesetzen zu richten habe. Da nun nicht klar ist, ob Solo= thurn, was die Wählbarkeit anbetrifft, die gleichen Bor= schriften besitzt, wie der Kanton Bern, so glaubte die Kommission, es dürfte angezeigt sein, dem Art. 2 noch folgenden Zufat beizufügen: "Für die Stimmberechtigung und Wählbarkeit der Abgeordneten der Wahlkreife Buchegg= berg und Solothurn wird auf die Nebereinkunft zwischen Bern und Solothurn, vom 17. hornung 1875, hingewiesen." Dieser Zusatz wird vom Regierungsrath acceptirt.

Bu bemerken ist noch, daß das zweite Alinea des Art. 2 des frühern Dekrets weggelassen wurde. Dieses Alinea schrieb vor, daß der Regierungsrath die nöthigen Bollziehungsverordnungen zu erlaffen habe. Nachdem alles in dieser Beziehung Erforderliche gethan wurde, ift diese Bestimmung nicht mehr nöthig.

Weitere Bemerkungen habe ich nicht zu machen. Ich empfehle Ihnen das Dekret zur Annahme.

Präsibent. Herr Andreas Schmid, der Berichterstatter der Kommission gewesen wäre, ist leider vershindert, der Sitzung beizuwohnen. Er hat jedoch erklärt, daß die Kommission, mit Ausnahme des von Herrn Regierungsrath Schär angeführten und von der Regierung acceptirten Zusatzs, mit dem Dekret einverstanden sei.

Leuch. Ich sehe mich veranlaßt, zu diesem Dekrets= entwurf einige Bemerkungen zu machen. Dieselben betreffen den Wahlkreis Bätterkinden, der gegenwärtig aus den Kirchgemeinden Bätterkinden, Utenstorf und Limpach gebildet wird und bis zum Abschluß der Uebereinkunft mit Solothurn auch Bernisch=Messen umfaßte. Die Seelen= gahl war in den drei Gemeinden genügend groß, um zur Wahl von zwei Synodalen berechtigt zu fein. Nach der neuen Volkszählung jedoch find 124 Seelen zu wenig. Früher hatte der Wahlkreis daher kein großes Interesse, gegen die Lostrennung von Bernisch=Meffen und deffen Butheilung zum Bahlkreise Bucheggberg zu proteftiren. Fest jedoch ist die Frage eine etwas andere. Würde Bernisch-Messen mit einer Seelenzahl von 1103 beim alten Wahlfreis verbleiben, so würde dies demfelben die Berechtigung geben, zwei Synodalen nach Bern zu schicken, und ich sehe nicht ein, wie man dazu kommt, bernische Gemeinden, die mit einem bernischen Großrathswahlfreis verbunden find und einen felbständigen Civilstandstreis bilden, loszutrennen, um folothurnischen Gemeinden eine größere Bertretung in einer kantonalen bernischen Behörde zu verschaffen. Ich weiß wohl, daß es nicht leicht ift, mit den Solothurnern Verträge abzuschließen, indem fie von dem, was fie einmal von Seite Berns erhalten haben, nicht gerne etwas opfern. Aber ich glaube doch, man follte die im Jahre 1875 abgeschloffene Ueberein= fanft künden oder dann wenigstens darauf dringen, daß sie auch von Solothurn voll und ganz gehandhabt wird. Ganz speziell ist im Art. 2 gefagt: "Hinsichtlich der Zahl der in jedem diefer Wahlfreise zu mahlenden Abgeordneten, ihrer Amtsbauer und des Berfahrens bei den daherigen Wahlen, incl. der Prüfung der Gültigkeit der= selben, gelten die Bestimmungen der jeweiligen bernischen Das bernische Kirchengeset schreibt vor, daß firchgemeindeweise gewählt werden soll. In Solothurn aber will man von firchgemeindeweifen Wahlen nichts wiffen, sondern man wählt einwohnergemeindeweise, zählt die Wahlergebnisse zusammen und gibt das Resultat als dasjenige der Kirchgemeinde aus. Ich glaube daher, man follte diese Nebereinkunft kunden und bis zur Ersetzung der= selben durch eine andere Bernisch=Messen wieder mit dem frühern Wahlkreise vereinigen. Will man nicht kunden, so jage man: Bernisch-Messen bleibt so lange mit dem Wahlkreise Bätterkinden verbunden, als seitens Solo= thurns der Uebereinkunft nicht in allen Theilen nachge= lebt wird. Ich möchte deshalb einen Zusag vorschlagen, dahingehend, daß bie Gemeinde Bernisch-Meffen beim Wahlkreise Bätterkinden verbleibe bis und so lange Solo= thurn der Uebereinkunft nicht voll und ganz nachlebe.

Schär, Kirchendirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich bin im Falle, auf den Antrag des Herrn Leuch einige Worte zu erwidern. Die Uebereinkunft zwischen Bern und Solothurn, vom 17. Hornung 1875, bestimmt in Art. 2: "Behufs der Wahl der Abgeordneten

an die bernische Kantonssynode werden zwei Wahlkreise gebildet: 1. der Bucheggberg, bestehend aus den Kirch= gemeinden Meffen (bernisch=solothurnisch), Oberwyl (ber= nisch=solothurnisch), Aetigen (folothurnisch) und Lüßligen (solothurnisch); 2. Solothurn, bestehend aus der refor= mirten Pfarrei Solothurn und den zerstreuten Protestanten in den Aemtern Solothurn=Lebern und Ariegstetten." Es ist also hier klar ausgesprochen, was für bernische Gemeinden zum Wahlfreise Buchegg gehören, und der Große Rath hat unterm 25. September 1875 biese Ueber= einkunft genehmigt. Was den Modus der Stimmabgabe betrifft, so ist allerdings gesagt, daß sich dieselbe nach den bernischen Gesetzen zu richten habe. Allein die Ueber= einkunft von 1875 erhielt unterm 20. August 1884 einen Nachtrag, der dahin geht, die Uebereinkunft erhalte folgenden Zusatzartikel: "Bei Wahlen versammelten sich die Stimmberechtigten gemeindeweise. Die Resultate werden auf das Büreau jener Gemeinde gebracht, in welcher die Rirche fich befindet, und bort zusammengestellt." Diefer Nachtrag wurde nöthig, weil in Solothurn eben gemeinde= weise abgestimmt wird, und der Regierungsrath glaubte, diesem Umstande Rechnung tragen zu muffen. Budem ge= hört ja ohnedies Bernisch-Meffen von Alters her zu ber Rirchgemeinde Meffen und wird in der Synode gleich= wohl vertreten sein. Es läßt sich hier also nicht wohl etwas ändern. Etwas anderes wäre es mit einer Abande= rung der Uebereinkunft und es ist auch schon hinsichtlich anderer Punkte eine solche besprochen worden. Allein eine Abänderung kann im gegenwärtigen Augenblick hier nicht zur Sprache kommen; denn der Abschluß einer solchen Uebereinkunft geht nicht so rasch und schnell vor sich, sondern nimmt ziemlich viel Zeit in Anspruch. Nun ist im Kirchengesetz vorgeschrieben, daß die Synodalwahlen alle vier Jahre stattfinden sollen, und es find im nächsten Herbst die Neuwahlen zu treffen. Man konnte baher, auch wenn eine Revision der Uebereinkunft beschloffen werden follte, dem Wunsche des Herrn Leuch vor den nächsten Synodalwahlen nicht Rechnung tragen. Ich möchte daher fehr davor warnen, dadurch einen Bruch in die Uebereinkunft zu machen, daß man die bernischen Gemeinden, so acceptabel die Sache auf den ersten Moment erscheint, vom Wahlkreise Bucheggberg abtrennen würde.

Abstimmung.

Beschluß-Entwurf

betreffend

Förderung der Hagelversicherung.

(Siehe die Nummern 7 und 18 der Beilagen zum Tagblatt des Großes Rathes von 1890.) .

Eintretensfrage.

v. Steigr, Direktor des Innnern, Berichterstatter des Regierungsraths. In Anbetracht der vorgerückten

Zeit will ich Sie nicht mit langen Exöxterungen aufhalten. Der Gegenstand, um welchen es sich handelt, ift Ihnen bekannt. Es handelt sich um die Frage, ob der Ranton Bern für das Jahr 1890 einen Kredit von Fr. 15,000 zur Förderung der Hagelversicherung bewilligen will. Diese Frage wurde unmittelbar veranlaßt durch ben Bun= desbeschluß vom 6. April 1889, wonach der Bund den= jenigen Kantonen, die zur Förderung der Hagelversiche= rung eine bestimmte Summe ausrichten, eine Subvention verabfolgt, die bis zur Sohe des kantonalen Beitrags gehen fann. Sie feben alfo, daß der Bund nicht darauf eintrat, eine bestimmte hagelversicherungsgesellschaft zu unterftügen, wie das feit mehreren Jahren anbegehrt wurde. Er konnte dies der Konsequenz halber nicht thun, indem er bei allen Unterstützungen, die feit einigen Jahren zur Sebung der Landwirthschaft oder des Gewerbes ver= abfolgt wurden, niemals Privatunternehmungen als solche subventionirt hat, sondern nur den Anstrengungen der Rantone, also den offiziellen Bemühungen, seine Gulfe angebeihen läßt. Der Bund will auch nicht dirett in irgend einer Weise in das hagelversicherungswesen ein= greifen. Er frägt nicht darnach, wer die Bersicherungen aufnimmt, ob eine Gesellschaft da ist oder mehrere, sondern er halt fich einfach an die Kantone und fagt: Wenn ein Kanton es im Interesse seiner Landwirthschaft für nöthig erachtet, die Hagelversicherung mehr zu verbreiten, so soll er in dieser Bemühung vom Bunde unterstügt werden.

Diefer Bundesbeschluß vom 6. April 1889 hat nun natürlich den Kantonen die Nothwendigkeit auferlegt, sich in Sachen schlüffig zu machen, und es fanden zu dem Zwecke zwischen 13 Kantonen, die in dieser Frage haupt= fächlich intereffirt find, im letten Sommer und Berbst Delegirtenbesprechungen statt, die nicht gerade in allen Punften Uebereinstimmung erzielten, aber boch wenigstens hinsichtlich der hauptsächlichen Berwendung der Beiträge einige Klarheit herbeiführten. Ich wiederhole: Es handelt fich um die Förderung der Hagelversicherung als folcher, b. h. nicht um eine Unterstützung einzelner Gesellschaften, noch auch um eine Unterstützung der Versicherten, die nur diesen momentan zu Gute fame, im weitern aber die Berficherung nicht verbreiten würde, sondern der Zweck, den der Bund im Auge hat und den die Kantone verfolgen follen, ift der, der Berficherung möglichst große Berbreitung zu schaffen. Das war ja die Hauptklage, namentlich in den verstoffenen, sehr hagelreichen 80er Jahren, daß fich so wenig Betheiligung an der Verfiche= rung zeige. Sie ist in den letten Jahren sogar stark zurudgegangen. Sie war größer zur Zeit, wo außer ber schweizerischen Hagelversicherungsgesellschaft auch noch die Magdeburger-Gesellschaft in der Schweiz arbeitete, indem damals eine Beit lang die Hagelversicherungen im Kan-ton Bern allein beinahe so viel betrugen, als vor etwa zwei Jahren der Bestand der schweizerischen Gesellschaft in der ganzen Schweiz. Dieser Rückgang hatte zwei Ursfachen. Einmal die, daß die Magdeburger-Gesellschaft infolge einer ziemlich gichtigen Konkurrenz mit der schweizerischen Gesellschaft sich zurückzog, und es ist eine allzemeine Erfahrung, daß wenn keine Konkurrenz vorhanden ift, sich viel weniger Thätigkeit entwickelt und weniger Eifer auf das Gewinnen von Versicherungen verwendet wird. Eine zweite Urfache des Rückgangs waren die schweren Hageljahre zu Anfang des verfloffenen Jahr= zehnts. Man follte glauben, diese schweren Sageljahre hätten die Leute eben gerade zur Versicherung veranlassen

follen. Allein diese Jahre hatten auf der andern Seite eine fehr ftarke Steigerung der Bersicherungsprämien zur Folge, und es mußten von den Bersicherten hohe Nachschüffe bezogen werden. Für viele Gegenden fand eine Erhöhung der Prämien statt, ja 41 bernische, eine größere Anzahl luzernische und einige zurcherische Gemeinden wurden fogar ausgeschloffen, d. h. es wurden in denselben feine neuen Versicherungen mehr abgeschloffen. Aus diefen Gründen fand die Hagelversicherung nicht nur nicht größere Berbreitung, sondern ging noch zurud. Es entsteht nun die Frage: Rann man nicht etwas thun, um wieder eine größere

Theilnahme zu wecken?

Die Frage, ob es berechtigt fei, von Seite des Staates eine finanzielle Subvention eintreten zu lassen, ist schon hie und da aufgeworfen und nicht immer bejaht worden. Man fragte sich, ob es nicht unbillig gegenüber ben andern Burgern fei, wenn man nur speziell für das Hagelversicherungswesen eine Subvention ausrichte, namentlich gegenüber andern Bürgern, welche nicht im Falle sind, vom Hagel heimgesucht zu werden, wohl aber vielleicht von andern Naturschäden, wie Waffer= größen, Froft und dgl. landwirthschaftlichen Schädigungen, gegen die der Mensch ohnmächtig dasteht. Ich glaube aber, es sei doch nicht schwer, die Unterstützung der Hagel-versicherung zu rechtsertigen. Sobald für ein Gemeinwesen irgend ein Nebelstand eine so große Tragweite erhalten hat, daß er in erheblichen Mage auf die allgemeine Wohlfahrt einwirkt, auch wenn es nicht gerade den ganzen Kanton betrifft, ift es Aufgabe des Staates, gegenüber diesem Nebelftand seine schützenden Magregeln zu ergreifen. Man hat es immer so gehalten. Wenn einzelne Gegenden von Wasserwerheerungen bedroht sind, so werden Kor= rektionen und Verbauungen gemacht, Werke, welche den andern Gegenden, die nicht bedroht find, direkt auch nichts nüten. Allein man fagt fich, die Sache fei für einen Theil unseres Gemeinwesens so wichtig, daß der Staat wohl eingreifen und dafür ein Opfer bringen dürfe. Man bringt Opfer für bestimmte Produktionsbe= ftrebungen des Landes, zur Hebung der Biehzucht, der Pferdezucht u. f. w., und auf der andern Seite auch zur hebung des gewerblichen Bildungswesens, alles Zwecke, Die für sich auch nicht direkt dem ganzen Lande Nuten bringen, die aber doch eine solche Tragweite haben, daß die ge= meinsame Wohlfahrt dadurch beeinflußt wird. Ich glaube nun, aus dem gleichen Grunde folle der Kanton Bern es nicht von der hand weisen, wenigstens den Versuch zu machen, der mangelhaften Betheiligung an der Sagel= versicherung dadurch abzuhelfen, daß er, unterstützt vom Bunde subventionirend eingreift. Es handelt fich alfo, wie ich betone, um einen Versuch. Auch die Bundes= versammlung hat die Sache so aufgefaßt, indem sie den Bundesrath nur für drei Jahre ermächtigte, den Kanstonen Beiträge zu verabfolgen. Nach Ablauf dieser drei Jahre soll es sich dann zeigen, ob die Opfer von Bund und Kantonen etwas nüßen. Werden sich die Landwirthe nicht in erheblich stärkerem Maße betheiligen, so wird ber Bund nach drei Jahren keine Subvention mehr aus= richten. Die Kantone muffen nun bei diesem Versuch vorangehen, und es scheint mir, es liege nicht zum mindeften in der Aufgabe des Kantons Bern, diefen Bersuch zu machen. Aus der bernischen Bevölkerung find seit Jahren Begehren in diesem Sinne an die Behörden, speziell die Bundesbehörden, abgegangen. Andere Kantone, wie Zürich, Luzern, Aargau, Schaffhausen, Thurgau, haben

in dieser Beziehung ihre Beschlüsse bereits gefaßt. Ich beantrage Ihnen deshalb, auf die Vorlage einzutreten, indem ich mir nähere Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln noch vorbehalte.

Bühlmann, Berichterstatter der Rommiffion. Die Frage der Hagelversicherung ist schon seit bald 70 Jahren eine brennende und dennoch muffen wir gestehen, daß wir in den 70 Jahren noch auf keinen grünen Zweig gekommen find. Die erste Anregung zur Bilbung einer gegenseitigen Hagelversicherungsgesellschaft gab ein kolos= sales Hochgewitter vom 30. Juni 1824, das einzig im Kanton Aargau einen Schaden von 1½ Millionen verursachte. Damals tauchte die Frage auf, ob es nicht zwedmäßig wäre, eine gegenseitige Versicherungsgesell= schaft zu gründen und in der That wurde auf die Ini= tiative Berns und des Rathsherrn v. Lerber hin eine Gefell= schaft, an der fich die Kantone Bern, Luzern und Freiburg betheiligten, in's Leben gerufen, die während 30 Jahren ziemlich gut funktionirte. Ein Fehler der Gesellschaft war, daß fie fixe Prämien hatte, in der 1. Klaffe 1 %, in der zweiten 2 %, und ferner die Nachschüffe nicht mehr als bas Doppelte der Borprämien betragen durften. Infolge deffen konnte die Gesellschaft die Schäben nicht ganz bezahlen, sondern nur 80 % und später fogar nur 60 % ausrichten. Infolge deffen trat Luzern aus, Frei-burg folgte. So blieb nur noch Bern und nach circa 30 Jahren mußte die Gesellschaft den Geschäftsbetrieb ein= stellen. Luzern gründete nun eine besondere Gesellschaft mit der merkwürdigen Bestimmung, daß nur eine Rlaffe gebildet werde und feine Nachschüffe bezahlt werden muffen. Selbstverständlich ging auch diese Gesellschaft zu Grunde, und ahnlich ging es in Freiburg, wo ebenfalls eine besondere Kaffe gegründet worden war. Von den 50er Jahren an arbeiteten in der Schweiz nur noch fremde Gesellschaften. Namentlich wirkte die Magdeburger-Gesell= schaft sehr wohlthätig, die jedoch durch die kolossalen Hagelschläge der 70er Jahre und die Konkurrenz der neuen schweizerischen Hagelversicherungsgesellschaft aus der Schweiz vertrieben wurde. Die erste schweizerische Gesellschaft vergütete in den ersten 10 Jahren nicht weniger als Fr. 831,000 und die Magdeburger-Gesellschaft bezahlte in den Jahren 1860—1870 die Summe von Fr. 429,000 aus, Summen, welche zeigen, daß das Bedürfniß nach einer Hagelversicherung vorhanden ift. Es beweist dies auch bie gegenwärtige schweizerische Gesellschaft, die zur Stunde einzig Verficherungen aufnimmt, mit Ausnahme einer tleinen neuenburgischen Gefellschaft, die fpeziell in Rebenverficherungen macht.

Die gegenwärtige schweizerische Hagelversicherungsgesellschaft machte sehr schlimme Ersahrungen, speziell im
Kanton Bern. Sie wissen, daß wir in den letten 20
Jahren namentlich in den Aemtern Seftigen, Konolsingen und Signau bedeutende Hagelschläge hatten, die
dos Ergebniß des Kantons Bern zu einem sehr ungünftigen machten. In den Jahren 1880—1889 betrug
die gesammte Prämienzahlung des Kantons Bern Fr.
409,324, während er an Schadenvergütung Fr. 570,500
bezog, oder rund Fr. 160,000 mehr, als er Prämien bezahlte, d. h. während die Prämie Fr. 1. 50 vom Hunbert Bersicherungskapital betrug, machte die Schadenvergütung Fr. 2. 08 vom Hundert aus. Die betreffenden
Schäden vertheilten sich zudem auf einzelne wenige Gegenden, und es wurden von der Gesellschaft 41 gefähr-

liche Gemeinden aufgestellt, die nun seit einer Reihe von Jahren anders behandelt werden, als die übrigen. Die Berficherungssumme in diesen 41 Gemeinden betrug in den Jahren 1880-1889 Fr. 5,340,000; an Prämien wurden bezahlt Fr. 123,000 und der vergütete Schaben belief fich auf Fr. 350,000, während alle übrigen ber= nischen Gemeinden mit zusammen Fr. 21,946,000 ver= sichert waren, eine Prämie von Fr. 286,000 bezahlten, an Schadenvergütung aber nur Fr. 220,000 erhielten. 5 Millionen Versicherungskapital empfingen also einer= feits an Schadenersat Fr. 350,000, mahrend anderseits nahezu 22 Millionen Versicherungssumme nur Fr. 220,000 erhielten. In Prozenten ausgedrückt ergibt sich in der gefährlichern Klasse eine Prämie von 2,30 % und eine Schadenvergütung von 6,56 %, in der weniger gefährslichen Klasse eine Prämie von 1,30 % und eine Schadensvergütung von 1 %. Diese sehr verschiedenen Verhältnisse führten dazu, daß die neue schweizerische Hagelversiches rungsgesellschaft das Versicherungswesen so gestaltete, daß in den gefährlichften Gemeinden neue Berficherungen nicht mehr aufgenommen werden. Für andere Gemeinden wurde ein Maximum der Versicherungssumme festgestellt und zudem die Prämie so enorm erhöht — bis auf 7 % daß es fast nicht mehr möglich war, zu versichern. In= folge dieser ausnahmsweisen Behandlung trat im Kanton Bern ein bedeutender Rückgang der Berficherungen ein. In den besten Zeiten betrug die Bersicherungssumme im Kanton Bern über 5 Millionen Franken, während fie im Jahre 1889 sich nur noch auf 2,448,000 Fr. belief, also um mehr als die Hälfte zurückging. Namentlich in den gefähr= lichen Gegenden war der Rückgang ein ganz enormer, indem im Jahre 1889 nur noch über 184,000 Fr. Versicherungen bestunden, während diese Gegenden die Berficherung gerade am nöthigsten gehabt hatten. Die Grunde diefes Rückganges find vom Herrn Vorredner bereits angeführt worden. Sie liegen einerseits in den großen Nachschüffen, die bezahlt werden mußten und anderseits in den hohen Prämien für einzelne Gemeinden und in der landwirth= schaftlichen Krifis überhaupt, die es dem Landwirthe nicht erlaubt, nach allen Richtungen hin möglichen Unglücks= fällen auf dem Wege der Versicherung vorzubeugen. Man sagte sich deshalb, es sei durchaus am Plate, daß der Staat eingreife und den Versuch mache, die Frage der Hagelversicherung, nachdem man nun während 70 Jahren auf dem Wege der Freiwilligkeit und Gegenseitigkeit vorzugehen suchte, auf einen bessern Boden zu stellen. Man fand, es könne dies dadurch geschehen, daß der Staat finanziell eingreife und dadurch die Leiftung ber Bersicherten zu reduziren suche. Man glaubt, es werde das zur Folge haben, daß eine größere Zahl Versicherungen abgeschlossen werden, so daß das Kapital, auf welches sich die Schaden vertheilen, ein größeres ift, mas zur Folge hat, daß die Prämien verringert und Nachschüffe vermieden werden können. Ich halte dafür, es sei nicht nöthig, den Nachweis zu leisten, daß es für den Kanton Bern angezeigt ist, dieser staatlichen Hülfe sich anzuschließen. Nachdem der Bund beschlossen hat, zur Förderung der Hagelverssicherung einen bestimmten Kredit in's Büdget aufzunehmen, der für das Jahr 1890 auf 50,000 Fr. normirt ist, unter der Bedingung, daß die subventionirten Kan-tone einen gleich hohen Beitrag verabfolgen, kann es nach meinem Dafürhalten für ben Kanton Bern keine Frage fein, daß er in Sachen etwas thun muß. Ich glaube deshalb, es sei durchaus am Plat, auf die Vorlage des Regierungsrathes einzutreten und für 1890 einen Kredit von 15,000 Fr. in's Büdget aufzunehmen, um den Versuch zu machen, auf diesem Wege der staatlichen Förderung der Hagelversicherung dieselbe auf einen etwas bessern Voden zu bringen. Ich beantrage also nämens der Kommission ebenfalls, auf den Beschlussesentwurf einzutreten.

Das Eintreten wird beschloffen.

Art. 1.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter bes Regierungsraths. Sie werden zunächst wohl fragen, wie man auf die Summe von 15,000 Fr. gekommen fei. Es ging das folgendermagen ju. Nachdem der Bund in Aussicht genommen, zur Förderung der Hagelversicherung jährlich ungefähr 50,000 Fr. zu verwenden - ber Befclug lautet zwar nicht bindend und nach Bedürfniß könnte auch mehr verwendet werden — wurde in der im Eingangsrapport erwähnten Besprechung zwischen ben Kantonsabgeordneten eine Vertheilung vorgenommen, nach welcher auf den Kanton Bern ungefähr 15,000 Fr. ent= fallen. Auch die andern Kantone haben sich, soweit sie in Sachen schon gesprochen haben, ungefähr an diese vereinbarte Vertheilungsstala gehalten. Da bis zur Büdgetberathung, im letten Dezember, die Vorarbeiten noch nicht genügend weit gediehen waren, und namentlich seitens der Regierung die Angelegenheit noch nicht ge-nügend geprüft werden konnte, so nahm auch das Büdget auf diese Subvention noch teine Rucksicht. Dies ist der Grund, weshalb nun um einen Rredit bon 15,000 Fr., in Form eines Nachfredits, nachgesucht wird und zwar auf der Rubrik IX L 7. Es betrifft diese Rubrik die Abtheilung Landwirthschaft. Wenn heute gleichwohl der Direktor des Innern und nicht derjenige der Landwirth= schaft die Sache hier vertritt, so hat das seinen Grund darin, daß das gesammte Versicherungswesen bis dahin unter der Direktion des Innern verblieb. Es find des= halb die einleitenden Schritte zur Regulirung der Hagel-versicherungsfrage auch von dieser Direktion besorgt worden. Was die Bollziehung des Beschlusses und die Ausrich= tung der Beiträge betrifft, so steht es der Regierung jederzeit frei, damit die Direktion des Innern oder diejenige der Landwirthschaft zu beauftragen.

Bühlmann. Berichterstatter der Kommission. Was die Summe anbetrisst, die in's Büdget aufgenommen werden soll, so kann die Frage entstehen, ob eine Summe von 15,000 Fr. irgend welchen Erfolg haben werde. Ich will zur Prüfung dieser Frage nur darauf aufmerksam machen, daß die Gesammtsumme der Prämien, die der Kanton Bern im Jahre 1889 leistete, 36,000 Fr. außemachte. Wenn wir also eine Summe von 15,000 Fr. in's Büdget aufnehmen und vom Bund eine Zulage von ebenfalls 15,000 Fr. erhalten, so ermöglicht uns dies, bei einer doppelt so hohen Versicherungssumme, wie sie im Jahre 1889 bestund, die Hälfte der Prämien zu übernehmen. Ich glaube daher, es könne mit einer Summe von 15,000 Fr., in Verbindung mit dem Bundesbeitrag,

in der That erfolgreich gewirkt und die Hagelversicherung kräftig gefördert werden. Die Kommission beantragt Ihnen deshalb ebenfalls, diese Summe von 15,000 Fr. zu bewilligen.

Genehmigt.

Art. 2.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsraths. Der Art. 2 ist der Hauptartikel der Borlage und handelt von der Art der Berwendung des Bundes= und Kantonsbeitrages. Es ist gewiß Ihnen allen klar, daß es im gegenwärtigen Moment, wo es sich um einen Bersuch nach einer ganz neuen Richtung hin handelt, schlechterdings nicht möglich ist, die Berwendung des Beitrages schon in ganz bindender Weise vorzuschreiben. Der Regierungsrath wird vielmehr in diesem Jahre erst noch Ersahrungen machen müssen. Wir werden verschiedene Arten der Unterstützung versuchen, und nach Ablauf des Jahres wird man dann vorausssichtlich beurtheilen können, ob auf die Art und Weise, wie man vorging, der Zweck der Subventionirung erreicht wurde oder nicht.

Es find in den Kreisen, welche sich mit der Frage befaßten, mancherlei Formen der Unterstützung als zweck-mäßig angerathen worden. Man sagte, man muffe vor allen Dingen die Berficherung badurch beliebter machen, daß die Landwirthe nicht von vornherein durch zu hohe Prämien und Nachschüffe abgeschreckt werden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß in denjenigen Gegenden, die dem Hagel wenig ausgesetzt find und der Landwirth da= her vernünftigerweise nur eine mäßige Prämie zu bezahlen bereit ist, viele sich durch die Nachschußverpflichtung von der Versicherung abhalten ließen. Aus diesem Grunde wurde empfohlen, einen Beitrag an allfällige Nachschüffe zu verabfolgen, und einzelne Kantone beabsichtigten fogar, den ganzen Bundes- und Kantonsbeitrag zu diesem Zwecke zu beftimmen. Wenn also ein Nachschuß nöthig geworden wäre, so hätte man an denfelben soviel geleiftet, als die Mittel erlaubt hätten. Wäre möglicherweise kein Rach-schuß nöthig geworden, so hätte man die Summe in einen Spezialfonds gelegt, um dann im zweiten ober britten Jahre einen um fo größern Beitrag an die Nachschüffe geben zu können. Es ware dies ohne Zweifel auf die Berficherung von fehr wohlthätigem Ginfluß gewefen. Allein der Bundesrath hat erklärt, daß das Ansammeln eines Fonds, wenn auch nur von einem Jahr zum andern nicht zuläffig sei und er, wenn der Ranton seine eigene Subvention in dieser Weise verwende, keinen Beitrag verabfolge. Der Bundesrath verlangt alfo, daß fein Bei= trag im gleichem Jahre verwendet werde. Dadurch wurde es unmöglich gemacht, die Subvention gang ober wenigstens vorwiegend zur Deckung der Nachschuffe zu benugen, und es traten deshalb andere Arten ber Berwendung mehr in den Vordergrund. Dazu gehört in erster Linie die Bezahlung eines Beitrages an die Prämien selbst. Wenn dem Landwirth von vornherein ein Theil seiner Prämien gedeckt wird, so wird er, namentlich der schwächer bemittelte, sich leichter zur Bersicherung ent-schließen. Wenn von Fr. 100 Bersicherungskapital statt einer

Prämie von Fr. 1. 50 nur eine folche von einem Franken zu bezahlen ift, oder statt Fr. 2. 40 nur Fr. 1. 60 2c., fo wird dies für den Berficherten eine erhebliche Erleich= terung fein. Es ift nun aber hier ein Bunkt wohl in's Auge zu faffen. Der Bundesrath hat unterm 8. April letthin in Bezug auf die Verwendung der Subventionen verschiedene Normen aufgestellt, darunter auch die, daß bei der Ausrichtung der Beiträge namentlich auf die tleinbäuerlichen Verhältniffe beziehungsweise auf die Vermögensverhältniffe der Versicherten, im Sinne vorzugs= weiser Unterstützung Minderbemittelter, Rücksicht zu nehmen sei. Dieser Beschluß erleichtert unsere Arbeit auf diesem Gebiete durchaus nicht. Er erschwert fie vielmehr. Wenn derfelbe g. B. so aufgefaßt werden wollte, wie es in den Kreifen des Bundesrathes anfänglich der Fall war, daß die Steuerregister zu Rathe gezogen und bei jedem Verficherten seine Vermögensverhältnisse ausgerechnet werden follen, so mußten wir von vornherein erklären, daß dies nicht möglich ift und weit mehr Mühe und Arbeit verursachte, als die ganze Geschichte werth ift. Es kann indessen auch ohne diese minutiose Arbeit und genaue Ausrechnung der Vermögensverhältniffe jedes Verficherten dem erwähnten Postulate des Bundesrathes Rechnung getragen werden und zwar in der Weise, daß der Ranton vorab die Nebenkosten, die beim Abschluß jeder Berfiche= rung entstehen, übernimmt. Diese Rebenkoften find gang gleich, ob es sich um eine große oder kleine Versiche= rung handle. Es werden beim Abschluß einer Berfiche= rung verlangt: eine Bolicengebühr von Fr. 1.50, 40 Rap= pen für Porti und 15 Rappen für den Stempel, zusammen also Fr. 2. 05. Diese Summe hat sowohl derjenige Landwirth, der sich nur für 2 oder 300 Fr. versichert, als auch berjenige, der 2 oder 3000 Fr. versichert, zu bezahlen. Wenn wir nun vorab diese Nebenkoften bestreiten, der Bundesrath erklärt das für zulässig, so er= leichtert das offenbar den schwächer Bemittelten mehr, als den Vermöglichen. Wenn z. B. einer bloß Fr. 100 versichert hat — es gibt solche — zu Fr. 1 vom Hundert, ein Prämiensatz ber zwar als Durchschnitt blog im Seeland vorkommt, so hat derfelbe an Pramie 1 Fr. zu bezahlen, an Nebenkosten jedoch Fr. 2. 05. Uebernimmt der Staat letztere, so macht dies 67 % der Gesammtaus= gabe aus. Beträgt die Berficherung Fr. 300, so belaufen sich die Nebenkosten noch auf 40 % der Gesammtsumme, bei Fr. 500 Berficherungssumme noch auf 29 %. Wir nehmen also durch Bezahlung der Nebenkoften den Weniger= bemittelten verhältnigmäßig und spürbar mehr ab, als den Bermöglichen mit einer großen Berficherungsfumme. Wir empfehlen daher in erster Linie die Bezahlung der Neben= kosten, sei es gang oder theilweife. Ich murde vorziehen, sie im ersten Jahre ganz zu bezahlen. In der Rom= miffion wurde die theilweise Bezahlung angeregt, weil man die Kollektivversicherung fördern möchte. Es ift die= selbe auch nach meiner Neberzeugung ein Hauptmittel, um die Bersicherung auszubreiten, und es wird bieselbe denn auch von der "Norddeutschen Hagelversicherungsgesell=schaft" und der "Borussia", den besten deutschen Hagelver= sicherungsgesellschaften, in ausgedehntem Maße angewendet. Es besteht diese Berficherungsart darin, daß sich bis zu 10 Landwirthe zu einer gemeinsamen Police vereinigen, sodaß auch nur für eine Police die Nebenkosten zu bezahlen find. Hierauf muffen wir absolut hinwirken, um dadurch kleine Landwirthe, welche die Nebenkoften scheuen, zur Versicherung heranzuziehen. Allein die Jahreszeit ift bereits so vorgerückt und der Abschluß der Angelegenheit ist so dringlich, daß es für dies Jahr wohl zu spät
sein wird, mit der Schweizerischen Hagelberschicherungsgesellschaft sich über die Einführung solcher Kollektivversicherungen zu verständigen. Es wird deshalb das beste
sein, für dies Jahr die gänzliche Bezahlung der Policetosten in Aussicht zu nehmen. In dem Beschlußentwurf
ist von diesen Nebenkosten nicht ausdrücklich die Rede. Es rührt dies davon her, daß man beim Ausstellen der
Vorlage an diese Verwendungsart noch nicht dachte. Sie
wurde erst angeregt durch eine Besprechung, die ich letzte
Woche mit der Direktion und mehreren Mitgliedern des
Verwaltungsrathes der Schweizerischen Hagelversicherungsgesellschaft über die verschiedenen Vertheilungsarten hatte.

Was nun die Beträge anbetrifft, die in den berschiedenen Richtungen verwendet werden sollen, so ist es unmöglich, heute eine mehr als approximative Rech-nung aufzustellen. Im Jahre 1889 gab es im Kan-ton Bern nahezu 4000 Versicherte. Angenommen, es trete eine Vermehrung um 50 % ein, so werden die Nebenkosten also $6000 \times \mathrm{Fr.}\ 2.05 = \mathrm{Fr.}\ 12,300$ beanspruchen. Es würden also noch eirea 18,000 Fr. übrig bleiben, die als Beitrag an Borprämien oder allfällige Nachschuffe verwendet werden konnen. Sollte fich die Bahl der Berficherten verdoppeln, so würden die Nebenkoften allerdings bereits eine Summe von über Fr. 16,000 wegnehmen, sodaß als Beitrag an die Prämien nur noch Fr. 14,000 übrig bleiben würden. Uebrigens könnte man vielleicht auch den Weg einschlagen — es würden badurch die Vermögensverhältniffe noch mehr berückfichtigt daß man nur bis zu einer gewiffen Berficherungsfumme die gesammten Nebenkoften bezahlen würde, bei größern Berficherungen aber nur die Sälfte. Rur ift eines nicht zu vergessen. Es ift nicht immer berjenige, ber eine kleinere Summe versichert, armer, als berjenige, der eine große Berficherung abschließt. Es tann J. B. der Pachter einer größern Liegenschaft eine größere Summe versichern, ob-ichon er ökonomisch sich in weniger gunftigen Verhält-nissen befindet, als der Eigenthümer eines andern Gutes, der vielleicht nur den kleinern Theil seiner Feldfrüchte ver= sichern läßt. Ich möchte damit klar machen, daß jede Grenze, die man da ziehen wollte, auch wieder ihre Un= gerechtigkeit hätte. Indessen wiederhole ich, daß es vielleicht möglich fein wird, in der Bezahlung der Nebenkoften einen Unterschied zu machen.

Es wurde auch noch eine andere Art der Verwendung angeregt. Man fagte fich, es follte burchaus darauf gesehen werden, daß in denjenigen Gegenden, die von der Gesellschaft, weil hagelgefährlich, von der Bersicherung nahezu ausgeschlossen wurden, neue Berficherungen wieder möglich gemacht werden. Es betrifft dies 41 Gemeinden unferes Kantons - mit Ausnahme der Gemeinden Suttwyl im Amtsbezirk Trachselwald und Sornetan im Amt Münster alle in den Aemtern Seftigen, Konolfingen und Signau gelegen - in denen auf Beschluß ber Schweizerischen hagelverficherungsgesellschaft vom Februar 1888 teine neuen Berficherungen mehr abgeschloffen werden follen. Infolge deffen betrug im Jahre 1889 in diesen 41 Ge= meinden die Verficherungsfumme nur Fr. 184,900, mahrend anfangs der 80er Jahre in den nämlichen Gemeinden nahezu eine Million versichert war. Es befinden fich also gerade biejenigen Gegenden, die öfter von Sagelichlag heimgesucht werden, sozusagen in der Unmöglichkeit, sich, wenn auch zu einer hohen Prämie, zu versichern. Man

fagte fich nun, man konnte die Subvention auch fo ver= wenden, daß an die Prämien diefer hagelgefährlichen Gegenden ein Beitrag verabfolgt und die Gesellschaft da= durch veranlaßt würde, in denfelben wieder neue Versiche= rungen aufzunehmen. Es würde das auch einigermaßen der Forderung des Bundes — Rückfichtnahme auf die ökono= mischen Berhaltniffe - entsprechen; benn es ist fein 3weifel, daß ein Landwirth in einer so hagelgefährlichen Gegend sich in schwierigern wirthschaftlichen Berhältniffen befindet, als wenn er in einer andern Wegend niedergelaffen ware. Run aber entsteht folgende Schwierigkeit. Wenn man speziell in diesen gefährlichen Gegenden die Verficherung unterftütt und von der Gefellschaft verlangt, daß fie den Ausschluß aufhebe, so ist die Folge die, daß sich gerade aus den gefährlichen Gegenden der größte Buwachs ein= stellt, was die Befellschaft nicht riskiren barf. Sie kann bies erft thun, wenn fie auch aus den gunftigeren Gegenden einen entsprechenden Zuwachs erhält; denn das ist ja die Basis des Gedeihens einer jeden Bersicherungsgeselschaft, daß die gunftigen Rifiten groß genug find, um die schlechten ertragen zu können. Ist nun bei einer Sagelversicherungsgesellschaft die Betheiligung aus gefähr= lichen Gegenden im Uebermaß vorhanden und bleibt die= jenige aus günstigen Gegenden zurück, so kann die Gesell= schaft ihrer Aufgabe nicht gerecht werden. Aus diesem Grunde mußte man von diefer Art der Berwendung absehen. Immerhin werden wir die Frage im Auge behalten, und ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß man fich mit ber Schweizerischen Sagelversicherungsgesell= schaft dahin wird verständigen können, daß sie auch in ben gefährlichen Gebieten wieder Berficherungen aufnimmt, nur muffen wir dafür forgen, daß fie auch aus den gunftigen Gegenden einen entsprechenden Buwachs er= hält.

Dies sind die Erläuterungen, die ich Ihnen über die verschiedenen in Aussicht genommenen Berwendungsarten geben zu sollen glaubte. In Bezug auf das bei der Bertheilung anzuwendende Maß möchte ich Sie ersuchen, dem Regierungsrath freie Hand zu lassen, damit er je nach Umständen handeln kann. Er wird gewissenhaft vorgehen und suchen, eine möglichst zweckmäßige Bertheilung vorzunehmen.

Bühlmann, Berichterftatter der Rommiffion. Er= lauben Sie mir auch einige Worte zu dem Art. 2, der für die Verwendung der Summe die nöthigen Direktiven geben foll. Man ift in diefer Beziehung etwas gebunden durch den Bundesrathsbeschluß vom 8. April dieses Jahres, indem derfelbe gang bestimmte Borfchriften aufstellte, an die sich die Kantone zu halten haben. In erster Linie bestimmte er, der Kredit durfe nicht zur Subvention von hagelverficherungsgefellschaften, resp. der Schweize= rischen Hagelversicherungsgesellschaft, verwendet werden und zwar in keiner Form, wenn es auch nur dadurch ware, daß der Gefellschaft eine gewiffe Summe ausbezahlt würde, wogegen fich dieselbe verpflichten müßte, den über einzelne Gemeinden verhängten Ausschluß aufzuheben. Gine zweite vom Bundesrathe aufgestellte Bedingung geht dahin, daß der betreffende Rredit im Rechnungsjahre verwendet werden muffe und nicht zur Aeufnung eines kantonalen Reservefonds benütt werden dürfe. wurde festgestellt, daß die Bolicekoften nur unter der Bebingung vergütet werden durfen, daß dieselben durch die Berficherungsgesellschaften nicht erhöht werden. Endlich wurde noch bestimmt, daß bei Ausrichtung der Beiträge auf die Bermögensverhältnisse Rücksicht zu nehmen sei.

Was die ersten Bedingungen anbetrifft, so läßt sich den-selben schon gerecht werden. Schwieriger ist dies dagegen bezüglich der letztangeführten. Der Herr Vorredner hat bereits darauf aufmerksam gemacht, daß die Durchfüh-rung einer solchen Berücksichtigung nahezu unmöglich ist. Wenn man untersuchen will, wer einen Beitrag am nöthigften habe, so gibt dies eine koloffale Arbeit. Man müßte alle Steuerregifter durchsehen, die aber auch nicht in allen Fällen maggebend find. Die Kommiffion tam deshalb zur Neberzeugung, daß nur ein Weg eingeschlagen werden kann, um jener Bedingung des Bundesrathes nachzukommen, der Weg nämlich, daß man die Police= kosten gang ober theilweise übernimmt, indem dadurch die kleinbäuerlichen Verhältnisse am meisten berücksichtigt Es ift ja bereits auseinandergesett worden, daß wenn ein Bauer Fr. 200 ober 300 versichert und dabei Fr. 2.05 an Berficherungskoften ausgeben muß, bies für ihn ein viel größeres Opfer ift, als für einen andern, der fich mit Fr. 10,000 verfichert und die näm= lichen Fr. 2. 05 bezahlen muß. Wir glauben also, daß durch Nebernahme der Verficherungstoften der Anforderung des Bundesrathes ein Genüge geleiftet werde. Es gingen in der Kommission die Unfichten über die Urt und Weise der Förderung der Hagelversicherung anfänglich fehr auß= einander. Der erfte Eindruck war der, die natürlichste Ber= theilung fei die, daß man den 41 ausgeschloffenen Bemeinden die Berficherung wieder ermögliche, fei es, daß man einen allfälligen Nachschuß ganz übernehme oder die Hälfte der Prämie bezahle 2c. Allein man wendete mit vollem Rechte ein, daß dies beim gegenwärtigen Stand unseres Verficherungswesens nicht möglich sei. Wenn der Staat die betreffenden Prämien, vielleicht zur Hälfte, übernehmen wurde, so wurde die Schweizerische Sagelverficherungsgesellschaft, die einzige, welche in der Schweiz arbeitet, einfach ihre Pramien entsprechend erhöhen, fo daß der ganze Staatsbeitrag einfach in den Sack der Gesellschaft fließen würde, ohne daß die Ber-sicherten einen Rappen weniger bezahlen müßten. Und die Gefellschaft mußte das auch thun, wenn fie große Nachschüffe, wie sie bei vorzugsweisem Bersicherungszu-wachs aus ben gefährlichen Gegenden eintreten mußten, vermeiden wollte, damit nicht Berficherte aus beffern Gegenden austreten. Man sagte fich baher, es sei viel angezeigter, dafür zu forgen, daß sich auch aus guten Gegenden viele versichern, die das Risito ber gefährlichen Bonen tragen helfen. Dies kann geschehen durch Ueber= nahme der Verficherungskoften und Bezahlung eines Theils der Prämien, und zwar ohne Rückficht auf gute und schlechte Gegenden. Man wird badurch ficher eine Bermeh= rung der Versicherungen erzielen und das ift's ja, was man überhaupt mit dem ausgesetzten Kredit erreichen will. Die Rommiffion fand deshalb, man folle den Urt. 2 etwas anders redigiren und die genannten zwei Punkte, welche am meisten geeignet sind, die Berficherung zu fordern, in den Bordergrund ftellen.

Was die für die einzelnen Verwendungsarten auszuwerfenden Summen betrifft, so glaubt die Kommission auch, es können keine bestimmte Jahlen in den Beschluß aufgenommen werden. Es handelt sich vorläusig um einen Versuch. Um Ende des Jahres wird man dann sehen, wie die Sache sich machte und kann sie eventuell für 1891 anders gestalten, wenn man es für zweckmäßig erachtet.

Die Kommission fand also, der Kantons= und Bundes= beitrag sei in erster Linie zu ganzer oder theilweiser Tragung der Policekosten und zur Förderung der Kollek= tivversicherungen zu verwenden. Ueber den lettern Punkt muß ich mich noch mit ein paar Worten aussprechen. Man versteht unter einer Kollektivversicherung die Ginrichtung, daß die Verficherten einer Gemeinde nur eine einzige, gemeinsame Police haben, wodurch die vielen Bolicefosten, womit feine Schaben vergutet werden fonnen, bedeutend reduzirt werden. Es haben diese Kollektivver= ficherungen namentlich in Deutschland fich in großer Zahl eingebürgert, woselbst die landwirthschaftlichen Bereine und deren Mitglieder, die von der Gefellschaft eine kleine Entschädigung erhalten, diese Berficherungen beforgen. Die Kommission fand deshalb, die Kollektivbersicherungen seien sehr zu begrüßen und wenn es schon nicht möglich sei, die Sache noch dies Jahr einzuführen, so folle man doch einen bezüglichen Paffus in den Beschluß aufnehmen. Sollte mit der Zeit die Bahl der Verficherungen bedeutend zunehmen, fo konnte man den Ginzelpolicen nur einen Theil der Kosten, den Kollektivpolicen dieselben aber gang vergüten. Auch durfte es angezeigt fein, zur Förderung der gemeinschaftlichen Berficherungen an die landwirthschaftlichen Vereine, die ökonomische Gesellschaft ic. ju appelliren und diefen Bereinen an's Berg zu legen, sie möchten für die Kollektivversicherung wirken. Eventuell könnte man auch folchen Gesellschaften, die fich der Sache annehmen und eine gewiffe Bahl Berficherungen nachweisen, eine Extraentschädigung ausrichten.

In zweiter Linie nimmt die Kommission Beiträge an die Borprämien in Ausficht, und ich glaube nicht nachweisen zu muffen, daß gerade auch dadurch die Berfiche= rung am ehesten gefördert werden fann. Wollte man bis jum Ende bes Jahres jurudhalten und den größten Theil des Kredits auf die Nachschusse verwenden, so hätte dies ein so komplizirtes Rechnungswesen zur Folge, daß es beffer ift, von vornherein einen Theil der Prämien zu übernehmen. Im andern Falle kame man, wenn feine Nachschüffe nöthig würden, dazu, am Ende des Jahres noch eine Vertheilung auf die Vorprämien vornehmen ju muffen. Das gabe eine große Rechnerei und ferner mußten die einzelnen Berficherten wegen eines verhält= nißmäßig kleinen Betrags mit ihrer Anweisung extra zum Amtsichaffner gehen und hätten fo große Umtriebe. Man glaubt daher, es sei zweckmäßiger, von vornherein einen Theil der Borprämien zu übernehmen. In diesem Falle entsteht für den Versicherten nicht die geringste Mühe, da er einfach den entsprechenden Theil weniger zu bezahlen hat, indem die Gesellschaft den Beitrag des Staates direkt einkaffiren wird.

Was von dem ausgesetzten Aredit schließlich noch bleiben wird, foll nach Ansicht der Kommission zu Beiträgen an Nachschüffe verwendet werden. Sind folche nicht nöthig, so kann man die Summe immer noch nach= träglich auf die Prämien vertheilen.

Zum Schlusse möchte ich nochmals an die landwirth= schaftlichen Vereine appelliren, sie möchten im Sinne bieses Beschluffes thatig fein und die Leute bestimmen, Berficherungen einzugehen, indem fie denfelben vorftellen, daß der Staat zu helfen bereit ift. Wenn der Berfuch gelingt, fo werden wir ficher vom Bund gur Forderung des hagelverficherungswesen einen ständigen Beitrag erhalten. Bringt das Bolt der Sache aber fein Berftand= niß entgegen und zeigt fich kein Erfolg, fo werden die Behörden nicht den Muth haben, neuerdings in Sachen

Die Kommission beantragt also, dem Art. 2 folgende

Fassung zu geben:

"Diese Summe, sowie der laut Bundesbeschluß vom 6. April 1889 zu gewärtigende Bundesbeitrag foll nach Mitgabe des Bundesrathsbeschlusses vom 8. April 1890 in folgender Beife verwendet werden:

- 1) zu ganzer oder theilweiser Tragung der Bolicekosten und zu Förderung der Kollektivversicherungen; 2) zu Beiträgen an die Borprämien;

3) der Reft zu Beiträgen an die Nachschuffe und, wenn feine folche nothig werden, zu Bergutungen an die Vorprämien."

Ich will noch beifügen, daß wenn der Regierungs= rath in Bezug auf die Beiträge an die Vorprämien das System einschlägt, daß er einen bestimmten Theil der= selben — 3. B. 30 % — übernimmt, möglicherweise der Umftand eintreten konnte, daß der Kredit nicht ausreichen würde. Ich glaube zwar, daß dies Jahr dies nicht der Fall sein wird. Ich machte bereits darauf aufmerksam, daß im Kanton Bern die Prämien lettes Jahr rund Fr. 36,000 betrugen. Nehmen wir eine Berdoppelung der Versicherungen an — mehr dürfen wir nicht erwarten — so belaufen sich die Prämien auf Fr. 72,000 oder für den Staat, wenn er 30 % übernimmt, auf rund 20,000 Fr., so daß also der Kredit nicht überschritten Immerhin ift es benkbar, daß der Kredit um einige hundert Franken überschritten wird, da man momentan keine Unhaltspunkte hat. Allein wir denken, in diesem Falle würde der Große Rath keinen Anstand nehmen, das Defizit durch einen Nachtredit zu decken. Das Geld ift ja immerhin gut angelegt, und wir haben schon manchen Nachkredit bewilligt, wo es weniger gut verwendet worden war. — Ich beantrage Ihnen, den Art. 2 in der von ber Kommission vorgeschlagenen Fassung anzunehmen.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich kann erklären, daß fich die Regierung der Fassung der Kommission ganz gut an= schließen kann, da in materieller Beziehung kein Unterschied vorhanden ist. So wie der Artikel in der Fassung ber Kommiffion lautet, bleibt der Regierung immerhin noch die nöthige freie Sand, um je nach Gutfinden die Mittel mehr nach der einen oder der andern Richtung hin zu verwenden.

Nach Antrag der Kommission angenommen.

Art. 3.

Bühlmann, Berichterstatter der Rommiffion. Die Kommission schlägt vor, die Worte "nach seinem Er= messen" zu ersetzen durch "nach einer von ihm zu ent= werfenden Bertheilungsftala". Wir fanden, es fei zwedmäßig, wenn der Regierungsrath über die Bertheilung bon bornherein einen Blan aufftelle. Wenn man nur fagt "nach feinem Ermeffen", fo tonnte der Regierungs= rath möglicherweise dazu kommen, den Kredit erft im

Herbst auf die Borpamien und Nachschuffe zu ver=

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsraths. Es kommt ganz darauf an, wie die Worte "nach einer von ihm zu enkversenden Verstheilungsstala" vom Großen Rathe aufgefaßt werden. Sind dieselben so gemeint, daß der Kredit von vornhersein bis auf den letzten Franken vertheilt werden soll, so möchte ich davon abrathen. Es versteht sich von selbst, daß der Regierungsrath nicht in's Blaue hinaus bald hier bald dort einen Beitrag verabsolgen, sondern sich von der Direktion des Innern eine Vorlage machen lassen wird.

Bei diesem Anlaß möchte ich vor der Ilusion warnen, daß von vornherein auf einen Beitrag von 30% an die Borprämien zu rechnen sei. Ich glaube nicht, daß dies zum voraus möglich sein wird, sondern möchte vorläusig nicht weiter gehen, als auf 20%. Es kommt eben sehr auf die Höhe der Nebenkosten und die Größe

der Betheiligung an.

Wenn die Sache so aufgefaßt wird, wie ich es thue und soeben auseinandersetze, so opponire ich gegen die von der Kommission vorgeschlagene Fassung nicht. Der Regierungsrath wird sich übrigens durch den bewilligten Kredit gebunden erachten und nicht so haushalten, als ob er noch einen beliebigen Nachtredit erhalten werde. Sollte nach gewissenhafter Verwendung etwas zu wenig sein, so hoffe ich, der Große Rath werde keinen Anstand nehmen, das zu bewilligen. Von vornherein aber möchte ich versichern, daß sich der Regierungsrath an den bewilligten Kredit halten wird.

Angenommen.

Urt. 4.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterftatter des Regierungsraths. Ich habe bereits erwähnt, daß eine Anzahl bernische Gemeinden von einer ziemlich harten Maßregel der Schweizerischen Hagelversicherungsgesellschaft betroffen wurden. Run habe ich bereits ausgeführt, daß man der Gesellschaft nicht zumuthen tann, in diesen Gemeinden alle neuen Verficherungen wieder anzunehmen, bevor fie aus gunftigeren Gegenden genügenden Zuwachs erhalten hat. Hingegen hält man doch dafür, daß wenn der Große Rath einen jährlichen Kredit von Fr. 15,000 zur Förderung der Hagelversicherung bewilligt, er es auf die Länge nicht dulden wird, daß gewisse Aemter sozusagen von der Versicherung ausgeschlossen bleiben, sondern er wird verlangen, daß spätestens auf 1891 in diesen Bezirken neue Versicherung sicherungen wieder angenommen werden. Ich will nicht fagen, daß einfach alles angenommen werden folle; wenigstens aber der Ausschluß muß fallen gelaffen werden. Ich habe übrigens aus einer Besprechung mit den leitenden Organen der Schweizerischen Hagelversicherungsgesell= schaft die Ueberzeugung gewonnen, daß schon dies Jahr neue Bersicherungen angenommen werden, sofern eine Unterftützung eintritt. Es wird fich nun fragen, ob man, trot dem Bundesrathsbeschluß vom 8. April abhin, der Gesellschaft für die Annahme neuer Versicherungen aus gefährlichen Gegenden vielleicht doch ein Aequivalent bieten kann. Direkt an die Gesellschaft soll keine Subsidie versabfolgt werden. Allein ich denke, wenn man an die Vorprämien neuer Versicherungen aus den gesährlichen Gegenden einen etwas größern Beitrag geben würde, als an die übrigen, so sollte das mit den vom Bundesrathe aufgestellten Grundsähen verträglich sein. Weiter habe ich zu diesem Artikel nichts zu bemerken.

Angenommen.

Art. 5.

Ohne Bemerkung angenommen.

Titel und Gingang.

Ohne Bemerkung angenommen.

Auf die Frage des Präsidenten, ob man auf einzelne Artikel zurückzukommen wünsche, meldet sich niemand zum Wort.

Hauptabstimmung.

Für die Annahme des Beschluß-Entwurfs Mehrheit.

Ankanf von Cerrain an der Bublftrage in Bern.

Der Regierungsrath beantragt, den Ankauf eines Terrainstückes an der Bühlstraße in Bern, den Herren v. Stürler und Friedrich Aebi gehörend und 237,23 Aren haltend, zum Preise von Fr. 145,000, zu genehmigen.

Scheurer, Domänendirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Der Kanton Bern hat in jüngster Zeit von den Herren v. Stürler und Aebi ein an der Bühlsstraße in Bern — eine neu angelegte Straße im Längsgaß-Muesmattquartier — gelegenes Terrainstück erworben. Das von Herrn v. Stürler erworbene Stück hält 129,23 Aren à 60 Cts. per Quadratsuß, das von Herrn Aebi gekauste 108 Aren à 50 Cts. per Quadratsuß. Der Kauspreis beträgt im ganzen Fr. 145,000. Mit Kücksicht

auf gewiffe Berhaltniffe mußte bas Geschäft in jungfter

Zeit sehr rasch zum Abschluß gebracht werden. Der Grund zum Ankauf liegt in folgendem. Man fieht den Beitpunkt heranrucken, wo zur Erganzung der Gebäulichkeiten der medizinischen Fakultät neue Gebäude errichtet werden muffen. So muß Raum geschaffen werden für das chemische Laboratorium und das physiologische Institut. Insbesondere aber genügt das gegenwärtige Anatomiegebäude nicht mehr, und es ift dasfelbe nicht so beschaffen, daß es gerechtfertigt wäre, dasselbe durch einen Anbau zu vergrößern, abgesehen davon, daß es zu entfernt vom Inselspital, dem Centrum der Lehrthätig= keit der medizinischen Fakultät, gelegen ist. Das gleiche gilt auch vom chemischen Laboratorium. Das phyfiologische Institut ist gegenwärtig proviforisch in der Blindenanstalt untergebracht. Es wäre aber nicht praktisch, dasselbe dort zu belaffen, weil das Gebäude dadurch in feiner Ber-wendung beeinträchtigt wird und die Entfernung von der Insel eine zu große ift. Man sah sich deshalb bei Zeiten nach einem geeigneten Bauterrain um und glaubt dasselbe nun gefunden zu haben. Das betreffende Terrain-stück eignet sich sehr gut. Es befindet sich in der Nähe bes Spitals, jedoch nicht in Sicht besselben. Die störenbe Gegenwart der Anatomie ist also nicht vorhanden, was, wie ich nicht auseinanderzusetzen brauche, eine gewisse Bedeutung hat; benn es ift klar, daß die Infagen eines großen Spitals nicht gerne die Anatomie en face haben, was der Fall wäre, wenn man das Gebäude auf den vis-à-vis der Insel befindlichen Plat, an den man an= fänglich auch bachte, plaziren murbe.

Mit Kücksicht auf gewisse Berumständungen mußte die Sache sehr rasch behandelt werden. Das Geschäft bot auch insofern Schwierigkeiten dar, als es einige Mühe koftete, den einen der beiden Gigenthumer zum Rotar zu bringen. Schließlich aber wurde das Geschäft doch perfett. Was den Raufpreis betrifft, fo haben Sachverständige extlart, und ich habe mir dies noch heute von einem fachverständigen Mitgliede des Großen Rathes beftätigen laffen, daß die bezahlten Preise durchaus ange-meffene seien. Ich habe auch noch in folgenderweise eine Probe gemacht. Ich sah gestern im Anzeiger der Stadt Bern, daß an der Bühlstraße Bauplätze zu verkausen seien. Ich ließ anfragen, wie hoch im Preis dieselben feien und erhielt zur Antwort, daß per Quadratfuß 70 Cts. verlangt werden, also mehr, als wir bezahlen. Die Gegend ift überhaupt in baulicher Entwicklung begriffen. Die Breife werden deshalb von Jahr zu Jahr steigen, sodaß ber Staat, wenn er nicht bemen, sondern das Terrain wieder verkaufen wollte, ficher einen Gewinn machen würde. Der Kauf rechtfertigt sich daher nach jeder Rich-tung hin und empsiehlt der Regierungsrath diese Kaufverträge dem Großen Rathe beshalb zur Genehmigung.

Ballif, Berichterftatter der Staatswirthschaftstom= mission. Die heute noch anwesenden Mitglieder der Staats= wirthschaftstommiffion haben von dem Geschäft, das der Staatswirthschaftstommission erft heute zugestellt wurde, Renntniß genommen und fich damit durchaus einverstanden erklärt. Ich möchte Ihnen den Untrag des Regierungsrathes daher beftens zur Unnahme empfehlen.

Genehmigt.

Anknuf eines Landflücks in Oftermundigen.

Der Regierungsrath beantragt, dem mit Herrn Friedrich Hofer, Holzhandler in Oftermundigen, abgeschloffenen Raufvertrag, wonach ber Staat den in Oftermundigen gelegenen sogenannten Moosacker im Halt von 1 Hektare 89 Aren 20 Quadratmeter zum Preise von Fr. 9118 (Grundsteuerschatzung Fr. 6400) erwirbt, die Genehmigung zu ertheilen.

Scheurer, Domänendirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Es ist zwischen der Verwaltung der Waldau, speziell Herrn Dekonom Streit, und herrn hofer in Oftermundigen ein Raufvertrag um den fogenannten Moosacker in Oftermundigen abgeschloffen worden, welcher Vertrag nun noch vom Großen Kathe zu genehmigen ist. Der Ader hält 51/4 Jucharten, ist von drei Seiten von dem zur Waldau gehörenden Möösligut umschloffen und würde das der Waldau gehörende Land, für dessen Be-wirthschaftung er zudem bisher hinderlich war, zweck-mäßig arrondiren. Die Verwaltung der Waldau war deshalb schon lange bestrebt, diesen Acker zu erwerben. Dazu tam noch bie nicht unbegründete Befürchtung, es könnte diefes Terrain über furz oder lang von anderer Seite erworben werden behufs Errichtung eines Arbeiterquartiers, eine Befürchtung, die immer begründeter geworden ware, je mehr sich die Stadt ausdehnt und das Bauterrain in größerer Entfernung gefucht werden muß. Lange war es nicht möglich, mit dem Eigenthümer einen Bertrag abzuschließen. In der jüngsten Zeit nun ist es gelungen, den Ader jum Preise bon Fr. 1800 per Jucharte zu erwerben. Diefer Preis ift fehr annehmbar, wie auch der Präfident der Staatswirthschaftstommiffion, welcher Mitglied der Auffichtskommission der Waldau ist, bestätigt. Die Verwaltung der Waldau hätte sich so-gar bei einem Preise von Fr. 2000 zum Ankauf ent-schließen können. Es ist deshalb um so angezeigter, das Geschäft anzunehmen und es empfiehlt daher der Regierungsrath dem Großen Rathe, er möchte dem von der Waldau abgeschloffenen Kaufvertrage die Genehmigung ertheilen.

Ballif, Berichterstatter der Staatswirthschaftskom= mission. Ich möchte Ihnen namens ber Staatswirthschaftstommission den Ankauf dieses Grundstückes, das für die Waldau großen Werth hat, bestens zur Genehmigung empfehlen.

Genehmigt.

Naturalisationsgesuche.

Die in Nr. 17 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rathes von 1890 näher bezeichneten Personen werden bei 90 Stimmenden (erforderliche 2/3=Mehrheit 60) in's bernische Landrecht aufgenommen, jedoch mit dem Borbehalt, daß die Naturalisation erst mit der Zustellung bes Naturalisationsattes in Wirksamkeit tritt, und zwar:

1.	Emil Reller mit				89	Stimmer
2.	Gottfried Wiedmer mit				88	"
3.	Johann Bertha mit .	•	•	•	89	"

Joskauf der Kollaturverpflichtungen zu Böfingen und Neberftorf und Bewilligung eines bezüglichen Nachkredits.

(Siehe Nr. 16 der Beilagen zum Tagblatt des Proßen Rathes von 1890.)

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich denke, Sie werden nicht von mir erwarten, daß ich die historische Entstehung dieses Verhält= niffes näher auseinanderfete, fondern Sie werden fich mit dem begnügen, was in dem gedruckten Berichte angebracht ist. Sie konnten diesem Berichte auch entnehmen, baß ber Staat Bern und die freiburgischen Gemeinden Böfingen und Neberstorf fich bahin einigten, die streitige Frage durch das Bundesgericht entscheiden zu laffen, Durch diesen Entscheid wurde Bern verhalten, für die Berzichtleiftung auf die Kollaturen, refp. die Aufhebung ber damit verbundenen Laften, den beiden Gemeinden einen Betrag von Fr. 49,394. 55 zu bezahlen, wozu noch Fr. 1150 Prozektosten des Staates kommen. Diese auf den ersten Blick große Summe reduzirt sich aber um die Fr. 22,000, welche Bern seinerzeit als Lostauffumme für Zehnten und Bodenzinse, die zu diesen Pfrunden gehörten, ein-taffirte, so daße sich die wirkliche Leiftung des Staates auf rund Fr. 27,000 beziffert. Es ift dies immerhin eine hohe Summe, aber im Berhältniß zu den mit dem Lostauf verbundenen Vortheilen nicht zu hoch; denn das ganze Berhältniß bot dem Kanton durchaus keine Vortheile dar, sondern war für ihn nur eine Quelle von Unan= nehmlichkeiten und Berlegenheiten.

Es handelt fich nun heute nicht darum, den Loskauf zu genehmigen oder nicht, da dem bundesgerichtlichen Urtheil zufolge eben die Summe von Fr. 49,394. 55 be= zahlt werden muß. Es handelt fich nur um die Bewilligung des entsprechenden Nachkredits, da im Büdget pro 1889 diese Summe, weil es sich um eine außerordentliche Aus-gabe handelt, die bei der Aufstellung des Büdgets nicht vorausgesehen werden konnte, nicht vorgesehen wat. Es muß also ein Nachkredit von Fr. 49,394. 55 + Fr. 1150 an Prozekkosten des Staates — Fr. 50,544. 55 bewilligt werden. Falls befürchtet werden follte, es möchte dieser große Nachtredit einen nachtheiligen Einfluß auf das Rechnungs= resultat von 1889 ausüben, so bin ich im Fall, die Be= fürchtung zerstreuen zu können. Allerdings sah das Büd= get pro 1889 einen Ausgabenüberschuß von annähernd Fr. 100,000 vor. Die Rechnung wird aber trot dieses Nachtredits mit einem bedeutenden Einnahmenüberschuß abschließen, der heute noch nicht genau beziffert werben fann, aber wenigstens Fr. 500,000 betragen wird. Es kann also dieser Nachkredit unbedenklich bewilligt werden, was ich hiermit empfehlen möchte.

Ballif, Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Ich möchte namens der Staatswirthschaftskommission diesen Nachkredit ebenfalls zur Genehmigung empfehlen. Es kann derselbe, wie der Herr Finanzdirektor bereits gesagt hat, nicht abgewiesen werden, weil die

Summe von Fr. 50,000 gemäß bundesgerichtlichem Urtheil bezahlt werden muß. Was die Sache selbst betrifft, so erhielt die Staatswirthschaftskommission den Eindruck, es sei dieses eigenthümliche Verhältniß in günstiger Weise gelöst worden.

Der verlangte Nachkredit von Fr. 50,544. 55 wird bewilligt.

Präsibent. Ich möchte Ihnen beantragen, das Dekret betreffend die Polizeistunde der Wirthschaften auf die nächste Session zu verschieben. Der Gegenstand ist ziemlich wichtig, so daß es sich nicht rechtfertigen würde, benselben bei so gelichteten Reihen zu behandeln.

Einverstanden.

Anzug des Geren Schmalz und Genoffen betreffend Revision des Dekrets über die Piehentschädigungskaffe.

(Siehe Seite 340 des Tagblattes des Großen Rathes von 1889.)

Schmalz. Letten Herbst brach in Reiben, Amts= bezirk Büren, ein Milzbrandfall aus und es mußten von einem Bestand von 8 Thieren des Rindviehgeschlechts in furzer Aufeinanderfolge 6 Stück abgethan werden. Der Charakter der Krankheit wurde leider zu spät erkannt und deshalb hatte auch die Schutzimpfung nicht das er= wartete gunftige Resultat, indem nur 2 Stud gerettet werden konnten. Dieses Unglück hatte für den betreffenden Befitzer einen Schaden von wenigstens Fr. 2800 zur Folge, nämlich Werth der zu Grunde gegangenen Thiere Fr. 1800 und Kosten für den Umbau der Stallungen, Desinfektionsarbeiten, Ankauf neuer Thiere und entgangener Gewinn mindeftens Fr. 1000. Aus der Biehentschädigungstaffe erhielt der Betreffende eine Bergütung von Fr. 550. Dieses Ereigniß verursachte unter den Landwirthen von Büren und Umgebung eine ziemliche Aufregung. Sie veranstalteten eine Bersammlung, um Mittel und Wege zu berathen, wie in Zukunft solchen Unglücksfällen vorgebeugt werden könne oder wie dieselben burch Ausrichtung größerer Beiträge gemildert werden tönnen. Ich habe diefer Versammlung beigewohnt, und es ift mir der Auftrag zu Theil geworden, im Großen Rathe dahin zu wirken, daß in Zukunft größere Beiträge an Milzbrandfälle ausgerichtet werden möchten. Dies war die Veranlassung, daß ich in der Dezembersession den gegenwärtigen Anzug eingereicht habe. Inzwischen wurde ich von Mitgliedern des Großen Rathes ersucht, den Un= zug auch auf Rauschbrandfälle auszudehnen, da hier die nämlichen Grunde für eine größere Entschädigung gu= treffen. Ich habe mich von der Richtigfeit diefer Be= merkung überzeugt und möchte deshalb meinen Anzug auch auf die Rauschbrandfälle ausgedehnt wissen. Die Dekrete von 1882 und 1884 bestimmen die

Die Dekrete von 1882 und 1884 bestimmen die Krankheitsfälle, das Maß der Entschädigung und die Bedingungen, unter welchen die Viehentschädigungskasse Vergütungen leistet. Dieselben betragen für Thiere des

Rindviehgeschlechts bei Rinderpest und Lungenseuche, wenn das Thier auf Anordnung der Behörden geschlagen werden muß und sich bei der Sektion als gesund er= weist — sei es der Seuche verdächtig oder nicht den vollen Werth des Thieres. 3/4 werden vergütet, wenn ein frankes Thier geschlagen werden muß, gleich= viel ob es vor dem Abthun als gefund oder als frank erachtet wurde. Bezüglich der Rausch= und Milzbrandfälle wurden im Art. 12 des Defrets von 1884 folgende Entschädigungsbeträge festgesett: Für Thiere im Alter von 7—12 Monaten Fr. 40, bis zum Erscheinen der erften Alterszähne Fr. 60, bis jum Erscheinen ber zweiten Alterszähne Fr. 120, bis zum Erscheinen der dritten Alterszähne Fr. 150 und für ältere Thiere noch Fr. 100. Diese Entschädigungen befriedigen die Biehbefiger nicht, und es ist das auch leicht erklärlich. Nach einer Verord= nung des Bundesrathes, als auch nach einer solchen der Regierung, müssen Thiere, die an Rausch- und Milsbrand umstehen, beseitigt werden. Es dürfen also weder Fleisch noch Haare, noch Haut benutt werden und geht der Werth des Thieres vollständig verloren. Es ist nun un-billig und ungerecht, wenn in den Fällen, wo ein Thier infolge Rinderpest oder Lungenseuche abgethan werden muß und der gange Werth des Thieres verloren geht, der Schaden voll oder wenigstens zu drei Vierteln ersett wird, während bei Rausch= oder Milzbrand, wo das Thier ebenfalls völlig zu Grunde geht, nur 1/4 oder höchstens 1/3 des verloren gegangenen Werthes vergütet wird. Ich halte dafür, es follte hier Remedur geschaffen werden in der Beise, daß in Zukunft größere Beiträge ausgerichtet werden. Ich glaube, die Biehentschädigungs= taffe könne und solle in Zukunft größere Beiträge aus= richten und zwar aus folgenden Gründen. Der Ver= mögensetat der Biehentschädigungskasse ist ein ganz er-freulicher. Das Bermögen derselben beträgt dermalen annähernd 11/2 Millionen und es haben die Binserträg= nisse bis jest vollständig hingereicht, den an die Rasse gestellten Ansprüchen zu genügen. Ja, man war sogar in der glücklichen Lage, alljährlich Zinsenüberschiffe im Betrage von circa Fr. 25,000 kapitalisiren zu können. Ferner ift durch das Mittel der Schutzimpfung die Mög= lichkeit geboten, Rausch= und Milzbrandfälle in Zukunft auf ein Minimum zu reduziren, so daß die Biehent= schädigungskaffe unter der Inanspruchnahme für solche Fälle nicht sehr leiden wird und es gleichwohl möglich sein soll, Ueberschüsse zu kapitalisiren. Ich erlaube mir, über die in den Jahren 1887 und 1888 vorgekommenen Milz= und Rauschbrandfälle einige statistische Angaben zu machen. Im Jahre 1887 famen 101 Milg= und 68 Rauschbrandfälle vor und an Entschädigungen hiefür wurden Fr. 15,390 ausbezahlt. Im Jahre 1888 kamen 72 Milz= und 56 Rauschbrandfälle vor und betrug die geleistete Entschädigung Fr. 11,500. Es kann also ein allmäliges Zurückweichen der Raufch= und Milzbrandfälle tonstatirt werden, infolge dessen auch weniger Ent= schädigungen zu bezahlen find.

Ich glaube die Begründetheit des gestellten Anzuges hiermit genügend beleuchtet zu haben und möchte Ihnen empfehlen, denselben erheblich zu erklären.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich kann erklären, daß die Regierung die Motion des Herrn Schmalz annimmt, aber in der Form, der Regierungsrath habe Bericht und Anstrag zu bringen, ob und in welchem Maße eine Erhöhung

der Beiträge für Milz= und Rauschbrandfälle eintreten könne. Ginen bestimmten Auftrag zur Erhöhung der Beiträge kann der Große Rath nach meinem Dafürhalten nicht geben, da er nicht im Falle ist, die Tragweite eines solchen Auftrages zu ermessen. Die Direktion des Innern beabsichtigte von sich aus, einige Abänderungen an dem bestehenden Dekret über die Biehentschädigungs= und Pferdescheinkasse zu beantragen, wartete aber mit Rücksicht auf den Anzug des Herrn Schmalz damit noch zu.

Einige Bemerkungen als Berichtigung einzelner Aeuße= rungen des Herrn Schmalz seien mir noch erlaubt, damit nicht infolge des Botums des Herrn Schmalz falsche Borstellungen Platz greifen. Herr Schmalz hat die Milz= und Rauschbrandfälle mit den Fällen von Lungenseuche und Rinderpest verglichen und gesagt, es sei unbillig, daß im letztern Falle für ein polizeilich abgethanes Thier der volle Werth oder drei Biertel vergütet werden, bei Milz- und Rauschbrand jedoch nur ein Drittel. Das find zwei gang verschiedene Dinge, ob ein Thier poli= zeilich abgethan werden muß, gleichviel ob es gefund oder frank fei, oder nicht. Wenn ein ganzer Stall, wenn, wie es im Jahre 1880 vorkam, auf einer einzigen Domäne 55 Stud abgethan werden muffen, wovon fast alle gesund, um den herd der Seuche zu ersticken und die ganze Landesgegend zu schützen, so ist klar, daß eine hohe Entschädigung verabfolgt werden Wird dagegen ein Thier von Milz= oder Rausch= brand befallen, so wird es nicht abgethan, es soll nicht einmal abgethan werden, damit nicht durch das Blut die Krankheit verbreitet wird. Das Thier ift von selbst dem Tode verfallen. Das sind also zwei ganz verschiedene Dinge: ein Thier, das von felbst zu Grunde geht und ein solches, das polizeilich abgethan wird. Früher war dem Besitzer eines an Milz- und Rauschbrand umgestandenen Thieres geftattet, die Haut desselben zu ver= werthen. Das darf nach der eidgenöffischen Vollziehungs= verordnung nicht mehr geschehen, und aus diesem Grunde beabsichtigen wir, eine höhere Entschädigung eintreten zu Bu weit darf man aber mit einer Erhöhung nicht gehen, um den Stand der Raffe nicht zu gefährden. Es ift Ihnen bekannt, wie hohe Ansprüche seitens der Biehzucht an fie gemacht werden, indem, wenn ich nicht irre, vom Ertrag der Kasse alljährlich Fr. 45,000 zur Biehprämirung verwendet werden. Es ift dies ein Poften, der die Einnahmen ftark in Anspruch nimmt. Würde man nun mit den andern Entschädigungen zu weit gehen, so könnte leicht der Fall eintreten, daß die Milz= und Rauschbrandentschädigungen die Einnahmen der Raffe fo ziemlich vorwegnehmen würden.

Ich möchte Ihnen also empfehlen, die Motion des Herrn Schmalz in dem Sinne exheblich zu erklären, daß der Regierungsrath eingeladen würde, in Sachen Bericht und Antrag vorzulegen, also ohne ihm zum voraus einen bestimmten Auftrag zu ertheilen.

Präsibent. Kann sich Herr Schmalz mit der von Herrn Regierungsrath v. Steiger beantragten Fassung seiner Motion einverstanden erklären?

Schmalz. Ja.

Die Motion ift nicht beftritten und somit erheblich erklärt.

Interpellation des herru Alex. Reichel betreffend Magnahmen anlählich des Schriftsekerauskandes in Bern.

(Siehe Seite 29 hievor.)

Reichel. Es ist Ihnen wohl allen noch in Erinne= rung, daß anfangs diefes Jahres die Regierung fich veranlaßt sah, zwei Kompagnien Infanterie des Bat. 36 auf Piquet zu stellen und für die Stadt Bern einen Platfommandanten zu ernennen, mit andern Worten fo eine Art kleinen Belagerungszuftand einzuführen. Beranlaffung dazu gab der Segerausftand, der zu verschiebenen Schlägereien, theilweise unter Segern, theilweise unter andern Arbeitern und ganz unbetheiligten Bersonen führte. Es wäre zu erwarten gewesen, daß die Regierung gemäß Art. 40, Alinea 2, der Berfaffung dem Großen Rathe darüber, ohne besonders dazu aufgefordert zu werden, Bericht erstattet hätte; benn ber ermähnte Art. 40 fagt: "In Fällen von dringender ploglicher Gefahr kann er" — der Regierungsrath — "die vorläufigen kann er" — der Regierungsrath — "die vorläufigen militärischen Sicherheitsmaßregeln anwenden; er soll aber dem Großen Kathe sogleich davon Kenntniß geben und feine Entscheidung über bie weitern Bortehren einholen." Es wäre also, meiner Ansicht nach, schon nach der Ber-fassung vorgeschrieben gewesen, daß der Regierungsrath über die Piquetstellung, die doch eine Verwendung der militärischen Macht, ein beschränktes Aufgebot ift, ohne weiters Bericht erstattet hätte. Eine folche Mittheilung erfolgte aber nicht, und ich habe mich deshalb veranlagt gesehen, die Regierung darüber zu interpelliren, da diese Biquetstellung nicht nur in der Arbeiterschaft boses Blut machte, sondern auch in weitern Kreisen des Kantons Bern und der Schweiz einigermaßen auffiel. Man fragte sich allgemein, ob in der Stadt Bern wirklich die öffent= liche Ordnung in so hohem Grade gestört sei, daß die Ruhe nicht anders als durch Aufgebot von Militär her= gestellt werden könne. Im allgemeinen ist ja doch das Militär dazu da, den Staat gegen äußere Feinde zu schüßen und wenn man genöthigt ist, dasselbe zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung zu gebrauchen, so zeugt dies von krankhaften Zuständen. Ich glaube nun nicht, daß solche Zustände vorhanden waren und also das Aufgebot wegen der paar Prügeleien, die während des Streikes ftattfanden, in keiner Weise gerechtfertigt war. Mehrere Monate nach Beendigung des Streikes fand hier im Vorzimmer des Großrathsfaales eine Ver= handlung statt, welche 4 Tage in Anspruch nahm und in welcher fammtliche Vorfälle, mit wenigen Ausnahmen, zur gerichtlichen Beurtheilung gelangten. Und was stellte sich dabei heraus? Das, daß die Sache von der betheiligten Breffe — und in dieser Beziehung gingen "Bund" und "Berner Tagblatt" Hand in Hand mit einander — in hohem Maße übertrieben wurde. Es saßen 29 Angeklagte auf der Anklagebank. Gegen 2 wurde das Verfahren eingestellt, 11 wurden verurtheilt und 16 freigesprochen, welch letteres in einzelnen Blättern auch verschwiegen wurde, indem sie nur die Namen der Verurtheilten Die bewußten Vorfälle ereigneten fich am 20., brachten. 25., 26., 27. Dezember und 1., 3. und 5. Januar. Theilweise ftunden diese Vorfälle, es gilt dies namentlich bezüglich desjenigen vom 5. Januar, mit dem Seteraus= stand in gar keinem Zusammenhang. Theilweise wurden auch von der Polizei in unmotivirter Weise Verhaftungen

vorgenommen, wo sie gar nicht am Plate waren. In dieser Beziehung kann der Regierung ein Vorwurf nicht erspart werden, indem eine von der Polizeidirektion er= lassene Weisung nur dazu beitrug, die Aufregung zu steigern, statt zu vermindern. In dieser Weisung der Polizeidirektion wurde nach berühmten Mustern den Polizeiorganen eingeschärft, daß jede Zusammenrottung von Bürgern, gemäß Art. 97 des bernischen Strafgesetz-buches (grober Unfug), als Vergehen gegen die öffentliche Ordnung zu betrachten sei. Gestützt auf diese Weisung wurden Strafanzeigen erhoben, die Betreffenden jedoch fämmtlich freigesprochen. Es ist hier der Ort, da ich nach der Beantwortung der Interpellation das Wort nicht mehr habe, festzustellen, daß ein Komplott, das barauf ausgegangen ware, die fremden Seger zu prügeln, nicht vorhanden war und auch die gerichtlichen Aften in dieser Beziehung nichts nachwiesen. Ich weise deshalb in biefer Beziehung jeden Borwurf, der etwa erhoben werden könnte, als mit den Thatsachen im Widerspruch stehend, zu= rück. Es find ja natürlich die vorgekommenen Prügeleien zu mißbilligen. Aber umgekehrt ift auch zu mißbilligen, daß die Polizei in der Weise auftrat, daß sich die Aufregung steigerte, statt daß sie durch taktvolles Eingreifen die Betheiligten zur Ordnung zu bringen gesucht hatte. Es ift in dieser Beziehung nicht uninteressant, daß 6 Burger, gegen welche eine Anzeige wegen Zusammenrottung ein-gereicht worden war, vom korrektionellen Richter frei-gesprochen wurden mit folgendem Motiv: "Es ist gewiß nicht schon jede Nichtübereinstimmung der Bürger mit den Zumuthungen der Polizeiorgane als eine strafbare Widersetlichkeit diesen gegenüber zu bezeichnen." will nicht behaupten, daß mit diesem Militäraufgebot speziell ein Aft der Gewalt gegenüber den arbeitenden Klassen vorgenommen werden wollte, obgleich gewisse Anzeichen dafür da find, daß die Regierung vielleicht nicht ganz von sich aus handelte. Es drang so durch die Coulissen, daß Konferenzen mit dem Generalanwalt stattgefunden haben. Es erregte auch berechtigtes Aufsehen, daß ein Beamter des Generalanwalts den hier im Borsaal stattgefundenen Berhandlungen beiwohnte. Die Hauptschuld ist jedenfalls dem taktlosen Auftreten der Bolizei zuzuschreiben, das sich nicht nur bei diesem Anlaß zeigte, sondern auch schon früher oft beobachtet werden konnte. Die untern Bolizeiangestellten vergeffen häufig, daß auch derjenige, der nicht gerade einen schwarzen Rock an hat, ein gleichberechtigter Bürger ist. Daß in dieser Beziehung etwas zu sagen ift, geht daraus hervor, daß in dem Bericht, den der städtische Polizeidirektor über die Vereinigung der ftädtischen und staatlichen Polizei ausarbeitete, felbst zugegeben werden muß, daß die Un= gestellten häufig überanftrengt und theilweise auch nicht genügend bezahlt find. Die Arbeit der Polizeiangestellten ist auch eine Arbeit und auch hier gilt, wie bei jeder Arbeit, der Grundsatz, daß, wenn der Arbeiter über= anstrengt und schlecht bezahlt wird, derselbe schlechte Arbeit liesert. Ich verweise auf den Bericht der städtischen Bolizeidirektion, in welchem es heißt: "Die städtische Bolizeidirektion wird im Falle sein, eine Borlage aus= zuarbeiten über Entlastung der übermäßig angestrengten Stadtpolizeidiener und höhere Besoldung derselben." Ich sage nun: Solche Zustände lassen sich nicht durch ein Militäraufgebot heilen, sondern nur allmälig verbessern. Ich will nicht darüber fprechen, was man hatte thun sollen. Ich will nur so viel sagen: wenn man sich an die Borstände der betheiligten Arbeitergenossenschaften gewandt hätte, so wären ärgerliche Auftritte mit leichter

Mühe zu verhindern gewesen.

Ich will damit schließen, daß ich noch auf eine Analogie aufmerksam mache. Es ist nämlich gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt eine ähnliche Interpellation im Großen Rathe des Kantons Tessin verhandelt worden. Dort sah fich die Regierung ebenfalls veranlaßt, ein Mili= täraufgebot zu erlassen. Dasfelbe wird von einem großen Theil der Preffe, als durchaus ungerechtfertigt, angefochten, obgleich man wird zugeben muffen, daß die Aufregung, welche infolge der Unterschlagungen des Staats= kassiers Scazziga im Tessin herrschte und noch herrscht, bedeutend größer war, als diejenige, welche f. 3. ganz lokal in der Bundesstadt herrschte. Ich möchte wünschen, daß man in Zukunft mit solchen Mitteln vorsichtiger und sparfamer sein würde; denn ich kann Sie versichern, daß mit diesen Mitteln das Gegentheil dessen erreicht wird, was man erreichen will. Sie haben hier in Bern im kleinen genau die gleichen Resultate, wie sie auch in Deutschland zu Tage traten, wo die Polizei übermäßig eingriff. Ich kann das insofern nachweisen, als die Seger, welche sich vorher von der Arbeiterbewegung fern-hielten, speziell von der sozialdemokratischen Bewegung, jest, hauptfächlich infolge des Auftretens ber Polizei und ber durch das Berhalten der Behörden hervorgerufenen verbitterten Stimmung, sich alle lebhaft an der Arbeiter= bewegung betheiligen. Es hat also ein solches Militär= aufgebot gerade die entgegengesette Wirkung.

M. Stockmar, directeur de la police, rapporteur du gouvernement. L'interpellation qu'on adresse au Conseil-exécutif au sujet des mesures qu'il a prises pendant la grève des typographes aurait gagné à se produire à un autre moment, et M. Reichel est évidemment le premier à regretter qu'elle puisse être interprétée dans un intérêt électoral. Les explications de cette nature s'échangent d'habitude dans la discussion du rapport de gestion, où elles trouvent tout naturellement leur place. Si M. Reichel n'a pas cru pouvoir les ajourner jusque là, c'est probablement parce que nous touchons au terme de la législature, et qu'il craint que le nouveau gouvernement ne décline la responsabilité des actes de ses prédécesseurs. Nous n'aurions rien à objecter contre un débat immédiat, si le Grand Conseil l'estimait nécessaire, malgré la forme inusitée que M. Reichel a donnée à son interpellation. En effet, on ne nous demande pas seulement pourquoi nous avons pris cette mesure, mais on nous somme de la justifier. Si nous voulions répondre sur le même ton à cette question qui ressemble fort à une accusation, nous demanderions peut-être d'abord à M. Reichel comment il justifie, lui, la grève des typographes, et nous lui dirions ensuite que la mesure prise par le gouvernement se justifie par ses résultats. Cepen-dant le Conseil-exécutif m'a chargé de répondre à l'interpellation par la déclaration suivante:

Le gouvernement a décidé la mise de piquet de deux compagnies et la nomination d'un commandant de place à Berne en vertu des pouvoirs que lui confère l'article 40 de la constitution, qui l'oblige et l'autorise à prendre les mesures nécessaires au maintien de l'ordre légal. S'il n'en a pas donné connaissance au Grand Conseil, comme le lui re-

proche M. Reichel, c'est que la mise de piquet n'est qu'un avertissement et n'a pas encore le caractère des mesures militaires prévues au 2me alinéa de l'art. 40. Cette mesure était motivée par la situation troublée de la ville de Berne à cette époque. La sécurité publique était menacée par les désordres dont la ville était le théâtre, désordres peu graves, si l'on veut, mais qui par leur répétition journalière risquaient de provoquer des excès regrettables. La police était continuellement occupée à protéger les ouvriers qui continuaient à travailler et à empêcher qu'ils ne fussent molestés par les grévistes. Or le nombre de nos agents est très restreint, et le dualisme qui existait encore à cette époque rendait encore leur tâche plus difficile. On put donc craindre un moment que la police ne fût débordée et impuissante à maintenir l'ordre. C'est dans cette prévision, et pour parer à toutes les éventualités, que le gouvernement se décida à mettre de piquet deux compagnies pour prêter au besoin main-forte à la police. La nomination d'un commandant de place en était la conséquence inévitable, car il fallait évi-demment quelqu'un pour prendre les dispositions nécessaires. Le gouvernement espérait bien, au surplus, être dispensé d'en venir à l'exécution, et que la perspective des suites qu'entraînerait la continuation des désordres suffirait à les faire cesser. En effet, le bon sens des ouvriers ne tarda pas à l'emporter, et toute l'agitation tomba au bout de quelques jours. Il ne resta de toute l'affaire qu'une nouvelle organisation de la police de Berne, sur laquelle le gouvernement aura l'occasion de s'expliquer dans la discussion du rapport de gestion.

M. Reichel estime que cette mesure n'était pas nécessaire. C'est son appréciation. Ce n'est pas la nôtre. Nous ne pouvons pas le convaincre ni lui demander d'être impartial, car il faudrait pour asseoir son opinion lui communiquer les rapports des fonctionnaires et des agents qui ont servi de base à la décision du gouvernement. C'est ce que nous ne pouvons pas faire, et M. Reichel le sait bien. La police exige une confiance réciproque. D'un côté nous avons le devoir de choisir de bons fonctionnaires et des agents consciencieux, mais d'un autre côté nous sommes tenus de les couvrir. Les rapports de police ne peuvent pas faire l'objet d'une discussion, et si M. Reichel en demandait communication, nous serions obligés de proposer au Grand Conseil de la lui refuser, au nom des principes d'une saine

administration.

Je ne puis donc pas le suivre sur ce terrain, et dois me borner à lui dire que le gouvernement a pris la mesure dont il se plaint parce qu'elle lui a paru commandée par les circonstances. S'il croit que la responsabilité du gouvernement est engagée, il lui est loisible de soumettre une motion dans ce sens au Grand Conseil. Il aura en outre l'occasion de défendre sa manière de voir dans la discussion du rapport de gestion, si la matière lui paraît offrir encore quelque intérêt à ce moment-là.

Die Interpellation ist damit erledigt.

Präsident. Ich möchte Sie noch ersuchen, das Büreau zu ermächtigen, das Protokoll der heutigen Sitzung zu genehmigen.

Dürrenmatt. Ich bemerke nur, daß wir nicht mehr beschlußfähig find. Also haben wir nicht mehr die Kompetenz, diese Ermächtigung auszusprechen.

Auf Anordnung des Präsidiums wird seitens der Stimmenzähler eine Abzählung der noch anwesenden Mitglieder vorgenommen. Dieselbe ergibt 75 Anwesende, mithin Beschlußunfähigkeit des Großen Rathes.

Präsibent. Mit Kücksicht auf diese "Thatsache will ich die Session schließen und in Anbetracht der vorgerückten Zeit auch von einer Schlußrede, wie ich sie beabsichtigte, abstrahiren. Ich danke Ihnen für Ihre

Nachsicht und Ihr Wohlwollen, das Sie mir während meines Präsidiums geschenkt haben, und wünsche Ihnen eine glückliche Heimreise.

Schluß der Sitzung und der Seffion um 1 Uhr.

Für die Redaktion: And. Schwarz.